

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen ober deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungsaufsätze 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. November 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Ungefehrlichkeit des preussischen Fleischschau-Gesetzes.

Die gesamte preussische Politik der Gegenwart ist dadurch gekennzeichnet, daß sie die durch das demokratische Wahlrecht bestimmte Reichspolitik entweder auf dem polizeilichen Verwaltungsweg oder durch einzelstaatliche Gesetze zu hemmen und aufzuheben bemüht ist. Die Polenvorlage, welche die Besitzerverbahrung durch Polen einschränkte, indem sie die Anstufungsbeschränkung von der Willkür der halatistischen Verwaltung abhängig machte, widerspricht ebenso der Reichsgesetzgebung, wie die noch in Beratung befindliche Kontraktbruchvorlage ein Hohu auf das Reichsrecht ist.

Zu den tollsten Streichen der junkerlichen Politik in Preußen, der die Regierung allezeit ein willfähriger Diener ist, gehört das Ausführungs-gesetz zu dem Reichsgesetz über die Fleischschau. Dieselben Agrarier, die jedes ausländische Stück Vieh ohne weiteres für seuchenverdächtig halten und es deshalb von den Grenzen ausschließen, haben es durch-geseht, daß in den preussischen Städten überhaupt keine Sicherheit mehr besteht, gesundheitslich einwandfreies Fleisch auf den Markt zu bekommen. Die städtische Nachprüfung des Fleisches ist bekanntlich durch diese Verordnung verboten worden. Einzelne Städte, wie Berlin, haben sich gegen die gesundheitlichen Gefahren, die aus dieser agrarischen Gesetzgebung entstanden sind, durch Selbsthilfe zu wehren gesucht. Berlin ist auf diesem Gebiete mit gutem Beispiel vorangegangen. Es bleibt aber abzuwarten, wie weit diese Gegenmittel als wirksam sich erweisen.

In einem sehr bemerkenswerten Artikel, den der Privat-Dozent an der Universität Berlin Dr. Westenhöfer, Stabsarzt a. D., über dies preussische Ausführungs-gesetz nach einem von ihm gehaltenen Vortrag in den Nummern 45 und 46 der „Berliner Klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, wird nun der Nachweis geführt, daß auch dieses preussische Produkt agrarischer Gesetzgebung dem Reichsrecht widerspricht. Der Gedankengang des umfangreichen Aufsatzes sei kurz skizziert:

§ 20 des Reichsgesetzes über die Fleischschau sagt: „Fleisch, welches innerhalb des Reiches der amtlichen Untersuchung nach Maßgabe der §§ 8 bis 16 (auf Tauglichkeit) unter-legen hat, darf einer abermaligen amtlichen Untersuchung nur zu dem Zwecke unterworfen werden, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben ist oder sonst eine gesundheits-schädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat. Landesrechtliche Vorschriften, nach denen für Gemeinden, öffentlichen Schlachthäusern der Vertrieb frischen Fleisches Beschränkungen, insbesondere dem Verkaufszwang, innerhalb der Gemeinde unterworfen werden kann,

bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Fleisches abhängig gemacht werden darf.“

Durch § 1 des Reichsgesetzes war die allgemeine Fleischschau für das ganze Reich eingeführt worden. § 5 verfügt die Bildung von Beschaubezirken und die Bildung der Beschauer durch die Landesbehörden. Beschauer sind approbierte Tierärzte oder andere Personen, welche genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, d. h. sogenannte Laienfleischbeschauer. Den Sinn des Reichsgesetzes kennzeichnet Westenhöfer wie folgt:

Auf Grund der im ganzen Reiche gleichmäßig eingeführten Fleischschau durch tunlichst approbierte Tierärzte und auf Grund der im ganzen Reiche gleichen Ausbildung der Tierärzte kann das Gesetz aus theoretischen Gründen nicht umhin, eine amtliche Nachschau als nicht zulässig zu erklären. Sollte es sich dagegen in der Praxis empfohlen haben, wie dies nach den bisher gültigen landesgesetzlichen Bestimmungen der Fall zu sein scheint, eine Nachschau in Städten mit Schlachthauszwang einzurichten, so bleiben diese Bestimmungen unberührt.

Nun hat aber das preussische Ausführungs-gesetz die landespolizeilichen Bestimmungen dennoch verändert und in § 5 unterlag, daß frisches Fleisch, welches einer amtlichen Untersuchung durch approbierte Tierärzte unterlegen hat, einer abermaligen amtlichen Untersuchung in Gemeinden mit Schlachthauszwang nicht unterworfen werden darf. Westenhöfer weist nun nach, daß diese Bestimmung des Ausführungs-gesetzes im Widerspruch zum Reichsgesetz steht. Am 24. September erkannten der Kultus- und Landwirtschaftsminister durch ministerielle Verfügung an, daß tierärztliche Beschauer einen anderen Stempel führen sollten als Laienfleischbeschauer. In sich schon wird durch den § 5 die Gleichwertigkeit der Tierärzte und Laienbeschauer bestimmt, durch die verschiedene Stempelung aber auch dem Publikum deutlich vor Augen geführt.

Das liegt, führt Westenhöfer weiter aus, nicht im Interesse des Reichsgesetzes, das ja gerade die Einheit gewahrt wissen will, ganz abgesehen davon, daß der Bundesrat für das ganze Reich gleiche Stempelforderungen vorschreibt, welche Anordnung hiernit durchbrochen ist, obwohl nirgendwo im Gesetz eine solche Ausnahme als zulässig erklärt wird. Wenn die Staatsregierung durch diese Maßnahme ganz deutlich die Minderwertigkeit der Laienfleischbeschauer anspricht, warum hebt sie diese dann nicht ganz auf? Dies wäre doch die einzige Konsequenz, freilich eine sehr unpraktische. Dasselbe Preußen, das doch sonst Reservatrechte so verhorresziert, schafft sich selbst im Gegensatz zu den Bundesratsbestimmungen ein solches an. Da aber in den übrigen Bundesstaaten solche besondere Stempel nicht existieren, so darf das Fleisch dieser Bundesstaaten, auch wenn es tierärztlich voruntersucht ist, in Preußen

der Nachschau auf Grund der Ministerialverfügung unterliegen. Das widerspricht aber auf das lebhafteste dem Schluß-satz des § 20 des Reichsgesetzes, daß eine Nachschau nicht von der Herkunft des Fleisches abhängig gemacht werden darf, also auch hier ein neuer Widerspruch mit dem Reichsgesetz, d. h. zwei in einer einzigen Ministerialverfügung.

Die durch die preussische Verordnung herbeigeführte Scheidung der tierärztlichen und Laienfleischschau ist schon deshalb völlig unbegründet, weil, wie Westenhöfer nachweist, die Laienfleischschau weniger gefährlich ist als die tierärztliche. Die Befugnisse der Laienfleischbeschauer sind durch das Reichs-gesetz genau abgegrenzt, gerade die schwereren Fälle bleiben der Entscheidung des Tierarztes vorbehalten. Der Tierarzt ist also eigentlich für hygienisch wichtige Tierkrankheiten der einzige Sachverständige, nicht aber der Laienfleischbeschauer. Das freizügige Fleisch kranker Tiere, tierärztlich kontrolliert, darf ungehindert in die Städte, während das Fleisch im all-gemeinen gesunder oder gering kranker Tiere, durch Laien untersucht, einer Nachschau unterliegen soll. Aus den Statistiken verschiedener Städte geht hervor, daß bei der Nachschau in 131 Schlachthausgemeinden Preußens von dem tierärztlich untersuchten Fleisch ungefähr genau so viel be-anstanden wurde, wie von dem durch Laienfleischbeschauer vor-untersuchten Fleisch. Auf 100 von tierärztlichen Fleischbeschauern auf dem Lande für tauglich befundenen Rindern wurden in den größeren Städten Preußens durchschnittlich 1 1/2 bis 2 Rinder für untauglich zum menschlichen Genuß be-funden. Daraus folgt, daß tatsächlich eine Nachschau un-bedingt notwendig ist nicht nur dem von Laienfleischbeschauern untersuchten, sondern auch dem von Tierärzten voruntersuchten Fleisch gegenüber. Nach statistischen Aufstellungen sind in Berlin in dem ersten Monat des Inkrafttretens der Ver-ordnung 18 820 Rinder viertel unkontrolliert eingeführt worden. In diesem einen Monat hat die Berliner Bevölkerung, legt man die allgemeine Statistik zugrunde, 270 Rinder viertel verkonsumiert, die zu beanstanden gewesen wären.

Die tierärztliche Untersuchung auf dem Lande ist ihrer Natur nach durchaus unzulänglich. Der ländliche Tierarzt befindet sich im dauernden Interessenkonflikt zwischen der Kund-schaft der Grundbesitzer, von denen er lebt, und der Rücksicht auf die öffentliche Volksgesundheit. Die Stadtverwaltung von Berlin hat mit gutem Recht den bei ihr angestellten Tierärzten die Privatpraxis, abgesehen von gewissen Ausnahmen, verboten. Der Grund liegt, wie Westenhöfer bemerkt, nicht etwa in einem absoluten Mißtrauen dem Tierarzt gegenüber, sondern darin, daß der Tierarzt zum Beispiel den Volkerei-besitzer veranlassen kann, ein Rind wegen Tuberkulose schlachten zu lassen, dessen Krankheitszustand ihm noch eine

„Wilhelm-Radau.“

Im Dezemberheft der „Neuen Rundschau“ werden Familienbriefe von Theodor Fontane veröffentlicht, die er in der Zeit der 99 Tage, in dem Jahre des großen Kaisersterbens, geschrieben hat. Die Briefe sind nicht nur wertvoll zur Charakteristik des Dichters, sondern sie haben auch ein zeitgeschichtliches Interesse. Fontane war ein konservativ gerichteter Altpreuße, ein Bismarcksympathisant. Aber seine Stärke war seine unbedingte innere Wahrhaftigkeit. Jede Phrase war ihm in den Tod verhaßt. Er vereinigte etwas von Voltairischem Geist und französischer Reherze mit altpreussischer Ehrenfestigkeit. Der Mann lebte von der liberalen Bourgeoisie, er spendete für ein paar Bettelstühle in dem Millionärsbetriebe von Lessings Erben; für die „Vossische Zeitung“ schrieb er seine kritischen Theaterplaudereien über das Berliner Schauspielhaus. Die literarische Mode war an ihm stets vorbeigegangen. Erst in seinem hohen Alter fing man an, ihn zu schätzen, seine Berliner Romane wurden viel gelesen und sogar auch gekauft.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß dieser Mann verurteilt war, in einer Gesellschafts-schicht zu leben und für eine Klasse zu schreiben, die ihrer psychologischen Verfassung nach das gerade Gegenteil des Dichters gewesen ist. Fontane, dem nichts so verdaulich war, wie Verlogenheit und unechte Sentimentalität, lebte in jener Zeitungs-welt des Berliner Liberalismus, in der kein Ton wahr, kein Gefühl ehrlich ist. In seinem Haß gegen alles Gemachte und Gefälschte wurde er, in seinen vertrauten Bekanntschaften und zwischen den Zeilen auch in seinen letzten Schöpfungen, fast ein Anarchist. Ein tiefer Pessimismus gegenüber dem öffentlichen Leben hatte ihn erfasst und nur sein gelassener Humor verbanderte ihn, daß seine düsteren Stimmungen einen härteren Ausdruck fanden als den eines leichten Unbehagens. In den Briefen, die jetzt veröffentlicht werden, schildert Fontane mit scharfer Schärfe die patriotischen Speltatelliden und die fortschrittlichen Geschäfts-spekulationen, die in diesen Monaten des Jahres 1888 ausgeführt wurden. Weber nimmt er teil an dem Totenkultus für den alten Wilhelm, noch begeistert er sich für den liberalen Kaiser Friedrich, am allerwenigsten rühmte er die Kaiserin, als der neue Herr ans Ruder kam. Aus den bürgerlichen Blättern jener Zeit kann man nicht die Stimmungen der Zeit erkennen, aber die Briefe Fontanes zeigen der papierernen Legende die ehrliche Wirklichkeit des Lebens entgegen.

Als der alte Wilhelm gestorben war, brachte die Presse Tag für Tag überauswichtige Schilderungen von der allgemeinen Volkstrauer. Fontane hat nichts dergleichen gesehen. Am 9. März 1888 beschreibt er seine Eindrücke: „Ach, was für große Momente,“ spottet er, „bei Café Bauer fing das Gedränge an und setzte sich bis zum Palais hin fort; die Menschen sahen aber gleichfalls ungeheuer ge-langweilt aus. Ich empfing einen geradezu lässlichen Eindruck. Nicht von Geist, von Liebe oder Teilnahme, nur einem eiernden Schau-betrachten hingegeben, standen Tausende da; der Regen drippte von den Schirmen und wie Krems sahen sie nach dem Palais hinüber. Ich will zugeben, dases nicht anders sein kann und daß,

wenn ein Tier stirbt, eine Bevölkerung nicht in Tränen zerfließen kann. Wenn man dann aber den Zeitungsradau liest, dann ekelt einem die furchtbare Nige.“

Am 11. März d. J., nachdem Friedrich III., der Abgott der liberalen Bourgeoisie, Kaiser geworden, schreibt Fontane sehr geschickt über die plumpe Spekulation der Fortschrittler: „Western aber brachte die Vossin... eine sehr merkwürdige, entweder sehr lächerlich und sichere, oder sehr unwürdige Stelle, die mir ausjudischen schien... daß uns die bloße Existenz Friedrichs III., so lange sie dauert, vor einem großen Unglück bewahrt. Wenn dem Prinzen Wilhelm, nun Kronprinz, diese Stelle gezeigt wird, so wird er sich freuen. Die Fortschrittspartei operiert wieder mit gewohnter Geschicklichkeit... Daß die Fortschrittler schlechte Politiker, weil schlechte Diplomaten und womöglich noch schlechtere Menschen- und Preukendiplomaten sind, das sieht mir fest, das haben sie zu oft bewiesen. Zunächst gehen sie einer grausamen Enttäuschung entgegen und über ein kleines einem großen Kladderadatsch.“

In einem Brief vom 13. März erklärt er, warum er die patriotischen Uebersehensblätter nicht gläubig mitmachen könne: „Dinge, von deren Hohlheit und Lüge ich durchdrungen bin.“

„Ich weiß wohl: „Nur der Jertum ist das Leben, und die Wahrheit ist der Tod“ — das Tieffte, was je über Mensch und Menschendinge gesagt worden ist. Aber wie das Tieffte so doch zugleich das Traurigste. Bewußt wird, von Kaiser und König an bis zum Bettler hinunter, gelogen, vor allem eine beständige Gefährdung und Scheinheiligkeit aufgeführt. Was wir Glauben nennen, ist Lug und Trug oder Täuschung oder Stupidität; was wir Loyalität nennen, ist Vorteilberechnung; was wir Liebe nennen, ist alles mögliche, nur meist nicht Liebe; was wir Verehrung nennen, ist Rechthabererei. Das ist sein Fleisch und Blut — auf diesen Unterschied hin wird verdrängt und gelöst, werden Hunderttausende in Schlachten hingeworfen, und eigentlich — eine Handvoll verrückt-fanaticher Pfaffen ausgenommen — ist es jedem gleichgültig. Ich habe noch keinen kennen gelernt, dem es nicht gleichgültig gewesen wäre, selbst unsere gute alte W. It au fond mehr für Japan oder gar Australien, bei denen sie jedesmal ein andächtiges Gesicht annehmen. Alles Höchste und Heiligste kommt vor, oder richtiger, es gibt ernste, tiefe Ueberzeugungen (die drum noch lange nicht die Wahrheit zu sein brauchen), für die gelegentlich ein Einzelner ehrlich stirbt. Aber dieser Einzelne ist der Tropfen Urkrainur im Ocean. Der Ocean ist nichts, indifferentes Wasser. Und die Menschheit ist noch lange nicht Wasser, sondern bloß Sumpf, mit Infusorien in jedem Tropfen, vor denen man, wenn man sie sieht, ein Grauen und Schaudern empfindet. Der alte Wilhelm, als vor Jahr und Tag das Volks-anfammeln vor seinem kaiserlichen Rode wurde, sagte: „Dieselben Menschen, wenn ein politischer Umschlag eintritt, zerreißen mich.“ Nur zu wahr. Wir haben nur das bishigen Kunst und Wissenschaft, das uns, in ehrlicher Arbeit, über uns erhebt, und haben als bestes — die Natur. Alles andere ist Mumpst, und je mehr Lärm und patriotischer Radau, desto mehr. Es hat alles gar keinen Wert. Aber man muß es gehen lassen und auch schließlich noch so tun, als freue man sich darüber. Denn um es zu wieder-

holen, das andere ist bloß langweiliger, aber nicht besser. Wir werden schlümm dein; das heißt Mensch sein.“

In demselben Brief schreibt er: „Berlin in Schwarz“ inter-essiert mich gar nicht, alles Fleck und Strafenomdie.“ Am 14. März charakterisiert Fontane unübertrieben die Gefinnungs-tätigkeit des fortschrittlichen „Berliner Tagesblattes“. Bismarcks Herrschaft erschien damals erschüttert und die liberale Presse, „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, in aller Höhe, in aller Schabernadfreude voran“, richteten sich auf das neue Reglement ein: „Halstarr tritt an den toten Berch heran und nachdem er sich überzeugt, daß er tot, pfeilt er mit seinem Säbel in ihm herum und hat nun Helldenut an seinem Krötenstich. Der Ein-druck ist widerlich. Geiern noch der Mann, der den Erdball in Händen hielt, heute nur noch dazu da — nach dem größten, das politisch in einem Jahrtausend geleistet worden ist... — sich sagen zu lassen, er sei nur ein Diener gewesen und könne, wenn er hübsch artig sein wolle, in seinem Dienstverhältnis bleiben. Uner-hört, furchtbar... und das sind dann die Blätter, wonach „Gesichtete“ geschrieben wird. Diener und wieder Diener.“

Niederträchtiger Lndant, Lndant — und das ist das schlimmste — mit hoher polizeilicher Erlaubnis. Nun werden sie wohl alle aus ihren Sumpfen und Höhlen herausziehen, ihm Räpchen machen und auslöschen!“

Am 15. März: „Politik mag ich heute nicht mehr schreiben, nur mein Entsetzen über die grenzenlose Blindheit der Fortschrittler ist in einem beständigen Wachsen... Ewig Vogel Strauch mit dem in den Sand gesteckten Kopf. Es wird ein furchtbar kurzes Inter-regnum sein und es ist gut so.“

Am 9. Mai 1888 schreibt Fontane über seinen Roman „Frau Jenny Treibel“, in dem er das Publikum der „Vossischen Zeitung“ in all seiner berlinischen Echtheit geschildert hat: „Tweck der Ge-schichte: das Hohle, Strafenhafte, Lügnerische, Hochmütige, Hart-berzige des Bourgeoisstandpunktes zu zeigen, der von Schiller spricht und Gerson meint.“

Nach dem Tode Kaiser Friedrichs bemerkt Fontane am 17. Juni: „Nun ist auch Kaiser Friedrich zu seinen Vätern versammelt. Ein wahres Glück, daß sich der Wilhelmradau nicht wiederholt.“ Und in demselben Briefe: „Die Zeitungen schwanken übrigens schon ein und Wilhelm II., der noch vor drei Tagen eine hebräische Erdeinung war, ist jetzt bereits ein hoffnunggebender Fürst. Noch drei Wochen und er ist ein Stern.“

Es hat nicht einmal drei Wochen gedauert. Fontane hatte das Glück, das Uebermaß des patriotischen Schwindels nicht mehr zu erleben, der die Gegenwart erfüllt. Er hat die Zeit der Siegesallee nicht mehr erlebt. Sein Esel wäre so groß geworden, daß sein Pessimismus tiefere Töne gefunden hätte. Fontane ist das Schicksal beschieden worden, in einer charakterlosen im Tiefsten verlogenen Gesellschaft zu leben und zu wirken, ohne doch nach seiner ganzen Anschauung den Weg zur Befreiung und Gesundung zu finden. Er war ein Revolutionär gegen die Verlogenheit seiner eigenen Gesell-schaftsschicht, aus deren Umklammerung er sich doch nicht losmachen konnte; er war ein Revolutionär in der Reaktion.

günstige Bewertung des Fleisches wahrscheinlich erscheinen läßt. Hat er nun das Fleisch nachher zu begutachten, so wird es sehr leicht ohne jede eigennützige Absicht dazu gelangen, vielleicht zu günstig zu beurteilen. Viel schlimmer liegen die Verhältnisse, wie Westenhöfer vorsichtig, aber doch genügend bestimmt andeutet, auf dem Lande. „Der Tierarzt auf dem Lande ist völlig von den Landwirten pekuniär abhängig. Ohne daß er es will, ohne daß er sich dessen bewußt ist, wird er dort milder urteilen, als wenn er gänzlich unabhängig wäre.“ In dem Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Volger, woran Westenhöfer erinnert, in derselben Sitzung, in der über den § 5 des preussischen Fleischbeschaugesetzes verhandelt wurde, verlangt, daß die Bezüge der Kreisärzte erhöht werden, damit sie ihre Pflicht freier tun können. Volger begründete dies auch: „Außerdem müssen Sie mit der Unvernunft der Menschen rechnen, die den Kreisärzten das, was ihre Pflicht ihnen zu tun gebietet, häufig für Schifane auslegt. Es kommt vor, daß die Viehbefitzer sagen, wenn der Mensch uns durch seine Bemerkungen schikanieren will, dann entziehen wir ihm unsere Stundlohn.“

Wenn das schon ein preussischer Abgeordneter sagt, wie schlimm müssen dann die Verhältnisse erst in Wirklichkeit liegen. Westenhöfer schlägt vor, daß für jeden Fleischbeschaubezirk ein Schlachthaus errichtet werde. „Das würde erst die allgemeine Einführung der Fleischbeschau bedeuten und dann könnte auch die Nachschau in Wegfall kommen, wenn alles Fleisch im ganzen weiten Lande in Schlachthäusern von amtlichen Fleischschauern, welche so bezahlt werden müssen, daß sie auf eine Praxis verzichten können, untersucht würde.“

Der Verfasser geht des weiteren ausführlich auf die gesundheitsschädlichen Wirkungen der Aufhebung der Nachschau ein. Die Tuberkulose, die mit am häufigsten die Ursache der Veranstandung war, wird vielleicht, wie Westenhöfer meint, die geringste Bedeutung für die Gesundheit haben, was das Fleisch selbst angeht. Aber woran hat denn der Nachschauer überhaupt die Tuberkulose des eingeführten Rinderviertels erkannt? Doch nur daran, daß noch tuberkulose Massen an oder in ihm enthalten waren. Hier wären also, und das allerdings zeigt das Gefährliche dieser Einfuhr und die allerhöchste Wichtigkeit der Nachschau, direkt tuberkulose Krankheitsprodukte eingeführt worden in Fleisch, das von tierärztlichen Vorkauern untersucht war. Wenn solches Fleisch mit tuberkulösen Anhängeln in den freien Handel kommt, so ist einer Infektion des Menschen Tür und Tor geöffnet. Man muß schämen, daß auf 100 Rinderviertel eines kommt, welches mehr oder weniger virulente Rindertuberkelbazillen enthält, die nach neueren Untersuchungen ja gefährlicher sein sollen als die menschlichen. „Die Zahl der Infizierbaren nimmt aber noch zu, wenn der Schlächter gerade das Fett oder Zwischengewebe oder die Drüsen dieser Rinder zur Wurstfabrikation benützt und so die tuberkulösen Herde auf seine ganze Wurstmasse verteilt, aus der er vielleicht 100 oder noch mehr Würste macht. Dies nähert sich schon ganz bedenklich den Gefahren, die durch den Genuß tuberkulöser Milch entstehen, nur mit dem Unterschied, daß man doch die Milchgefahr durch Kochen ausschließen kann, beim Wurstgenuß aber ohnwegeslos die Bazillen in voller Virulenz genießt. Auch ist es ferner vorgekommen, daß bei der Nachschau durch einen neu angelegten Schnitt in die Kaumuskeln Zimen entdeckt wurden. Die Veranstandung solchen Fleisches hat wohl manchen schon vor einem Wandwurm bewahrt, jetzt wird er ihn mit staatlicher Genehmigung erhalten.“ Westenhöfer erörtert ferner die Einschleppung von Milzbrand, die durchaus gefährlich ist.

Er legt dar, daß die in dem preussischen Gesetz enthaltene Bestimmung, daß das Fleisch nachuntersucht werden darf, um festzustellen, ob es auf dem Transport verdorben sei, ganz und gar wertlos sei. „Wer stellt denn das Verdorbensein fest? In die Fleischuntersuchungsstation kommt es nicht, der Empfänger wird sich hüten, es zu melden, sondern vorziehen, es möglichst schnell zu verkaufen und zu Wurst zu verarbeiten. Daß aber das Geruchsvermögen der Marktpolizei so gut ist, daß sie jedes eingeführte verdorbene Stück riechen kann, das kann man bezweifeln, es müßte denn sein, daß die Polizei für jeden Laden einen besonderen Kontrolleur einstellen wollte, was sehr kostspielig werden dürfte. Es wird also wohl auch die gesetzlich gebotene Kontrolle auf Verderbnis des Fleisches durch die Unmöglichkeit einer Eingangskontrolle einfach illusorisch gemacht, so daß nicht nur wegen Krankheit zu beanstandendes, sondern auch wegen Fäulnis zu verdächtigtes Fleisch zum Kauf kommen wird. Wer garantiert ferner dafür, daß vom Tierarzt auf dem Lande als tauglich erklärtes und demnach gestempelt Fleisch wirklich auf die Freibrant der Stadt gelangt, da doch dieses Fleisch nicht zur Nachschau vorgelegt werden darf?“

Endlich wird durch das preussische Gesetz die sogenannte Volksschlächterei ungeheuer begünstigt. „Schmuggel und Schleichhandel werden blühen, mancher Bauer wird versuchen, sein krankes Tier heimlich zu verkaufen oder heimlich zu schlachten und entweder ungestempelt oder mit gefälschtem Stempel versehen in die Städte einzuschmuggeln mit Hilfe gewissenloser Händler, welche in den Städten ebenso gewissenlose Fleischer kennen, denen sie das Fleisch abliefern. Den Schaden trägt die großstädtische Bevölkerung, die das teure Fleisch früher wenigstens im einwandfreien Zustande, jetzt aber im schlechten, gesundheitsschädlichen erhält. Die Gefahren, die durch dieses infolge der Freizügigkeit des Fleisches vorausichtlich ins Leben gerufene verbrecherische Freiben der großstädtischen Bevölkerung drohen, sind viel größer als die, welche durch die Unterlassung der Nachschau des von Tierärzten voruntersuchten Fleisches eintreten werden. Die indirekten Folgen des Gesetzes sind gefährlicher als die direkten und was das aller schlimmste ist, diese Gefahren drohen unsichtbar, unsahbar über uns, man lebt in ihnen und kann sich doch nicht dagegen schützen.“

Auch insofern ist das preussische Ausführungsgesetz ein Rückschritt, als es die Errichtung von Schlachthöfen überflüssig macht.

Westenhöfer faßt seine Betrachtungen in bestimmte Vorschläge zusammen, deren wichtigste sind: Obligatorische Nachschau in den Schlachthöfen. Für diese Nachschau sollen Gebühren nicht erhoben werden. Städte mit öffentlichen Schlachthöfen sind verpflichtet, Fleischvernichtungsanstalten einzurichten und in eigenen Betrieb zu nehmen. In Städten mit öffentlichen Schlachthöfen dürfen Hauschlachtungen zu privaten Zwecken nicht vorgenommen werden. Die Fleischbeschauerärzte auf dem Lande und in den Städten sind so zu befordern, daß sie auf Praxis verzichten können. In jedem Schaubezirk soll ein öffentlicher Schlachthof angelegt werden. Als Leiter solcher Bezirkschlachthöfe sind Tierärzte anzustellen.

Soweit Westenhöfer. Seine Ausführungen beweisen noch eindringlicher als man es schon bisher wußte, wie gemeingefährlich das preussische Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz-

gesetz ist. Es birgt in sich alle Giftkeime des agrarischen Kabialismus, der es erreicht hat, daß das gesunde Fleisch aus dem Auslande nicht hineinkommt, unter dem Vorwand seiner Gesundheitsgefährlichkeit, während verfaultes inländisches Fleisch geradezu der Bevölkerung aufgezogen wird, ohne daß die sanitäre Unternehmung auch nur gestattet ist. Die Grenzperre bewirkt, daß der Junker übermäßige Preise für sein Vieh erhält. Die sogenannte Freizügigkeit des Fleisches, d. h. die Freizügigkeit der Tuberkelbazillen, der Finnen, des Milzbrandes, der Trichinen, bewirkt, daß die Bevölkerung zu den in die Höhe getriebenen Preisen alles Fleisch essen muß, was ihnen die Grundbesitzer auf den Markt werfen. Grenzperre und preussisches Fleischbeschaugesetz zusammen bewirken also zugleich die Verwässerung und die Verwischung der Fleischmischung. Der Junkerstaat gebraucht seine Machtmittel dazu, um die Bevölkerung zu zwingen, daß es den Agrariern für hohe Preise vergiftetes Fleisch abnimmt. Es gibt keine zweite gesetzgeberische Erscheinung, die in so trauriger Weise den bis zum Wahnsinn gesteigerten Erwerbsegoismus des Agrariertums zeigt. Selbst der Zolltarif ist gegen diese Leistung ein Rückschritt. Welchen Glauben an die Dummheit und Gutmütigkeit des deutschen Volkes müssen die preussischen Gesetzgeber haben, daß sie meinen, es werde ruhig hinnehmen, zugleich durch „sanitäre“ Grenzperren sich die Fleischmischung unerwünschlich verteuern zu lassen und durch das Verbot der städtischen Nachschau sich dem verpesteten Fleisch des nationalen Rindviehs auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Wie wir gestern mitgeteilt haben, hat die Berliner Ärzteschaft sich entschlossen, eine Agitation gegen dieses seuchensfördernde Gesetz einzuleiten. Man will das Publikum zum Boykott aller Schlächter auffordern, die nicht das auf dem Berliner Schlachthof wiederholt untersuchte und gestempelte Fleisch beziehen. Das ist gewiß ein Mittel, aber man kann im Zweifel sein, ob es durchgeführt wird und wenn es durchgeführt wird, ob es jahraus jahrein vorhält.

Die Darlegung Westenhöfers scheint uns noch einen anderen Weg gangbar zu machen. Westenhöfer hat zweifellos den Beweis geführt, daß das preussische Gesetz und insbesondere die Ministerialverordnung zu seiner Ausführung dem Reichsgesetz widerspricht. Daraus folgt die Möglichkeit, daß die geschädigten Städte die für die Gesetzesvorlage und die Ministerialverordnung verantwortlichen Minister auf Schadenersatz verklagen können. Damit würde zum mindesten das eine erreicht, daß das Reichsgericht vor die Frage gestellt wird, ob auch in diesem Falle der preussische Partikularismus das Reichsrecht gebrochen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Reichsgericht sich dieser Auffassung anschließen wird, und damit das preussische Ausführungsgesetz beseitigt werden muß.

Das preussische Fleischbeschaugesetz ist ein echter Ströbling des politischen Junkerparasiten, das sich preussischer Landtag nennt. Nur auf dem Boden des Dreiklassen-Wahlsystems ist es möglich, daß eine kleine Clique Besitzender ohne jede Rücksicht auf das Gemeinwohl in brutaler Verhöhnung elementarster Grundsätze der Wahrheit und Ehrlichkeit Gesetze schaffen, die alle schädigen und nur denen nützen, die zwar die Produkte nicht genießen, die sie anderen aufzwingen, die aber von ihrem Ertrag ein standesgemäßes Leben führen. Wenn ein Verbrecher durch Einbruchsdiebstahl, Betrug, Erpressung, Wechselfälschung oder Raub sich Vorteil auf Kosten seiner Mitmenschen zu verschaffen sucht, wenn sich gewissenlose Geschäftspolitiker in ihrer geizgeberischen Tätigkeit betheiligen, so sind das verhältnismäßig harmlose Dinge im Vergleich zu dieser in ein System gebrachten äußersten Korruption, die überhaupt keinerlei Rücksichten mehr kennt als den eigenen Gewinn. Diese preussische Gesetzgebung ist politische Volksschlächtere, sie ist selbst ebenso krank wie das Seuchensfleisch, dessen ungehinderten Verkauf sie bewirkt. Es müßte wenigstens der Versuch einer juristischen Nachschau unternommen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. November.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Freitag den Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der Oder in dritter Lesung endgültig an und überwies den Antrag Engelmann (natl.), der die Ueberwachung von Nahrungs- und Genußmitteln, insbesondere von Wein baldmöglichst nach einheitlichen Grundsätzen und durch Bestellung besonderer Landesbeamten im Hauptamt geregelt wissen will, an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Den Rest der Tagesordnung bildeten Petitionen ohne Interesse.

Am Sonnabend wird sich das Haus mit Initiativanträgen beschäftigen, die eine Revision des Einkommensteuer-Gesetzes bezwecken.

Demokratische Selbstverwaltungsreformen in Württemberg.

Stuttgart, 25. November. (Privattelegramm).

In der heutigen Sitzung wurde die Lebenslänglichkeit der Schulheissen von der zweiten Kammer beseitigt. Nur vier privilegierte und zwar ein Prälat und drei Mitglieder des Ritterchaftlichen Adels waren gegen die Beseitigung. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung sechsjähriger Wahlperioden erhielt nur unsere Zustimmung und die von sechs Volksparteikern, damit war die sechsjährige Wahlperiode festgelegt. Alle Anträge, die im Amt befindlichen Schlichter zu zwingen, sich einer Wiederwahl nach Inkrafttreten des Gesetzes zu unterwerfen, wurden abgelehnt und damit ist die Nichtwirkung des Gesetzes — es sei denn, daß ein Schlichter freiwillig zurücktritt — ausgeschlossen. Dagegen wurde ein Antrag Grober angenommen, daß alle vom 1. Januar 1903 an zu wählenden Ortsvorsteher sich nach zehn Jahren einer Wiederwahl zu unterwerfen haben, auch wenn das Gesetz an diesem Termin noch nicht in Kraft tritt.

Damit ist eine alte württembergische Volksforderung verwirklicht, die sich so ungenügend geltend gemacht hat, daß alle bürgerlichen Parteien, so stark anfänglich der Widerstand dagegen war, es bei den letzten Landtagswahlen in ihr Programm aufnehmen mußten. Es wird jetzt noch der ersten Kammer, der Kammer der Standesherren, überlassen sein zu entscheiden, ob und wann die Bestimmung in Kraft tritt. Die Standesherren werden der Bestimmung nur schweren Herzens zustimmen, vorausgesetzt daß sie es überhaupt tun; denn sie sehen in dem allmächtigen Ortsvorsteher, der auf den Willen seiner Bürger pfeifen kann, weil er dem Einfluß ihres Wahlrechts durch die Lebenslänglichkeit entzogen ist, eine besonders patentierte Stille des Staates und ein Bollwerk gegen alle unbedeutenden Neuerungen und sozialpolitischen Fortschritte. In dessen dürften sich die Standesherren ihre Stellungnahme diesmal doch sehr sorgfältig überlegen. Kommen sie auch bei dieser bis in das entlegenste Dorf mit Energie verfochtenen Forderung dem Volkswillen nicht entgegen, so dürfte der Protestismus gegen die erste Kammer, der sich dann erheben wird, von solcher Art, und Gewalt sein, daß der Protest dieses Sommers aus Anlaß der Ablehnung der Sachschulen-Aussicht nur ein gelindes Säuseln genannt werden dürfte.

Nach dieser Abstimmung stand die Frage zur Debatte, wie weit der Regierung ein Befähigungsrecht der gewählten Ortsvorsteher zu gestanden werden soll. Bisher war die Befähigung dem freien Ermessen der Regierung überlassen, und dieses gleiche Recht hatte sie wieder gefordert. In der Kommission war jedoch die Einschränkung geschaffen worden, daß gegen die Nichtbefähigung Beschwerde bis zum Disziplinarrath geführt werden könnte, falls ein zum erstmaligen gewählter Zweidrittel-Mehrheit erhalten hätte. Bei dem zum zweiten oder drittenmal Gewählten solle schon einfache Mehrheit genügen, um ihn das Befähigungsrecht zu heben. Mit diesem Kommissionsantrag erklärte sich die Regierung schließlich einverstanden, doch sagte der Minister, daß bei den Fällen einer weiteren Befähigung des Befähigungsrechts das Gesetz daran scheitern würde. Von Seiten der Sozialdemokratie war beantragt, daß die Befähigung nur aus Gründen verweigert werden dürfe, die auch den Disziplinarrath in den Stand setzen, die im Amt befindlichen Ortsvorsteher wegen moralischer Bedenklichkeit oder wegen Verpöbelung oder geistiger Unfähigkeit zur Befähigung ihres Amtes für unfähig zu erklären.

Diesen Antrag stellte Genosse Hildenbrand im Namen der Selbstverwaltung der Gemeinden und führte an, daß sonst politische oder religiöse Gründe maßgebend für diese Befähigung sein könnten. Genosse Klotz erinnerte den Minister v. Bismarck an seine frühere Äußerung, daß sozialdemokratischen Ortsvorstehern die Befähigung nicht wegen ihrer politischen Gesinnung verweigert werden solle. Darauf antwortete Staatsrat v. Fleischhauer, daß die Regierung sich ihren Mann ansehen müsse. Auch Sozialdemokraten könnten der Regierung die Garantien für gute Amtsführung bieten, wenn man aber annehmen möchte bei Sozialdemokraten, daß sie ihr Amt im Sinne des Befähigten Wortes, daß sie Tölpelnde der bürgerlichen Gesellschaft wären, verwalten würden, so könnten sie natürlich nicht befähigt werden.

Darüber entwickelte sich ein Disput zwischen dem Genossen Keil und dem Minister v. Bismarck. Ersterer verteidigte die Befähigung und erklärte alsdann, daß die Erkenntnis von der Verwerflichkeit der bürgerlichen Gesellschaft die Mitarbeit an Reformen natürlich nicht ausschliesse. Der Minister hatte vorher seine frühere Äußerung nochmals dahin präzisirt, daß er meine, Sozialdemokraten, welche auf dem Boden der bestehenden Gesetze das Wohl der Arbeiter fördern und an den Reformen der bürgerlichen Gesellschaft mitarbeiten wollen, würde er wegen ihrer politischen Gesinnung die Befähigung nicht verweigern.

Bei der dann erfolgenden Abstimmung wurde unser Antrag abgelehnt und ein über den Kommissionsantrag hinausgehender Zentrumsantrag angenommen, wonach die Befähigung nur aus Gründen verweigert werden darf, welche die Entfremdung eines amtierenden Ortsvorstehers auf disziplinarischem Wege rechtfertigen würden.

Die Regierung wird sich nun über ihre Stellung zu diesem gegen ihren Willen angenommenen Antrag zu äußern haben.

Zentrum und Wahlrecht.

Unsere wiederholten Hinweise auf die Behauptungen des Freiherrn v. Jeddlich bezüglich der Stellung des Zentrums zum Reichstags-Wahlrecht haben nunmehr das Berliner Hauptorgan der Zentrumsparthei zum Sprechen gebracht. Als zuvor die „Germania“ bestritten hatte, daß das Zentrum bereit sei, gegen Diktum vom „verfassungsmäßigen Reichstags-Wahlrecht“ Kompensationen zu zahlen, hatte die „Post“ erklärt, diese Bestreitung der „Germania“ sei in ihrem wahren Sinne zu erkennen, wenn das Wort „verfassungsmäßig“ besonders ins Auge gefaßt werde; das Zentrum wolle das Reichstags-Wahlrecht nur insofern unangefastet lassen, als es in der Verfassung des Reiches festgesetzt ist, was aber keineswegs ausschliesse, daß das Zentrum bereit sei, Bestimmungen des Wahlgesetzes als Kompensationen für Diktum daranzugeben. Nunmehr aber erklärt die „Germania“:

„Das ist ein Irrtum. Wir wollen überhaupt keine Kompensationen irgend welcher Art als Ausgleich für die Bewilligung von Reichstagsdiktum und die Frage des „Vorwärts“, ob das Zentrum bereit sei, wesentliche Bestandteile des Reichstags-Wahlrechts trotz aller früheren Versicherungen um das Zusagegeld der Diktum zu verorten, können wir deshalb mit einem runden Nein beantworten.“

Man darf einigermaßen gespannt sein, ob diese Erklärung dem Freiherrn v. Jeddlich neuen Anlaß zu Vermutungen über wahlrechtseindliche Reaktionen des Zentrums giebt. Auslegungen, wie sie die „Post“ bezüglich der früheren Erklärung der „Germania“ über das „verfassungsmäßige Reichstags-Wahlrecht“ vornahm, sind ohne Zweifel auch gegenüber dieser neuen Erklärung möglich. Für uns ist die Angelegenheit zunächst erledigt.

Nur ein Wort noch ist der „Germania“ zu widmen, da sie auf die von uns gestellte Frage eine Gegenfrage an uns zu richten beabsichtigt. Wenn das Zentrum gar nichts Bemerkenswertes weiß, dann legt es sich auf Nachschmiederei vom Zukunftsstaat und so fragt denn auch jetzt die „Germania“: „Wie wird sich im sozialdemokratischen Zukunftsstaate das Wahlrecht und das Recht der freien Gewerksamtsausübung gestalten?“ Es folgt das übliche Zentrumsgeklümpe über „absolutistische Herrschaftsgelüste der Sozialdemokratie“, über „sozialdemokratischen Terrorismus“, der sich jetzt schon gegenüber nicht-sozialdemokratischen Arbeitern zeigt; von einer freien Gewerksamtsausübung wird bei den Wahlen erst recht nicht die Rede sein können, wenn die sozialdemokratische Parteiloyalität jetzt schon mit Gewaltmitteln wie Maulkorb, Vorkott und Ankerkern operiert. Die Arbeiter haben also von der Sozialdemokratie viel weniger Wahrheit und Wahlfreiheit zu erwarten, als sie jetzt schon besitzen.“

Wenn die Zentrumsparthei sich bei der sozialdemokratischen Unterdrückung im Zukunftsstaate so gewiß fühlt, so sollte sie es doch mit diesem Zukunftsstaat einmal versuchen. Würde dann doch der Terrorismus der Sozialdemokratie offenbar werden, das Volk würde eilig in den reizvollen Gegenwartsstaat des Zentrums zurückflüchten und wäre für alle Zeiten von den sozialdemokratischen Verlehrern geheilt. Vorläufig ist jedoch alles was die „Germania“ der dieser wie bei so vielen anderen Gelegenheiten über Terrorismus und Unterdrückung der Wahlfreiheit sagt, unbewiesenes und lächerliches Geschwätz, höchstens dazu angetan, unwilligen Zentrumsanhänger von dem systematischen Wahlterrorismus der sträflichen Gewalt abzulenken. Der „sozialdemokratische Wahlterrorismus“ hat sich längst in Sarabien offenbart! Da war es die Sozialdemokratie, welche katholische Zentrumswähler gegen den kapitalistischen Wahldrauf schätzte und deren Anhänger für das Wahlrecht und die Wahlfreiheit katholischer Vergnügungsgesellschaften auf sich luden! —

Deutsches Reich.

Militarismus und Marinismus.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die Hauptziffern des neuen Militär- und Marine-Etats. Zwar bringen diese Etats keine großen Neuforderungen für eine der einzelnen Abteilungen des Kriegsvorgangswesens, aber sie bringen dafür vielerlei Forderungen, die zusammen sehr bedeutend sind.

Trotz der unglücklichen Finanzlage ruhet der Militarismus nicht. Trotz der günstigen Gestaltung der internationalen Situation, die zur Einschränkung des Rüstungswesens dringlichst heraufordert, wird mannigfache Vermehrung an Menschen wie an Pferde- und Waffenmaterial seitens der Heeresverwaltung verlangt, wodurch sehr bedeutende Mehrausgaben erwachsen.

Dah zugleich die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt werden soll, kann als „Fortschritt“ natürlich nicht bezeichnet werden, da die zweijährige Dienstzeit tatsächlich längst besteht und bei der enormen Friedenspräsenz des Heeres die Möglichkeit längerer Dienstzeit völlig ausgeschlossen ist.

Wir geben die hauptsächlichsten Ziffern der beiden Etats sowie das wichtigste der sie begleitenden Begründung:

Militär-Etat.

Der Etat für das preussische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat nach: 6 070 216 M. (- 21 760 M.) für Rechnung der Bundesstaaten, mit Ausschluß von Bayern, 416 824 M. (- 309 180 M.) für Rechnung aller Bundesstaaten; im außerordentlichen Etat 1 858 547 M. (- 2 963 383 M.). Die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 463 961 397 M. (+ 12 845 841 M.), die einmaligen 25 026 320 M. (- 893 969 M.). Im außerordentlichen Etat werden 53 589 400 M. (+ 32 470 700 M.) verlangt.

Bei den Mehransätzen des ordentlichen Etats machen vielfach die aus den Geschenktwürfen betreffend die Friedenspräsenzstärke und die Verringerung der Wehrpflicht hervorgehenden Maßnahmen sich geltend. Es erscheinen für 1905 die Erfordernisse für zwei Bataillone Infanterie mit niedrigem Etat als dritte Bataillone bestehender Regimenter, für drei Kavallerie-Regimenter, davon eins mit hohem Etat, unter Abhebung der vorhandenen Eskadrons Jäger zu Pferde, ferner für eine Kompanie und eine Verspannungsabteilung bei der Fußartillerie-Schießschule sowie für eine Versuchskompanie der Versuchsabteilung unter Abhebung von Mannschaften bei den Eisenbahntruppen. Durch die dauernde Festlegung der zweijährigen Dienstzeit wird bei jedem Infanterie-Regiment ein zweiter Kammerunteroffizier, bei der Feld-Artillerie eine Erhöhung des Pferde-Etats nötig. Unter den laufenden Bedürfnissen befinden sich neu zu schaffende Stellen als „Offizier beim Stabe“ bei den 17 Trainbataillonen.

Von sonstigen Einzelheiten sind bei den fortwährenden Ausgaben hervorzuheben: Wichtige, mit Personalvermehrung verbundene Veränderungen in der Organisation der technischen Institute der Infanterie und Artillerie, über die eine besondere Denkschrift unterrichtet; beim Generalstab eine Vermehrung der Offiziersstellen und eine Neuordnung des Kanzlei- und Bureaudienstes, worüber ebenfalls eine Denkschrift vorliegt; die Schaffung des Postens eines Militärbevollmächtigten bei der Gesandtschaft in Peking.

Bei den einmaligen Ausgaben müssen auch schon bei den Garnisonbauten z. B. Vorbereitungen für spätere Reformen getroffen werden, so unter anderem in Alentein für zwei neu zu errichtende Bataillone Infanterie, die am 1. Oktober 1905 und am 1. Oktober 1906 hinzutreten; in Müllheim für zwei Fußartillerie-Kompanien nebst Bataillonstab zum letzteren Tage, in Graudenz zum selben Termine für drei Eskadrons nebst Regimentstab und zum 1. Oktober 1907 für ein Pionierbataillon; in Thorn zum 1. Oktober 1906 für eine Verspannungsabteilung für Fußartillerie; in Müllhausen zum 1. Oktober 1907 für ein Kavallerieregiment. Weiter ist bei den einmaligen Ausgaben die erste Rate von 20 000 M. für die Beschaffung des noch fehlenden Truppenübungsplatzes für das 16. Armeekorps eingestellt.

Im außerordentlichen Etat werden u. a. zur Beschaffung von Handwaffen als erste Rate 9 Millionen Mark gefordert. Auch erscheint hier eine Forderung für die Beschaffung einer Reserve an Feldartillerie-Material als neunte Rate in Höhe von 13 041 500 M.

Der Etat für das sächsische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat 373 895 M. (- 6520 M.) nach. Die fortwährenden Ausgaben betragen 43 811 787 M. (+ 1 714 648 M.). Es erscheinen die entsprechenden Forderungen an neuen laufenden Bedürfnissen aus Anlaß der Verstärkung des Heeres und aus Anlaß der dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. An Reformen erscheint zum 1. Oktober 1905 ein Kavallerieregiment mit niedrigem Etat unter Abhebung von 2 Eskadrons Jäger zu Pferde. Die einmaligen Ausgaben betragen 3 430 941 M. (+ 196 972 M.). In Waagen muß eine Kaserne für ein am 1. Oktober 1906 hinzutretendes Kavallerieregiment zu 3 Eskadrons gebaut werden, das im Jahre 1907 auf 5 Eskadrons gebracht wird; in Freiberg eine Kaserne für ein am 1. Oktober 1908 hinzutretendes Infanteriebataillon; hierfür werden die ersten Raten gefordert, desgleichen für das Chemnitz am 1. Oktober 1905 unterzubringende Kavallerieregiment. Im außerordentlichen Etat werden 6 649 735 M. (+ 6 649 735 M.) gefordert.

Der Etat für das württembergische Kontingent weist 176 315 M. (- 837 500 M.) Einnahmen nach. Die fortwährenden Ausgaben betragen 21 973 036 M. (+ 631 080 M.). Es erscheinen die dem preussischen Etat entsprechenden Forderungen an neuen laufenden Bedürfnissen und aus Anlaß der Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Die einmaligen Ausgaben betragen 890 996 M. (- 1 901 814 M.). Im außerordentlichen Etat werden 2 653 000 M. (+ 2 653 000 M.) verlangt.

Das Reichs-Militärgericht erfordert an fortwährenden Ausgaben 527 229 M. (+ 4532 M.), an einmaligen 232 800 M. (+ 216 800 M.), davon 225 000 M. als erste Rate für Grundwerb, Entwurf und sonstige Vorarbeiten für ein eigenes Dienstgebäude, das in Charlottenburg an der Ecke der Bismarck- und Grolmannstraße, also an der künftigen Oberbürger-Deerstraße, errichtet werden soll.

Marine-Etat.

Der Vergleich des Etatsanlages der Marine für 1905 mit der Geldberechnung nach Besetze, betreffend die deutsche Flotte, ergibt 238,4 gegen 222,8 Millionen Mark, also für den Etatsanlaß 15,6 Millionen Mark mehr. Dagegen beträgt die Summe der tatsächlichen Ausgaben bezw. der Etatsanläge von 1900 bis 1905 1070,1 Millionen Mark gegen 1070,6 Millionen Mark der bezeichneten Geldberechnung, mithin dieser gegenüber noch ein Weniger von 0,5 Millionen Mark.

Die fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich zuzüglich der Kosten der Zentralverwaltung für das Schutgebiet Kiautschou auf 105 291 755 M. (+ 5 950 246 M.). In der Organisation des Reichs-Marineamts tritt, durch Umwandlung der Konstruktionsabteilung in ein Departement sowie durch Zentralisierung im Verwaltungsdarportement eine Aenderung ein, die dem Anwachsen der Geschäfte entspricht. Die Vermehrung des Flottenpersonals beträgt ebenso wie in den Vorjahren etwa 1/2, mehr als die in der Begründung zum Flottengesetz ermittelte Durchschnittsquote. Die Zahl der neu geforderten Seeoffiziersstellen beträgt 100. Damit bleibt aber der Bestand noch um 50 Köpfe hinter dem dienstlichen Bedarf zurück. Beitel treten hinzu 20 Marine-Ingenieure, 2 Marine-Infanterie-Offiziere, 2108 Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften bei den Matrosen- und Werkstätten sowie den Torpedo-Abteilungen, 97 bei den Matrosen-Artillerie-Abteilungen, außerdem hier noch 300 zur Bildung einer besonderen Linien-Kompanie. Beim Sanitätswesen treten 11 Ärzte und 30 Sanitätsmannschaften hinzu, des weiteren der Beamtenbedarf für das neue Garnisonlazarett in Kiel. Auch in den in Frage kommenden anderen Kapiteln ist eine der Entwidlung der Marine entsprechende Vermehrung des Personals unter gleichlaufender Steigerung der tatsächlichen Ausgaben vorgesehen.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich auf 111 495 450 M. (+ 10 632 480 M.). Davon entfallen 70 070 000 M. (+ 835 000 M.) auf Schiffbauten.

Neben den Schiffsbauten und dritten Raten für im Bau befindliche Schiffe erscheinen an Vernebrungs- und Ersatzbauten nach Maßgabe des Flottengesetzes neu die ersten Raten für die Linienschiffe „Q“ und „R“, für den großen Kreuzer „D“, die kleinen Kreuzer „Erlaß Wacht“ und „Erlaß Witz“, ferner ein weiteres Kanonenboot zur Verwendung auf Auslandsstationen. Sodann werden gefordert die Kosten für ein weiteres Pufferkanonenboot für Ostasien, für den Tender „Erlaß Hag“, für ein weiteres für Hochseeremissionen eingerichtetes Spezialschiff, die erste Rate für einen Minendampfer, dessen Bau durch die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges nötig wird; für Torpedoboote-Divisionen wird eine Schluprate und eine neue erste Rate gefordert. Schließlich ist noch ein neuer Posten von 1 1/2 Millionen Mark zur Anstellung von Versuchen zwecks Beschaffung von Unterseebooten eingestellt.

Für artilleristische Ausrüstungen werden 29 271 000 M. (+ 6 745 000 M.) gefordert. Dabei wird folgendes bemerkt: Der zunehmende Panzerschutz der Schiffe und die größeren Schutzweiten nötigen zu einer Steigerung der Leistungen der schweren und mittleren Schiffartillerie. Zu diesem Zweck ist bei den Linienschiffen

und Kreuzern eine Erhöhung der Zahl der Stahlgeschosse, als der leistungsfähigeren Geschosart, innerhalb der bisherigen Munitionsausstattungsbetrags in Aussicht genommen. Dies bedingt, da Stahlgeschosse erheblich teurer sind, gesteigerte Gelddarstellungen. Für die bis einschließlich 1904 bewilligten Schiffe sollen diese Mehrkosten aus der Forderung zur Beschaffung von Munition bestritten werden und muß deshalb die ursprüngliche Anschlagssumme der letzteren auf 14 000 000 M. erhöht werden. Die diesjährige Rate für Munitionsbeschaffung beträgt demnach statt einer Million zwei Millionen Mark. Für die von 1905 ab in Bau zu nehmenden Schiffe sind die Mehrkosten der Stahlgeschosse durch Erhöhung der Anschlagssummen zur artilleristischen Ausrüstung vorgesehen.

Mit Rücksicht hierauf sowie behufs Verstärkung der leichten Artillerie zur wirksameren Belämpfung angreifender Torpedoboote erhöht die Summe für die Ausrüstung der Linienschiffe sich künftig auf je 7 000 000 M., eines großen Kreuzers auf 4 700 000 M., der kleinen Kreuzer auf je 1 350 000 M. Auch bei den Torpedobootten wird eine Verstärkung der Geschützarmierungen notwendig, und zwar künftig auf je 770 000 M. für die Division. Die Verstärkung der leichten Artillerie auf den schon vorhandenen oder im Bau begriffenen Schiffen und Torpedobootten-Divisionen erfordert weitere 3 000 000 M., wovon eine Million in diesen Etat eingestellt wird.

Im außerordentlichen Etat werden einschließlich des Zuschusses für die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 50 117 000 M. (+ 4 002 000 M.) und ohne den Zuschuß 22 047 000 M. (+ 6 227 000 M.) gefordert. Neu erscheinen hier Summen für mehrere Magazine, zwei Arbeiterpeisebäuer, zwei Werkdampfer, einen Torpedoschießstand in der Strandter Ducht, Kasernenbauten.

Andere Etats.

Der Etat für das Reichschatamt veranschlagt die fortwährenden Ausgaben auf 210 893 905 M. (- 2 485 504 M.). Zur Entlastung des Reichs-Invalidenfonds von den Beihilfen an hilflosbedürftige Kriegsteilnehmer (sogenannte Veteranenbeihilfe) sind 14 000 000 M. (+ 2 500 000 M.) ausgedacht. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sind mit 189 335 000 M. (- 6 592 000 M.) angesetzt. Beim Allgemeinen Pensionsfonds berechnen die Ausgaben sich auf 73 281 068 M. (+ 2 339 939 M.). An der Zunahme ist das Reichsheer mit 1 637 400 M., die Marine mit 396 800 M., die Zivilverwaltung mit 273 950 M. beteiligt.

Auf den Reichsinvalidenfonds entfallen Ausgaben in Höhe von 57 863 282 M. (+ 4 741 863 M.), von denen die Veteranenbeihilfen in Höhe von 14 Millionen (+ 2 500 000 M.) auf den Etat des Reichschatamts übernommen werden.

Die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Verbrauchssteuern und Aueren sind auf 857 281 740 M. (+ 13 595 270 M.) veranschlagt. Die Zölle sollen erbringen 512 282 000 M. (+ 1 413 000 M.), die Tabaksteuer 11 099 000 M. (- 746 000 M.), die Zundersteuer 130 000 000 M. (+ 14 078 000 M.), die Salzsteuer 52 282 000 M. (+ 1 976 000 M.), die Branntweinsteuer a) Malischottischsteuer 13 524 000 M. (- 1 251 000 M.), b) Verbrauchsabgabe für Branntwein und Zuschlag 103 954 000 M. (- 2 446 000 M.), die Schaumweinsteuer wie im Vorjahre 4 531 000 M.; die Branntwein- und Lebergangsabgabe von Bier 29 521 000 M. (- 29 000 M.). Die Einnahmen an Stempelabgaben sind mit 86 424 000 M. (- 2 432 000 M.) angesetzt.

Der Etat für die Expedition nach Ostasien weist im ordentlichen Etat eine Einnahme von 11 024 013 M. (- 1 317 041 M.) nach, darunter 10 943 283 M. als vierte Zinsrate der Entschädigung. Die für den außerordentlichen Etat vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 12 659 805 M. (- 104 442 M.). Davon entfallen auf die Verwaltung des Reichsheeres 11 414 111 M. (+ 169 064 M.), auf die Verwaltung der Marine 990 000 M. (+ 313 000 M.). Die Erläuterungen besagen zu diesen Ausgaben: Die politischen Verhältnisse haben im Jahre 1904 eine Verringerung der Besatzungsbrigade nicht ermöglicht. Ihre Stärke beträgt vom 1. Oktober 1904 ab 103 Offiziere, 16 Sanitätsoffiziere, 42 obere Beamte, 11 untere Beamte, 2342 Mannschaften und 1088 Pferde usw.

Die Militärpensions-Gesetze.

Die wesentlichen Bestimmungen des neuen Pensionsgesetzes für die Offiziere sind von uns bereits mitgeteilt worden. Als Vorzüge des neuen Gesetzes gegenüber den bisherigen Bestimmungen werden offiziell (!) in der „Neuen Pol. Korresp.“ folgende Bestimmungen bezeichnet:

1. Die Pension kann auch noch nach dem Ausscheiden beantragt werden.
2. Das pensionsfähige Dienstverdienst für die unteren und mittleren Dienstgrade ist erhöht.
3. Die Pension beginnt nach 10 Dienstjahren mit 20/100 des pensionsfähigen Dienstverdienstes, statt wie bisher mit 15/100, so daß in Zukunft nach 35 Jahren die Höchstpension erreicht wird.
4. Die Friedensversammlungszulage ist von 600 M. auf 900 M. erhöht, der Unterschied zwischen äußerer und innerer Dienstbeschädigung fällt fort.
5. Die Grenzen der Kürzung der Pension bei Anstellung im Zivildienst sind bedeutend erweitert.
6. Bei der Pensionierung aus dem Zivildienst erfolgt die Zahlung der Pensionsgebühren der Gesamtdienstzeit entsprechend.
7. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst erhält der Offizier noch für ein viertel Jahr die bisherigen Bedürfnisse an Gehalt, Wohnungsgeldzuschuß und Servis.

Angehts dieser Reformenbestimmungen für Militärpensionszwecke ist es außer Aufgabe des Reichstages gründlich zu prüfen, wie den alszukünftigen Verabschiedungen der Offiziere ein Ende gemacht werden kann.

Auch der Geschenktwurf über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Heeres wird in der „Köln. Zig.“ veröffentlicht. Wir heben daraus vorläufig die wichtigsten Bestimmungen hervor:

Die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes haben bei der Entlassung aus dem aktiven Dienste Anspruch auf eine Rente, wenn und so lange infolge einer Dienstbeschädigung ihre Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder um wenigstens zehn Prozent gemindert ist.

Die Rente beträgt jährlich für die Dauer völliger Erwerbsunfähigkeit für Feldwebel 900 M., Sergeanten 720 M., Unteroffiziere 600 M., Gemeine 540 M. (Vollrente).

Unteroffiziere und Gemeine, die durch Dienstbeschädigung in der nachstehenden Weise an der Gesundheit schwer geschädigt sind, erhalten für die Dauer dieses Zustandes neben der Rente eine Vermögenszulage. Die Vermögenszulage beträgt monatlich je 27 M. bei dem Verlust einer Hand oder eines Fußes, bei dem Verlust der Sprache, bei Taubheit auf beiden Ohren; sie beträgt monatlich 54 M. bei Verlust oder Erblindung beider Augen.

Es folgen Bestimmungen über Kriegszulagen, Zivilversorgung, bedingte Rente, Alterszulage u. s. w.

Erbitterte Wahl.

Das Wahlergebnis in Schwerin-Bismar liegt noch immer nicht vollständig vor. Am Freitag vormittag waren gezählt für Dr. Dabe (L.) 8993, für Wüßing (natl.) 7037, für Antzid (Soz.) 10 505 Stimmen. Das Resultat von 8 Ortschaften stand noch aus, so daß noch nicht endgültig feststeht, mit wessen der beiden gegnerischen Kandidaten unser Genosse Antzid in die Stichwahl gelangt.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die Stärke der Parteien im Wahlkreis Schwerin-Bismar sich seit dem Vorjahre kaum irgendwie geändert hat. Wir haben eine kleine Stimmenzunahme zu verzeichnen, aber auch die beiden anderen Parteien haben eine geringe Zunahme der vorjährigen Stimmenziffer erreicht. Der Wahlkampf war überaus erbittert. Die Gegner unserer Partei haben alles in Bewegung gesetzt, um uns eine Niederlage zu bereiten. Dazu kam, daß jede der beiden gegnerischen Parteien das Äußerste aufwandte, um mit uns in die Stichwahl zu gelangen. Beide Parteien zeigten sich schon

im Vorjahre fast völlig gleich stark und der Wettstreit unter ihnen trug erheblich dazu bei, daß eine Wahlbeteiligung erreicht wurde, wie kaum je bei einer Reichstagswahl. Die Wahlbeteiligung betrug 92 bis 93 Proz. Stämmige Wähler wurden in den Abendstunden noch vielfach in Wagen nach dem Wahllokal befördert. Ja, franke Bezirke wurden an die Wahlurne getragen. In vielen Wahlbezirken betrug die Beteiligung volle 100 Prozent und in vielen Ortschaften konnte der Wahlakt schon mittags beendet werden, weil um diese Zeit die sämtlichen eingeschriebenen Wähler ihre Stimmen schon abgegeben hatten.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges ist ein für unsere Partei durchaus günstiges. Es hat sich erwiesen, daß die von Wahl zu Wahl größer gewordene Anhängerzahl unserer Partei in dem stark ländlichen Wahlkreis fest zu uns steht und trotz der ungewöhnlichsten Bemühungen der Gegner nicht von unserer Fahne zu lösen ist. Unsere Parteigenossen des 2. Mecklenburgischen Wahlkreises, die einen heißen Kampf geführt haben, gebührt der Dank der Partei und sicherlich werden sie alles aufbieten, um die Stichwahl, mit welchem der beiden Gegner sie auch auszusuchen sein wird, erfolgreich zu gestalten.

Eine letzte telegraphische Nachricht in späterer Abendstunde gibt dieses Ergebnis: Dabe 7034, Wüßing 7036, Antzid 10 588. Erst die am Montag stattfindende amtliche Auszählung kann endgültig ergeben, wer unser Stichwahlgegner ist.

Das „Berliner Tageblatt“ hat noch, wie man anerkennen muß, moralisches Selbstgefühl genug, um unsere Feststellung unangenehm zu empfinden, daß es aus dem Württembergischen Ausschuss der Friedensbewegung die entscheidenden Stellen gegen die deutsche Politik herausgestrichen hat, ohne auch nur die Lippe anzudeuten.

Leider teilt das Blatt seinen Lesern diesen Grund seiner Bestimmung nicht direkt mit, sondern beschränkt sich zu seinem Schamgefühl in der wunderbaren indirekten Form, daß es uns vorwirft, wir hätten uns nicht genügt über einen Spielerprozeß; es hätte sich das Ungeheuerliche begeben, daß Arbeiter dem Spiele geföhnt. Wie hätten wir doch über den harmlosen Prozeß geschrieben! Wo sei da Berechtigtheit, wo gleiches Maß!

Wir gestehen, daß wir jenen Prozeß nicht im mindesten interessiert gefunden haben. Denn das „B. T.“ aber anders über den Fall. So sind wir gern bereit, uns zu bessern. Wir stellen dem „B. T.“ frei, selber ungezählte Leitartikel über den für seine Einpfindung doch so bemerkenswerten Fall zu veröffentlichen, und wir verpflichten uns, alle diese Betrachtungen nachzubringen.

Im übrigen gehen wohl unsere Anschauungen über das, was interessant ist und nicht, allzu weit auseinander. So hat z. B. das „B. T.“ zwar die Briefe Fontanes — siehe das heutige Feuilleton — erwähnt, aber keine Silbe von der Charakteristik seiner eigenen Tugenden mitgeteilt — dem Beispiel der gesamten bürgerlichen Presse folgend, die aus den Briefen nur ein paar Stellen erwähnt hat, die recht nebenfächlicher Natur sind.

Aus dem saarabischen Bergmanns-Paradies wird uns geschrieben: Herr Hilger, der bisherige Oberkommandierende im saarabischen Unterbetrieb, hat im besamten Krämmerprozeß behauptet, „seine“ Vergleiche hätten keine Organisation nötig. Berechtigter und erfüllbarer Wünsche seiner Schutzbefohlenen gebe es nicht. In sämtlichen fiskalischen Vertrieben seien die besten Wohlfahrts-Einrichtungen getroffen; ein anständlicher, stets steigender Lohn, gute Veranblung seitens der Beamten, weitgehendste persönliche Freiheiten, gute Versorgung bei Krankheitsfällen, im Alter eine Pension, die zum „standesgemäßen“ Lebensunterhalt vollständig ausreiche — so steht Saarabien durch die Briefe des Herrn Hilger aus.

In diesem Blide bringen wir eine Illustration aus der Wirklichkeit.

Vor drei Jahren verunglückte auf der fiskalischen Grube Altemwald ein Arbeiter dadurch, daß ihm aus beträchtlicher Höhe eine Leiter auf den Kopf fiel, wodurch er einen Schädelbruch erlitt, und mehrere Monate im Lazarett lag, worauf er an den Revierarzt, von diesem zum Spezialarzt, von diesem wieder zu ersterem verwiesen wurde. Der Mann konnte nicht wieder hergestellt werden und bleibt dauernd arbeitsunfähig, was das ärztliche Zeugnis des ihn behandelnden Spezialarztes unzweideutig feststellt. Da er aber von dem Revierarzt als gesund entlassen wurde, mußte er die Arbeit wieder aufnehmen, die jedoch durch das Zuerückbleiben der Unfallfolgen sehr häufig unterbrochen werden mußte. Von einer Gewährung der Invalidrente war keine Rede, statt dessen suchte man ihn mit der geringen Anwartschaftspension zu entlassen. Bevor es jedoch dazu kam, wurde ihm die Arbeit gekündigt, angeblich, weil er eine Vergarbeiterverammlung besucht haben soll.

Während der Abkündigungfrist mußte er sich wieder krank melden und war dann sechs Monate in ärztlicher Behandlung, wurde aber wieder als arbeitsfähig entlassen, obwohl sein Zustand unverändert war. Die Grube nahm ihn aber nimmer an. Jetzt steht der Kernste, der schon länger als vier Monate vergebens um Arbeit sucht, ohne alle Hilfsmittel da, krank, seine Frau mit vier Kindern hungern sehend, inmitten der saarabischen Herrlichkeit. Eine ihm in Aussicht stehende Stelle konnte er nicht antreten, weil ihm die Ortsbehörde das dazu nötige Führungszeugnis verweigerte. Die nachgesuchte Armenunterstützung für seine Familie wurde verweigert.

Jetzt ist der arme Teufel, der den Hunger der Seinigen nicht mehr mitansprechen konnte, schon wochenlang verschwunden, ohne daß eine Spur von ihm zu finden ist.

Die unglückliche Frau des Gehegten, die sich naturgemäß den schmerzhaften Gedanken hingibt, hat seit dem Verschwinden ihres Mannes erneut um Unterstützung nachgesucht, wurde indes wieder abschlägig beschieden.

Wer will da noch zweifeln an der göttlichen Weltordnung — und an Hilgers Worten? —

Südwestafrikanisches.

Berlin, 25. November. Am 18. November im Gefecht bei Spitzkoppe gefallen: Unteroffizier Johann Splittgerber, geboren 2. November 1877 zu Reichenwalde; Reiter Bernhard Lohfink, geboren 25. August 1882 zu Suhl.

Schwer verwundet: Reiter Heinrich Theisen, geboren 16. Juli 1881 zu Pech. Am 20. November im Patrouillengefecht bei Copesfarm östlich Kuis leicht verwundet: Sergeant Wilhelm Jacobson, geboren 12. Februar 1877 zu Kamperfelde (Fleischschuß linker Oberarm).

Am 22. November im Gefecht bei Aub gefallen: Oberleutnant Berner Daad, geboren 27. März 1873 zu Kiel.

Schwer verwundet: Kriegsfreiwilliger Oberleutnant zur See a. D. v. Rabenau (Wundschuß rechts und Fleischschuß rechten Oberarm).

Leicht verwundet: Leutnant v. R. v. Mosch im Husaren-Regiment Nr. 6 (Schuß an der linken Schläfe); Wundschuß rechts Oberarm, geboren 9. Oktober 1877 zu Wächtersbach (Fleischschuß rechten Oberarm).

Am 18. November gestorben: Reiter Paul Röck, geboren 20. September 1882 zu Pasewalk, am 10. November im Lazarett Grootfontein.

Am Herzschlag gestorben: Zahlmeister Aspirant Carl Schade, geboren 28. Mai 1871 zu Dojentrade, am 21. November in Windhuk.

Berlin, 25. November. Am 18. November gestorben: 1. Reiter Ernst Kaiser, geboren 9. September 1883 zu Mühlhausen in Thüringen, früher in der Maschinenabwehrabteilung 3, am 24. November im Lazarett Ojimbunde. 2. Reiter Edward Schalkowski, geboren 1. Januar 1882 zu Wilsch, früher Feldartillerie-Regiment Nr. 71, am 22. November im Lazarett Ojimbunde. 3. Reiter Alfons Thoma, geboren 27. November 1882 zu Ochsenhausen, früher im Dragoner-Regiment König (2. Württembergisches) Nr. 26, am 22. November im Lazarett Okahandja.

Verwundet: Am 18. November auf Pferdewache bei Okahandja: Gefreiter Johannes Thille, geboren zu Nichtenau, früher im Pionier-Bataillon Nr. 16, Schuß rechter Fuß.

Gesellschaftlicher Wasserwerks-Prozess.

Essen, den 24. November. (Fig. Ber.)

Heute hat sich der Gerichtssaal in ein wissenschaftliches Kolleg verwandelt; Professor Dr. Emmerich, München, der heute sein Gutachten erstattet, hat die Wände mit Tabellen und Zeichnungen ausstatten lassen. Professor Emmerich erklärt zunächst, wie er dazu gekommen ist, hier als Gutachter aufzutreten. Er habe sich gewundert, daß sich ein preussischer Staatsanwalt finde, der eine wissenschaftliche Streitfrage vor das Forum des Gerichts bringe: Es ist meine feste Ueberzeugung, daß Wasser ist nicht die Ursache der Gelfenkrankheit. Ich habe aus vielen Städten festgestellt, daß die Typhusepidemien in der Regel im Sommer und Herbst auftreten. Rettenlofer hat durch eigene und andere Forschungen festgestellt, daß ein Parallellismus zwischen Grundwasserstand und Typhusepidemien besteht; es ist konstatiert, daß Epidemien nach längerer Trockenheit bei niedrigem Wasserstand entstehen, sie breiten sich aus mit dem Steigen des Wasserstandes und verschwinden, wie der Grundwasserstand sinkt. Das läßt sich an dem Verlauf der Epidemien in München ganz genau nachweisen. Nach Verbesserung der öffentlichen Hygiene verschwanden die Seuchen. Daß diese mit dem Leitungswasser nichts zu tun hatten, geht schon daraus hervor, daß dort erst eine Wasserleitung angelegt wurde, als die Epidemien schon erloschen waren. — Bei hohem Wasserstand entstehen keine Epidemien, ihr Beginn fällt immer in die Periode niedrigen Wasserstandes. Bei Tiefstand des Wassers findet eine starke Vermehrung der Typhusbazillen an der Bodenoberfläche statt. Sättigung des Bodens durch Niederschläge und steigender Wasserstand läuft parallel mit Absterben der Keime. Bei starkem Feuchtigkeitgehalt sinken die Nahrungstoffe, gleichzeitig fällt die Temperatur unter 15 Grad, wodurch die Entwicklung und Vermehrung der Keime erschwert wird. Wie sind nun die Verhältnisse im Seuchengebiet? Bei meinen wiederholten Reisen durch dasselbe fand ich Zustände, wie sonst nirgends in der Welt. Der Boden im Seuchengebiet ist wegen seiner Porosität sehr günstig für die Vermehrung der Bazillen. Ich fand in einem Quadratmeter Boden nach der Uebertragung 4 Millionen Keime, nach 11 Tagen waren keine mehr vorhanden. Auf Boden von Hans Grimberg fanden sich in 100 Milligramm Boden 2 288 000 Keime, schnell nahm die Zahl ab, nach 6 Tagen waren alle Keime vernichtet. — Durch gründliche Bodenreinigung, die aber nur theoretisch denkbar ist, würden Epidemien unmöglich gemacht. Im Seuchengebiet war der Boden stark verunreinigt, teilweise fehlte es an Kanalisation, die Befestigung der Kanäle und des Urtrats ist vielfach sehr mangelhaft. Die Bodenreinigungen bewirken die Stauungen in den Sammelgräben, aus den Gräben, aus Abtränkanlagen dringt der Urtrats in das Erdreich; bei starkem Regen werden die Gräben überfüllt, der Austritt ergießt sich in Gärten, Höfe und auf Wege. In Erie fand ich einen Graben, durch welchen Jauche und sonstiger Urtrats floß, verschiedene bilden sich Klumpen; sogar einen Jaucheseer von circa 500 Quadratmeter fand ich. In Gelfenkirchen sah ich Hofräume, in denen das Rülz bis einen halben Meter hoch lagerte. Diese Zustände können durch keine diplomatische Seife reinigbar werden. Gegen solche traurigen Zustände müßte man mit Donnerstimme protestieren, daß es bis zu den Stufen des Thrones dringt und in sanfterer Beziehung für das Gebiet, welches solche Mengen wertvoller Produkte liefert, etwas getan wird. Das wäre mehr wert als feste feiern. Nach längerer Trockenheit Ende August 1901 vermehrten sich die Typhusbazillen ganz gewaltig. Durch Regen und andere Insekten wurden die Bazillen auf Nahrungsmittel übertragen. Eigentlich ist es noch verwunderlich, daß die Gelfenkrankheit nicht noch fruchtbarer gewirkt hat. Ich nahm Partikeln von dem Schmutz, der am Schuhzeug haften, und fand darin Bazillen. Die Feuchtigkeitverhältnisse im nördlichen westfälischen Stollengebiet sind die denkbar ungünstigsten. Vielfach sorgte man bei den vielen industriellen und Verkehrsanlagen nicht für genügenden Wasserabzug. Wenn plötzlich ein Regen niederregnet, wird durch die Abflüsse das ganze Terrain verunreinigt. Gelfenkirchen ist man bei all der Bodenverunreinigung im allgemeinen wenig für Epidemien disponiert wegen des großen Wasserreichtums des Bodens. So fanden sich für den Sommer 1901 alle Bedingungen vereinigt, die Rettenlofer für den Ausbruch einer Epidemie voraussetzt. Und hier zeigt uns die Natur ein großartiges Experiment. Am 15.—16. September ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder; in den zwei Tagen betrug die Niederschlagsmenge 51 Millimeter, mehr als sonst im ganzen Monat. Und nun war die Macht der Epidemie gebrochen, die Erkrankungsfälle liegen nach, die Epidemie verschwand. Wäre der Regen ausgeblieben, die Epidemie hätte weiter gewüthet. Seit 25 Jahren war der Wasserstand der Ruhr nicht so niedrig als im Sommer 1900, mit dem Steigen des Wasserstandes nahm die Epidemie ab. Wegen die Ansicht, daß das Leitungswasser die Epidemie verursacht habe, wendet der Sachverständige noch ein, daß die verschiedenen Fälle in den verschiedenen Gemeinden zeitlich weit auseinanderliegen und daß die Epidemie im Centrum der Städte ihren Anfang nahm, also nicht in Kongruenz mit der Wasserzufuhr steht. Verkehrt ist es, das Leitungswasser wegen seines Gehaltes an Kalkbazillen für gesundheits-schädlich zu halten.

Vorliegender: Halten Sie Wasser für ein Nahrungsmittel? Gutachter: Rein, nur für einen Nahrungsmittel.

Zu Verlauf einer Kontroverse zwischen verschiedenen Sachverständigen beinerkt Professor Emmerich: In Schalle spazieren die Schweine auf der Straße herum, der größte Misthaufen ist die Schweinegucht in diesen Gebieten.

Medizinrat Dr. Springfeld führt aus, daß in noch viel längerer Zeit, als Prof. Emmerich für die Lebensfähigkeit der Typhusbazillen im Wasser annimmt, die Keime bis in den Mund der Wasserkonsumenten gelangen und daß mehrere Tage nach der Infektion lebende Keime im Wasser gefunden worden sind.

Professor Emmerich glaubt nicht daran, daß die Fälle verhängt sind.

Stabsarzt Dr. v. Drygalski wendet sich gegen die Ausführungen des Gutachters. Typhusbazillen lebten sowohl bei Abfluß wie bei Zutritt der Luft. Wiederholt sind Typhusbazillen im Wasser gefunden worden.

Professor Emmerich wendet sich nun wieder gegen Doktor v. Drygalski.

Die Verhandlung wird auf Freitag vertagt. —

Ausland.

Streik der Marineworker.

Paris, 24. November. (Fig. Ber.) Die Arbeiter der Kriegsmarine-Arsenale sind in eine folgenschwere Bewegung getreten. Ursprung derselben ist die Forderung der Feuerwerker in der Pulverfabrik von Lorient, in die achtsündige Arbeitszeit auch die Zeit einzuschließen, die sie für den In- und Rückweg zwischen ihrer Wohnung und der auf einer Insel gelegenen Fabrik brauchen. Die effektive Arbeitsdauer würde dadurch um etwa 25 Minuten verkürzt werden. Das betreffende Personal zählt 88 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Streik dieses Personals, der nach Zurückweisung seiner Forderung ausbrach, war jedoch von kurzer Dauer. Zur sechs Mann verbarren im Streik. Diese wurden sofort entlassen und durch Marine-Artilleristen ersetzt.

Daher die Streikbewegung der organisierten Arsenalarbeiter, die sich mit den Gemäßigten solidarisch erklärten. Zur Stunde stehen im Streik sämtliche Arsenalarbeiter von Brest und nur eine geringe Minderheit in Lorient (etwa 500 unter 3700). In Brest wird neben der Wiederanstellung der sechs Gemäßigten noch eine Lohnerhöhung und eine Aufbesserung der Alterspensionen gefordert. In Toulon und Rochefort haben die Gewerkschaften vorläufig den Streik nur „im Prinzip“ beschlossen.

Der linksradikale Marineminister Pelletan hat befanntlich einige wesentliche Forderungen der Marineworker bewilligt: Achtstundentag, Anerkennung der Gewerkschaften bezw. Anweisung an die Marinebehörden, mit den Gewerkschaftsdelegierten über alle vorkommenden Streitpunkte zu unterhandeln, und eine freilich bescheidene Lohnaufbesserung. Jetzt aber, angesichts der Streikbewegung, fragt der linksradikale Minister in Zeitungs-Interviews über die „Undankbarkeit“ der Arbeiter. Mehr als das. Er handelt wie ein fauststarker Staats- und Landesretter. Er hat nach Brest an den Marinepräsidenten diese Depesche geschickt:

„Die Regierung wird niemals dulden, daß die Arbeit der Vorbereitung der Landesverteidigung unterbrochen wird. Lassen Sie durch Anschlag bekannt machen, daß jeder Arbeiter, der freitags morgen die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, als demissioniert betrachtet werden wird. Die Schuldigen werden entlassen, die übrigen werden zurückerufen.“

Die ministerielle Zeitung „Action“ nennt diese Depesche zutreffend einen „Ums“, der ganz nach dem Geschmack der Marinebehörden sei, der schlimmsten Feinde des — Marineministers Pelletan.

Der sozialreformistische Minister streitet also den Marineworkern das Streikrecht rundweg ab. Im Interview, das der „Matin“ veröffentlicht, fügt er in seiner bürgerlich-patriotischen Befangenheit unfreiwillig dem Schaden noch den Hohn hinzu: „Alle Arbeiter haben das Recht, Streik zu machen. Das ist ein unüberwindliches Recht. Ich erkenne es den Arsenalarbeitern ebensowohl zu wie den anderen.“ Aber die Ausübung dieses „unüberwindlichen“ Rechtes bleibt den Arsenalarbeitern verboten unter der Strafe der Mahregulung: „Ein Privatunternehmer kann die Streikenden wieder anstellen; ich glaube sogar, daß er in aller Gerechtigkeit sämtliche Streikenden wieder anstellen muß, es sei denn, daß ein schweres Vergehen vorliegt. Ich könnte aber nicht das gleiche tun. Die Arsenalarbeiter sind notwendige Mitarbeiter der Kriegsmarine; diese darf nicht ihren Launen ausgeliefert werden.“

In seinen Erklärungen, die von der „Aurore“ veröffentlicht werden, gibt Pelletan die Berechtigung eines Streiks der Arsenalarbeiter in verzwweifeltten Fällen zu — gegen eine systematisch arbeitserindliche Regierung. . . . Ein Arbeiterstreik aber wie er hat offenbar das Recht, Arbeiter auf die Straße zu werfen, ohne daß sie aufmucken dürfen. Am Beispiel Pelletans sieht man, welche tiefe Kluft auch den besten bürgerlichen Demokraten von der proletarischen Auffassung trennt. Eine Kritik seines lokalen Vorgehens findet man aber leider nur in der ministeriellen halb-sozialistischen „Action“, nicht in den ministeriell-sozialistischen Blättern. —

Frankreich.

Verurteilung kapitalistischer Revolverhelden.

Annee, 25. November. Das hiesige Schwurgericht verhandelte heute gegen die Söhne des Fabrikanten Crestez in La Cluse, die im Juli d. J. auf ausländische Arbeiter geschossen hatten. Drei Söhne Crestez wurden zu einem Jahr, ein vierter zu acht Monaten Gefängnis und alle vier solidarisch zur Zahlung von zwölftausend Frank Entschädigung an die Hinterbliebenen der Getöteten bezw. an die Verwundeten verurteilt. Die wegen Blünderung angeklagten Arbeiter wurden freigesprochen.

Um die Geheimfonds.

Paris, 23. November. (Fig. Ber.) Die vielen gescheiterten Versuche der Opposition, das Kabinett Combes in direkten Angriff zu stürzen, hatten sie zu einem indirekten Sturzversuch verleitet. Die Geheimfonds, ein alljährlicher Budgetposten des Ministeriums des Innern, schienen ihr dazu der geeignetste Boden zu sein. Der Plan war nicht übel ausgedacht. Das Ministerium war ja in den letzten Interpellationen nur mit Hilfe der revolutionär-sozialistischen Stimmen gerettet worden. Diese Hilfe mußte ihm aber in der Geheimfondfrage verjagt bleiben.

Seit einer Woche bereitete man sich nun hüben und drüben auf einen entscheidenden Tag vor. In den Wandelgängen der Kammer, in den Redaktionsräden, in der Presse — des Kabinetts des Ministerpräsidenten nicht zu vergessen — drehten sich alle Gespräche, Gedanken und Intrigen um die Geheimfonds. Es verfuhr sich von selbst, daß ein Kammervotum gegen die Geheimfonds unter den gegebenen Umständen lediglich den Sturz des Ministeriums, keineswegs die Abschaffung der schmählischen Einrichtung bedeuten würde. Das selbstherrliche, der Kontrolle des Parlaments entzogene Verfassungsgesetz über das Ständegeld für die Geheimpolitici, das Spittelium und anderes Unwesen sollte eben nur dem Kabinett Combes verweigert werden.

Die Entscheidung ist gestern gefallen. Das Ministerium wurde nebst den Geheimfonds gerettet mit 293 gegen 262 Stimmen, gerettet stillschweigend ohne Wortkämpfe.

Die rettende Abstimmung galt einem alljährlich wiederkehrenden Antrag der revolutionär-sozialistischen Fraktion auf Abschaffung der Geheimfonds. Der Antrag wurde vom Genossen Dejeante kurz begründet als eine prinzipielle republikanische Forderung, die bereits im — ach! wie altfränkischen — republikanischen Programm von 1809 erhoben wurde. Ministerpräsident Combes verlangte ebenso kurz die Aufrechterhaltung des Kredits (im Betrage von 1 Million) und knüpfte daran die Vertrauensfrage desto nachdrücklicher, als die Opposition durch die Ablehnung desselben die allgemeine Politik der Regierung zu treffen beabsichtige. Die Opposition aber, die vereinigte Opposition der Rechten und der dissidenten Linksrepublikaner, blieb stumm. Ganz befreudlich! Für den prinzipiellen Antrag Dejeante konnte sie wohl stillschweigend stimmen, sie konnte sich aber weder zu ihm ehrlich bekennen, noch ihn ausdrücklich in ihrem Sinne, im Sinne eines antiministeriellen Mandats auslegen. Dejeante hatte übrigens mit wohlgezielten Worten betont, daß das Votum seines Antrages nur den Sinn der endgültigen Abschaffung der Geheimfonds haben könne.

Die jauresische Kammerfraktion hat — mit der einzigen Ausnahme des sich enthaltenden Abgeordneten Weber — für die Geheimfonds votiert. Im Vorjahre hatte das befanntlich die überwiegende Mehrheit dieser Fraktion getan und das auf Drängen von Jaures hin. Diesmal hatte Jaures schon vor einigen Tagen in der „Humanité“ für das Geheimfonds-Votum Stellung genommen, da es sich nur noch um die Vereitelung eines oppositionellen Mandats handelte und jenes Votum keinen anderen Sinn habe als den einer Vertrauensfundgebung. Vom Standpunkte der Bloc-Lafitte ist das allerdings ein durchschlagendes Argument.

Von der revolutionär-sozialistischen Fraktion (18 Mitglieder) haben 7 für den Antrag Dejeante gestimmt,

vier Mitglieder, Allard, Douveri, Dufour und Chaubière haben sich der Abstimmung enthalten, wobei die drei zuerst Genannten nachträglich ihre Enthaltung — anstatt eines Ja-Votums — durch ihre momentane Abwesenheit aus dem Sitzungssaal erklären, endlich zwei Mitglieder: Coutant und Piger, befinden sich zur Zeit im Urlaub.

Der stimmige Schluß folgte noch ein heftiges Wortgefecht zwischen Doumer und Combes anlässlich der Höhe des Geheimfonds-Kredits. Die antiministerielle Mehrheit der Budgetkommission hatte den Posten von 1 200 000 Frank auf eine Million herabgesetzt. Die Regierung akzeptierte diese Herabsetzung. Trotzdem benutzte Doumer als Präsident der Budgetkommission die Gelegenheit, um in seiner Wit über die soeben erlittene Niederlage der Verminderung des Kredits eine für Combes beleidigende Bedeutung zu geben. Die gestrichenen 200 000 Frank, sagte er, wären für Korruptionszwecke bestimmt gewesen, d. h. für den Kauf von ministeriellen Stimmen im Parlament und in der Presse. Combes antwortete mit einer Retourkutsche: alle Welt wisse, daß er sich gewisse Feindschaften zugeogen hätte gerade durch seine Weigerung, Korruptionsgelder zu zahlen. . . .

Die Wahrheit ist, daß alle beide . . . recht haben. Die Unterstützung ministerieller Zeitungen und Politiker aus den Geheimfonds ist eine ebenso notorische Tatsache, wie der Uebergang ins oppositionelle Lager infolge der Weigerung Combes, z. B. an eine von einem Deputierten geleitete einflußlose Zeitung die Geheimfonds-Unterstützung in der früheren Höhe zu zahlen. Die Streichung der 200 000 Frank ist eine offizielle Bestätigung des Gebrauchs der Geheimfonds auch zu Korruptionszwecken. —

Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Ministerpräsident Combes erklärt, das Protektorat im Orient hänge keineswegs von dem Papst ab. Die Fragen betreffend das Protektorat und die Trennung von Kirche und Staat müßten gut unterschieden bleiben. Er bestreite, daß die materiellen Vorteile des Protektorats den von Frankreich gebrachten Opfern entzogen. Der englische, deutsche und amerikanische Handel in China seien wichtiger als der französische; Missionare seien keine Handelsagenten, sie hätten nur die Religion im Auge. Unser Einfluß, fuhr der Minister fort, würde Schaden leiden, wenn der Papst ins Opposition machen würde. Aber vergessen wir nicht, daß wir unseren Einfluß besonders der militärischen Macht Frankreichs verdanken. Das Protektorat im Orient ist nützlich, die Missionare unterrichten in der französischen Sprache; sie werden vom Staat unterhalten. Wenn unser Protektorat leidet, so liegt das nicht an uns, sondern an Rom. Wenn Genehmigungs-gesuche ausländischer Missionen zurückgeschlagen seien, so sei dies nicht auf Befehl des Papstes geschehen. (Widerspruch auf der Rechten.) Chaunel wünscht Auskunft über die nächste Konferenz im Haag. Der Minister des Aeußeren Delcassé erwidert, die Regierung habe die Einladung der Vereinigten Staaten sympathisch aufgenommen. Der Konferenz werde ein von den Mächten aufgestelltes Programm vorgelegt. — Die Weiterberatung wurde sodann auf morgen vertagt.

Rußland.

Petersburg, 25. November. (Raffan-Meldung.) Der Minister des Innern, Fürst Swiatopolk-Mirski, hat die Stadverwaltung von Kiew benachrichtigt lassen, daß eine Konferenz städtischer Körperschaften zur Erörterung von Fragen der Kommunalverwaltung nach dem Vorbild der Zemstvo-Konferenz genehmigt werden wird.

Verfassung eines sozialistischen Komitees in Warschau.

Dem „Tag“ wird aus Warschau gemeldet: „Der Hausmeister eines Durchgangshauses von der Stizlagasse nach der Sosnower Gasse benachrichtigte nachts die Polizei, daß eine Versammlung dort stattfände. Eine größere Gendarmarie-Abteilung umzingelte das Haus und drang in das Versammlungslokal ein. Man verhaftete 37 Personen, darunter sämtliche Mitglieder des sozialistischen Komitees, welches die Unruhen hier organisiert hat. Auch eine Geheimdruckerei wurde beschlagnahmt.“ —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Wahl in Schwere-Wismar.

Schwere, 25. November, 11 1/2 Uhr. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach den bisherigen Feststellungen steht Genosse Antica mit dem Kandidaten der vereinigten Liberalen Büsing in Stichwahl.

Das baltische Geschwader im Suezkanal.

Suez, 25. November. (B. L. B.) Zwei Schlachtschiffe, drei Kreuzer und neun Transportschiffe des russischen Geschwaders sind wohlbehalten auf den Bitterseen eingetroffen, wo sie während der Nacht vor Anker liegen bleiben werden. Sieben Torpedobootzerstörer sind aus dem Kanal kommend hier eingetroffen.

Abkommen zur Regelung des Haller Vorfalles.

London, 25. November. Dem Reuterschen Bureau wird aus Petersburg gemeldet, das heute dort abgeschlossene Abkommen betreffend den Vorfal in der Nordsee werde am Montag in Petersburg veröffentlicht werden. Die Form, in welcher die Einladungen an Frankreich und die Vereinigten Staaten ergehen soll, siehe jetzt zur Veratung.

Petersburg, 25. November. (B. L. B.) Das Abkommen betreffend das Schiedsgericht zur Entscheidung der Hall-Angelegenheit ist heute vom Minister des Auswärtigen Grafen Lamdorff und dem englischen Votschafter Hardinge unterzeichnet worden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tschi, 25. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein Telegramm vom Hauptquartier der Mandchurischen Armee vom 24. d. M. befragt, daß am 23. von 1 Uhr morgens ab die feindliche Infanterie eine Reihe von Angriffen gegen die japanischen vorgezogenen Stellungen bei Lametun gemacht habe, sich aber vor dem Feuer der Japaner in nördlicher Richtung zurückziehen mußte. Gleichzeitig feuerte die russische Artillerie auf die Umgegend bei der Eisenbahnbrücke über den Schah dreifig Schuß, richtete aber keinen Schaden in den Stellungen der Japaner an.

Wukon, 25. November. (Meldung der russischen Telegraphenagentur.) Auf der ganzen Front bauern die Scharnhebel fort. Japaner in Stärke von einigen Kompagnien und einer Eskadron überschritten die Wride bei Siaofoh, wurden aber unter bedeutenden Verlusten in der Nacht vom 23. zum Rückzuge genötigt. Der Hund und der Taiticho sind zugefroren. Der starke Wasserstand des Linooh verhindert die Zufuhr von Lebensmitteln von Tschi. Der Mangel an Eisenbahnwagen verzögert die Zufuhr von Munition und die Fortschaffung Verwundeter nach Liaofoh und Dalny.

Centralstreik in Argentinien.

Buenos Aires, 25. November. (B. L. B.) Der argentinische Arbeiterbund hat einen allgemeinen 48stündigen Ausstand beschlossen, um gegen die Verkommenheit in Rosario zu protestieren, wo es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Ausständigen gekommen war. Der Ausstand soll am nächsten Donnerstag und Freitag stattfinden.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, 15. November.

Was bei der Präsidentschaftswahl am 8. November besonders in die Augen springt, ist der unvergleichlich starke Stimmzuwachs der Socialist Party (Sozialistische Partei) und die eskalante Niederlage der Demokratie, welcher nunmehr unaufhaltsam der vollständige Zerfall dieser Partei folgen wird.

Nun hat Roosevelt sich auf weitere vier Jahre seinen Sitz auf dem Präsidentenstuhl gesichert. Daß er seinen Sieg der Zugkraft des republikanischen Programms zu verdanken hätte, wagen selbst jene nicht zu behaupten, die dieses Programm zusammengedreht haben.

Auch die Arbeiter im allgemeinen machten darin keine Ausnahmen. Sie liefen hinter dem Karren Roosevelts her, wie sie es seit Jahrzehnten bei anderen republikanischen oder demokratischen Kandidaten getan hatten.

Manchen Genossen mag die Stimmzahl der Sozialistischen Partei bei einer Gesamtwahlerschaft von 20 000 000 nicht allzu hoch erscheinen. Eine andere Bedeutung aber erhalten die Wahlziffern, wenn man bedenkt, daß das Votum der Partei bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1900 nur 97 730 betrug.

Manchen Genossen mag die Stimmzahl der Sozialistischen Partei bei einer Gesamtwahlerschaft von 20 000 000 nicht allzu hoch erscheinen. Eine andere Bedeutung aber erhalten die Wahlziffern, wenn man bedenkt, daß das Votum der Partei bei der Präsidentschaftswahl im Jahre 1900 nur 97 730 betrug.

Ähnlich liegen die Dinge im Staate Massachusetts, wo gleichfalls der demokratische Gouverneurskandidat mit über 30 000 Stimmen Mehrheit erwählt ward, während Roosevelt im Staate 80 000 Stimmen mehr erhielt als Parker.

Sehr gut hat sich Wisconsin und die größte Stadt dieses Staates, das durch seine Brau-Industrie bekannte Milwaukee

gehalten. Die Partei erzielte im Staate 45 000 (gegen 7085 im Jahre 1900) und in der Stadt Milwaukee allein 18 862 Stimmen. Milwaukee schickte vier Sozialisten in die Staatslegislatur und außerdem einen Genossen in den Staatsenat.

In mehreren Bezirken Milwaukees vereinigten sich Republikaner und Demokraten, um den Sieg der Sozialisten zu verhindern.

Auch der östliche Industriestaat Pennsylvania hat sehr gut abgeschnitten und seine Stimmzahl von 4831 im Jahre 1900 auf zirka 25 000 erhöht.

Großartig hat sich der im äußersten Nordwesten gelegene Staat Washington entwickelt, wo die Stimmzahl innerhalb vier Jahren von wenigen hundert auf 15 000 emporstiegt.

Fassen wir das Gesamtergebnis der Wahl zusammen, so dürfen die Genossen mit Bemutigung auf ihren Erfolg blicken. Es gilt eine, die Masse der Wähler der Organisation zuzuführen, auf daß sie nicht den Lockungen demagogischer Politikanten verfallen, die nach der Niederlage der Demokraten mit der Bildung einer „neuen, reformierten und arbeiterfreundlichen Demokratie“ krebzen gehen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage bei Mukden

ist noch immer unverändert. Ueber ein lebhaftes Vorpostengefecht wird gemeldet:

London, 25. November. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus dem Hauptquartier Kuroki über Jusan von gestern gemeldet: Die Russen zeigen an der Front der Armee Ohas einige Tätigkeit. Bei Tagesanbruch griffen Abteilungen an zwei Stellen die auf dem linken Flügel und im Zentrum stehenden Divisionen an.

Zu den Kämpfen um Port Arthur. London, 25. November. Der Moskauer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ will aus absolut zuverlässiger Quelle wissen, Stöfzels Depeschen, die dem Jaren über Tschifu durch die Offiziere des „Rastoropny“ übermittelt wurden, enthielten die Mitteilung, daß die Befestigung von Port Arthur buchstäblich Hunger leide und die Kapitulation unvermeidlich sei.

Tokio, 25. November. Hier eingetroffene Gefangene erklären, daß der Effectivbestand der Garnison von Port Arthur 8000 Mann nicht übersteige. Von diesen sei höchstens ein Drittel mit Winterkleidung versehen. Die Schlaflosigkeit hat bei den meisten Soldaten Augenkrankheiten hervorgerufen.

Tokio, 25. November. Hier werden nunmehr die endgültigen Listen über die japanischen Verluste vom 19. bis 24. August bei den Sturmangriffen auf Port Arthur veröffentlicht. Die Gesamtzahl der Opfer beziffert sich danach auf 14 400 Mann, darunter 550 Offiziere, von denen 200 gefallen sind.

Washington, 25. November. (B. L. B.) Die „Associated Press“ erfährt aus bester Quelle, die japanische Armee habe Befehl erhalten, heute den Angriff auf Port Arthur zu erneuern und die Hauptbefestigungen um jeden Preis zu nehmen.

Tokio, 25. November. (Melbung des „Reuterschen Bureaus“.) Die Panzergräben und Verschanzungen der Forts Erlungshan und Tsungshusan wurden genommen. Den Russen blieb nur der Besitz der Brustwehren. Die japanischen Kanonen begannen später das Feuer und richteten großen Schaden an.

Die neue russische Anleihe.

London, 25. November. Wie verlautet, seien die Unterhandlungen über die russische Anleihe in Höhe von 1300 Millionen Frank beendet. Die Rückzahlung soll in fünf oder sieben Jahren erfolgen, der Emissionskurs soll derselbe sein, wie bei der letzten Anleihe in Frankreich.

Die lügenhafte russische Kriegsberichterstattung.

Die „Ruh“ hat von ihrem Kriegskorrespondenten Nikolai Kirilow ein Schreiben erhalten, das bittere Klagen über die lügenhafte Berichterstattung erhebt, zu der die Kriegsberichterstattung in der Raubdruckerei gezwungen würden. In dem Brief heißt es: „Unwiderstehlich zog es mich in den Krieg und mir schien die Arbeit eines „Kriegschronisten“ so interessant.

und ein vollständiges Bild zu liefern — das ist das erstrebenswertere Ziel einer interessanten, intelligenten Arbeit.

Aber ich dachte nicht an die Lüge, die wir Ihnen nach Rußland melden müssen, denn Lügen melden wir Ihnen, wenn wir Briefe, Korrespondenzen und Telegramme senden.

Ich habe noch kein einziges lügenhaftes Wort geschrieben, aber viele habe ich nach Rußland geschickt und schide ich täglich, denn Lüge ergibt sich als das Resultat, wenn man nur die eine Seite des beobachteten Gegenstandes beschreibt, über die andere aber schweigt.

Und das ist unsäglich schwer. Ganz besonders deshalb, weil man sieht, welchen Nutzen die Beschreibung einer gewissen Erscheinung brächte: sie würde schon jetzt leicht zu beseitigen sein und das Leben von Hunderten, häufig sogar von Tausenden retten.

Das ist es ja, daß oft von kaum bemerkbaren Kleinigkeiten und Nachlässigkeiten eine Unmasse von Leben und von täglichem Leiden abhängt und von allen diesen Kleinigkeiten und Einzelheiten zusammen sogar der Erfolg des ganzen Unternehmens abhängen kann.

Hierbei ist zu bemerken, daß ich nicht von der Kriegsgenur rede; sie ist notwendig, und ich finde sie sogar nicht streng genug; in der Presse sind wenigstens mehr als einmal Nachrichten durchgeschlüpft, die die Japaner vortrefflich ausnutzen konnten und ohne Zweifel auch ausgenutzt haben.

Unsere Mängel müßten alle veröffentlicht werden, die japanischen aber müßte man verschweigen. Wir sollen, so lange es Zeit ist, alles in Ordnung bringen, die japanischen Schwächen wollen wir aber lieber verschweigen; mögen sie ihnen bis zum Schlusse des Krieges erhalten bleiben, ihnen Schaden, uns aber Nutzen bringen.

Bei uns handelt man umgekehrt. Das Loch im eigenen Kleide soll man verschweigen, zum Feinde aber kann man gehen und ihm sagen: „Bild doch dein Kleid, sonst wirst du dich erkälten, lieber Feind, und schwach werden.“ Ist das klug?

Hier sieht man das auch sehr gut ein und gestattet es, auf ernste Versehen und wichtige Mängel in der Organisation des Heeres und der ganzen Armee hinzuweisen.

Nun hat man einen freien Augenblick abgepaßt, eine Notiz geschrieben und bringt sie zum Jensor. Der Jensor läßt sie nicht nur passieren, sondern sagt auch: „Es ist ausgezeichnet, daß Sie darüber schreiben. Man kann es nicht genug sagen, denn es bringt uns Nutzen.“

Damit die Notiz ihre Wirkung rascher ausübe, schneller nach Petersburg gelange, befördert man sie telegraphisch. Man kann aber sicher sein, daß man nach drei Tagen vom Telegraphenamt den Bescheid erhält: „Ihre Nr. 5329 vom 24. September, an die Zeitung „Ruh“ in Petersburg, ist von der Zensur nicht gestattet worden.“

Die Arme sinken einem, und es wird einem schwer ums Herz.

Soll man wirklich nur die „amethystfarbenen“ Bergkuppen beschreiben und die „Gelden“ in hochtrabendem Stil loben?

Soll ich auf den Mangel, unter dem die Sache leidet, wirklich nicht hinweisen können? Ich kann damit ja nur nützen, auf keinen Fall schaden.“

Die „Ruh“ hat eine Entgegnung auf diese Klagen gebracht, in der dem zivilen Berichterstatter Mangel an militärischer Umsicht vorgeworfen wird. Welchen Nutzen könne es, fragt der Einsender, bringen, wenn das ohnehin nervöse, mißtrauische Publikum durch Aufdeckung von Mißständen noch mehr beunruhigt werde? Im übrigen habe die russische Presse schon lange nicht so offen reden können, wie während des jetzigen Krieges.

Partei-Nachrichten.

Das Ende des „Neuen Montagblattes“.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ich erlaube mir, durch die Spalten des „Vorwärts“ bekannt zu geben, daß ich mich veranlaßt sehe, die Weiterveröffentlichung des von mir herausgegebenen „Neuen Montagblattes“ einzustellen. Mit der am letzten Montag veröffentlichten Nr. 30 hat das Blatt seinen Abschluß gefunden.

Berlin, den 25. November 1904. E. D. Bernstein.

Die sozialdemokratische Partei in Genf hat bei den jüngsten Wahlen zu dem Großen Rat nicht bloß die Zahl ihrer Mandate von 7 auf 14, sondern auch die Zahl der Stimmen von 1000 bis 1100, die sie gewöhnlich bei früheren Wahlen erhielt, auf 2200 vermehrt.

Wegen Beleidigung eines Wandlungsfähigen wurde der Redakteur des „Werftarbeiter“, Genosse Heinrichsen, vom Schöffengericht in Altmühlthal zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Der Beleidigte ist Portier beim Bremer Vulkan, heißt Josef Köster und war früher, nachdem er als Unteroffizier bei der Marine entlassen war, Expedient und Berichterstatter der „Vorwunder Arbeiter-Zeitung“.

Aus Industrie und Handel.

Saatensand in Deutschland. Nach dem Bericht des Statistischen Amtes stehen die Getreidesaaten in ganz Deutschland noch etwas günstiger, als in Preußen allein. Der Stand wird für Winterweizen auf 2,2 für Roggen auf 2,3 beziffert, während für Preußen in der kürzlich veröffentlichten Statistik der Stand auf 2,4 geschätzt wurde.

Bei dem Winterspelz wird seit dem laufenden Jahre auch über den mit Vermischung von Roggen oder Weizen mitberichtet; die Vergleichbarkeit der diesjährigen Noten mit denen der früheren Jahre hat wegen der geringen Anbaufläche des mit solcher Vermischung ausgeäneten Spelzes dadurch aber doch nur unwesentlich gelitten.

Die Besserung des deutschen Eisenmarktes seit Beginn des Oktobermonats kommt in der Produktionsziffer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller deutlich zum Ausdruck. Nach den statistischen Ermittlungen dieses Vereins belief sich die Roheisen-Erzeugung Deutschlands und Luxemburgs im Oktober 1904 insgesamt auf 889 523 Tonnen gegen 833 578 Tonnen im Vormonat und gegen 809 463 Tonnen im Oktober 1903, und zwar wurden erzeugt 178 574 Tonnen Gießerei-Roheisen, 26 817 Tonnen Bessemer-Roheisen, 547 800 Tonnen Thomas-Roheisen, 56 072 Tonnen Stahl- und Spiegelisen und 64 170 Tonnen Puddel-Roheisen. Die Erzeugung hat also gegen den Monat September um 34 945 Tonnen oder 4,10 Proz. zugenommen.

Aktien-Bräuerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Pagenhofer, Berlin. Wie für die meisten Berliner Bräuereien war auch für die Pagenhoferische das letzte Geschäftsjahr ein günstiges. Der Nettogewinn stellt sich auf 1 183 238 M. gegen 1 041 274 M. im vorigen Jahre. Davon gelangen zur Verteilung an: Vorstands- und Beamtentantiemen 132 816 M. (109 659 M.), Aufsichtsratsantiemen 83 251 M. (71 395 M.), Gratifikationen an Angestellte 25 000 M. (20 000 M.), zum Arbeiterunterstützungsfonds 5000 M. (wie im Vorjahre), 15 Proz. Dividende auf 5 670 000 M. mit 850 000 M. (im Vorjahre 14 Proz.), Vortrag auf neue Rechnung 88 669 M.

Der Bierabzug war beträchtlich höher als im vorigen Jahre. Produziert wurden 1903/04 461 901 Hektoliter gegen 419 488 Hektoliter im Vorjahre, verkauft wurden 458 213 Hektoliter gegen 419 801 Hektoliter im Vorjahre. An dem Gesamtabsatz war das Röhrlager mit 323 704 Hektoliter gegen 268 148 Hektoliter im Vorjahre, das Flaschenlager mit 134 509 Hektoliter gegen 121 653 Hektoliter im Vorjahre beteiligt.

Der Verband Deutscher Baubeamten-Vereine, der nach seinen Angaben 7000 Verbandsmitglieder hat und dem auch der hiesige Verein der Baubeamten angehört, befaßt sich außer mit allerlei anderen Dingen auch mit der Stellenvermittlung für seine Mitglieder und hat zu diesem Zweck eine Abteilung für Stellenvermittlung eingerichtet. Daran ist sicherlich nichts Tadelnswertes, wäre nur nicht die Art, wie diese Abteilung ihre Aufgabe ausführt, eine höchst sonderbare und bedenkliche. Der sich um eine neue Stelle bewerbende Baubeamte wird nämlich tatsächlich unter Spionage gestellt, und von dem, was auf diesem Wege über den Charakter und die Lebensführung des Betreffenden in Erfahrung gebracht wird, den Herren Chefs auf Verlangen bereitwilligst Auskunft erteilt. In einem uns zur Verfügung gestellten an die „Chefs“ gerichteten Rundschreiben, das zur Benutzung der vom Verband eingerichteten Abteilung für Stellenvermittlung auffordert, heißt es:

„Die Vermittlung geschieht unter strengster Verschwiegenheit und steht den Firmen kostenlos zur Verfügung. Seit Jahren gehört es zu unserer Gepflogenheit, über jeden Bewerber eine eingehende Auskunft bezüglich seines Charakters und seiner Fähigkeiten einzuholen. Hierdurch ist es uns möglich, nur solche Bewerber nachzuweisen, denen gute Zeugnisse oder Empfehlungen zur Seite stehen.“

Ferner erlauben wir uns zu bemerken, daß durch Vernichtung unserer Abteilung für Auskünfte den Firmen oft unbenutzte Nachfragen erspart bleiben. Wir erklären uns gern bereit, auf Grund des uns vorliegenden Materials Auskunft über die betreffenden Bewerber zu erteilen. Daher erlauben wir uns, an Sie die ergebene Bitte zu richten, bei eintretenden Anfragen sich unserer Vermittlung bedienen zu wollen und fügen ein Antragformular zur gefälligen Benutzung bei.“

Ein in seiner Offenheit von kostbarer Naivität und zugleich — um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen — von bedauerlicher Dummheit zeugendes Eingeständnis. Die vom Verband eingerichtete „Abteilung für Auskünfte“ beschafft sich über die Verbandsmitglieder unter der Hand „Material“ und teilt dann den Herren Prinzipalen, die näheres über den Charakter der Engagierten zu erfahren wünschen, dieses „Material“ mit. Woher hat die Auskunftsteilung dem ihr „Material“? Doch jedenfalls nur durch Herumfragen bei den Chefs bzw. Vorgesetzten und Kollegen des Betreffenden. Lautet die Auskunft, welche unter Umständen von einem feindlichen Kollegen oder Chef herrührt, ungünstig für einen solch ahnungslosen Bewerber, so erfährt dieser nicht allein kein Wort von der gegen ihn verübten Bosheit — denn der Verband wird sich hüten, seine Auskunftgeber zu verraten —, sondern er kommt auch gewissermaßen auf die schwarze Liste und erhält schließlich niemals Stellung.

Und ein Verein, der sich solche Praktiken leistet, gibt vor, die Ständesinteressen seiner Mitglieder zu vertreten! Das müssen kuriose Ständesinteressen sein. Wenn in einer Gewerkschaft der Vorstand eine derartige Stellenvermittlungs- und Auskunfts-Abteilung errichten wollte, er würde sofort hinausfliegen, denn jeder Massenbewußte Arbeiter würde in solcher Einrichtung eine Verletzung seines Ehr- und Selbstgefühlens erblicken. Den Baubeamten aber, die vielfach in ihrem Ständedünkel sich weit erhaben über den einfachen Arbeiter dünken, nutzt man solche Einrichtung ungeniert zu; und was das Merkwürdige ist: die Vereinsmitglieder lassen sich solche Machenschaften ruhig gefallen; sie müssen also in ihrer Masse nichts Schwererlesendes darin erblicken! Der Verein der Baubeamten sollte in sein Statut als § 1 den Satz aufnehmen:

„Der Zweck des Vereins ist unbedingte Sicherung der Ständes- und Erwerbsinteressen unserer verehrten Prinzipale und Pflege selbstloser Unterwürfigkeit unter den Vereinsmitgliedern.“

Gewerkchaftliches.

Internationale Streikstatistik.

Wie schon im Vorjahre die Streikbewegung von September auf Oktober im Gegensatz zu früheren Jahren eine Abnahme erfuhr, so ist auch in diesem Oktober, nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, die Streikbewegung wieder nicht unerheblich zurückgegangen. In Deutschland, Frankreich und England zusammen genommen sank die Zahl der Streiks von 129 im September auf 124 im Oktober. In Frankreich und England, wo die Zahl der Beteiligten schon ermittelt ist, ging diese Ziffer von 24 778 auf 16 329 zurück. In England allein beteiligten sich im Oktober an 16 Streiks 4154 Arbeiter; davon waren 2214 Bergleute. Die Ungunst der Lage des englischen Arbeitsmarktes hat in den ersten zehn Monaten eine starke Abnahme der Streikbewegung gegenüber dem Vorjahre bewirkt. Die Zahl der Streiktage betrug nämlich von Januar bis Oktober insgesamt nur 1 283 100 gegen 2 025 300 im Vorjahre. Diese Gesamtsumme verteilt sich auf die einzelnen Gewerbe wie folgt:

	1903	1904
Baugewerbe	107 400	848 500
Bergbau, Steine und Erden	1 199 200	528 800
Metalle, Maschinen u. Schiffbau	430 600	144 900
Textilgewerbe	92 600	117 500
Waldung	129 800	11 200
Berufe	22 000	32 700
Uebrige Gewerbe	43 000	102 700

In Frankreich begannen im Oktober 62 Streiks, an denen sich 12 175 Arbeiter beteiligten. Trotz des für Streikerfolge wenig günstigen Beschäftigungsgrades waren nicht weniger als 26 Angriffsstreiks zu verzeichnen. In den Hafenplätzen Marseille und Havre sind die Dockarbeiter und Seeleute noch immer nicht zur Ruhe gekommen. In Rouen hat das Stadt-Theater infolge eines Chöreinstreiks seine Vorstellungen einstellen müssen. Auch die Schweiz hatte im Oktober keinen größeren Ausfall zu verzeichnen.

In der Uhrenindustrie des Neuenburger und Berner Juras sind die Goldarbeiter und Graveure in den Ausfall getreten. Ende Oktober streikten ungefähr 700 Mann. Die Streikenden wollen so lange die Arbeit ruhen lassen, bis sämtliche Arbeitgeber den Reinstundentag bewilligt haben. In den Niederlanden haben die Glasarbeiter am 3. Oktober einen allgemeinen Ausfall begonnen, weil der Verband der niederländischen Glaswarenfabrikanten eine Lohnreduktion von 20 Proz. angekündigt hatte. Infolge des Streiks, an dem circa 1000 Arbeiter beteiligt sind, hat die deutsche Konkurrenz schon ziemlich umfangreiche Aufträge aus Holland erhalten. So ließ z. B. eine Fabrik aus Delft 150 000 Gläser aus Deutschland kommen. Nächst in Spanien. In Fergilgewerbe von Barcelona haben die Weber die Arbeit eingestellt, wodurch einige tausend Arbeiter beschäftigungslos wurden. Im vorigen Jahre um diese Zeit tobte der große Bergarbeiterstreik in Bilbao, der alsbald in einen Generalstreik sämtlicher Berufe ausbrach. Der Streik, an dem sich damals circa 50 000 Personen beteiligten, führte zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Ausführenden. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo die Konjunktur sich wieder etwas gebessert hat, nahm die Streikbewegung bis jetzt nur wenig zu. Ein größerer Abwehrstreik begann Ende Oktober in den Kohlenbergwerken des Staates Illinois. Die an den Schächtförderungs-maschinen beschäftigten Arbeiter widerlegten sich einer Lohnherabsetzung um 5 1/2 Proz. und legten die Arbeit nieder. Infolgedessen wurden circa 54 000 Arbeiter beschäftigungslos.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Tischler.

Von den großen Zahlen der angeblich Aussperrten, mit denen die „Nachzeitung“ Melamine macht, müssen wir auch heute wieder einiges abstreifen. Herr G. Wegener in Wilmsdorf, den die „Nachzeitung“ unter den Aussperrten aufzählt, hat auf eine Anfrage des Verstat-Ausschusses erklärt, daß er nicht ausgesperrt, sondern einige Einsperer, für die er keine Arbeit mehr hatte, entlassen hat, und daß er der „Nachzeitung“ eine Verächtlichkeit sende. Ebenfalls haben die Panitzschmeister Schmidt in Reinickendorf und Piche in Nixdorf ihren Gesellen erklärt, daß sie nicht ausgesperrt haben. Bei Herrn Piche sind wohl Entlassungen vorgenommen, jedoch nur wegen Mangel an Arbeit.

Als Aussperrte haben sich gestern 11 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes gemeldet. Darunter sind einige Arbeiter der Lodenvereins-Gewerkschaft des Herrn Mitsch, der erst jetzt mit der „Aussperrung“ begonnen hat, obwohl er als Vorstandsmitglied seiner Organisation in erster Linie die Beschlüsse derselben hätte auszuführen und schon längst mit der Aussperrung beginnen müssen. Die Gesellen, welche Herr Mitsch jetzt „aussperrt“, würden wohl wegen Mangel an Arbeit so wie so von ihm entlassen worden sein, auch wenn es keine Aussperrung gäbe.

Herr Plathen, der Vorsitzende der freien Vereinigung der Holzindustriellen, ist nachgerade wohl zu der Einsicht gekommen, daß er und seine Gefolgschaft die organisierten Arbeiter nicht unterkriegen können. Herr Plathen bemüht sich deshalb, die Polizei zum Eingreifen in den gewerkschaftlichen Kampf zu veranlassen. Am Tag verging, wo nicht Herr Plathen die Polizeibeamten zum energischen Vorgehen gegen die Streikposten zu überreden sucht. Es bietet sich nur kein Anlaß zum Eingreifen „energie-reicher Maßnahmen“. Herr Plathen wird sich wohl herzlich gefreut haben, als endlich am Mittwoch zwei Streikposten vor seinem Betriebe nach der Wache gebracht wurden. So mag er denn glauben, daß seine fortgesetzten Bemühungen den schließlich gewünschten Erfolg gehabt haben.

Auf Seiten der Arbeiter mehren sich die Bekundungen praktischer Solidarität. So haben die Zahlstellen Steglitz und Köpenick des Holzarbeiter-Verbandes, obwohl sie selbst an der Aussperrung nicht beteiligt sind, beschlossen, von heute ab ebenfalls den für Berlin festgesetzten erhöhten Beitrag von 1 M. wöchentlich zu erheben.

Möbelpolierer. Zur Aussperrung der Tischler geben wir bekannt, daß seit Beginn der Aussperrung 60 Betriebe mit 354 Kollegen bei dem Verband der Möbelpolierer zur Anmeldung gelangten. Davon wurde in 42 Betrieben von 287 Kollegen die Arbeit zugunsten der Tischler niedergelegt. In 25 Betrieben wurden 93 Kollegen von seiten der Unternehmer ausgesperrt. In 2 Betrieben wurden vier Kollegen als gemindert betrachtet. In Arbeit geblieben sind davon 90 Kollegen. Also sind noch 304 Kollegen an dem Ausfall beteiligt. Dazu kommen noch 114 Arbeitslose, so daß 418 Kollegen zu unterstützen sind. Der jetzige Mitgliederbestand der Möbelpolierer beträgt 1737. Rechnet man die Zahl der im Ausfall befindlichen und die der Arbeitslosen davon ab, so verbleibt immer noch eine Zahl von 1310 arbeitenden Mitgliedern, welche in Arbeit stehen und ihre fehlenden Kollegen opferwillig unterstützen.

Verhandlungen der Straßenbahner mit der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn. Standen gestern im Direktionsgebäude am Leipzigerplatz statt. Sie dauerten von morgens 10 Uhr bis nachmittags 7 1/2 Uhr. Viel ist für die Angeestellten trotz der langen Dauer der Verhandlungen nicht herausgekommen. Anwesend waren 35 Vertrauensleute, davon 23 vom Verband und 12 vom Verein der Straßenbahner. Von beiden Richtungen war eine Liste von Wünschen aufgestellt worden, über die nacheinander verhandelt wurde. Vier dieser Wünsche wurden jedoch von vornherein von den Vertretern der Direktion für unersüßbar erklärt, nämlich die Erhöhung des Kilometergeldes der Fahrer von 50 auf 75 Pf.; die Wahl einer Kommission, der bei Entlassungen die Gründe unterbreitet werden sollen; die Herabsetzung der täglichen Durchschnittsdienstzeit der Schaffner von 11 auf 10 Stunden und die Abschaffung der Geldstrafen. Ueber diese Punkte wollten sich die Vertreter der Direktion in keine Verhandlungen einlassen. Die Forderung der Erhöhung des Anfangslohnes des Ersatz- und Reservepersonals von 2,80 auf 2,85 M. rief eine lange Diskussion hervor. Einer der Vertrauensmänner hatte eine genaue Berechnung über den täglichen Verbrauch einer fünfköpfigen Familie aufgestellt und war zu dem Schluß gekommen, daß ein Tagesverdienst von mindestens 3,08 M. hierzu notwendig wäre. Um zu zeigen, wie weit man damit kommt, hatte er ein halbes Pfund gefodertes Rindfleisch mitgebracht, das er vor den Augen der Direktionsvertreter in fünf Portionen zertheilte. Die Direktionsvertreter erkannten denn auch an, daß die Löhne unzureichend sind und meinten, daß die Direktion wohl etwas zubilligen werde. Statt der von den Angestellten gewünschten Lohnhöhen ist die Direktion gewillt, Lohnzettel zum Abtreiben einzuführen. Damit ist der Wunsch infolgedessen erfüllt, als es den Angestellten auch in dieser Form möglich gemacht wird, die Abrechnung nachzuprüfen. Ein weiterer recht bescheidener Wunsch, wonach Angestellte, die Sonntag zum Dienst bestellt werden, deren Wagen dann aber aus irgend einem Grunde nicht fahren, 1 M. Entschädigung erhalten sollen, wurde nicht bewilligt, nur nach zwanzig Minuten Wartezeit sollen sie Anspruch auf einen Stundenlohn haben. Die Anstellung des Ersatz- und Reservepersonals innerhalb eines Jahres wurde ebenfalls abgelehnt, doch soll jetzt jeder Angestellte einen Anstellungskontrakt erhalten. Zugestanden wurde, daß Reichenssteller zu den verkehrsreichen Zeiten an den Weichen, wo sich keine Haltestellen befinden, angestellt werden. Signalwärter an den verkehrsreichen Punkten anzustellen, wurde von den Direktionsvertretern nicht für notwendig erachtet. Zugestanden wurden: Verbesserungen der Flugblätter, beschleunigte Einführung der Luftdruckbremsen sowie eine Regelung der Fahrverhältnisse am Dönhofsplatz, wo bis zum 1. April eine sehr notwendige Verlegung der Weiche vorgenommen werden soll. Dem Ersatz- und Reservepersonal zwei freie Tage im Monat zu geben, darüber verhalten sich die Vertreter der Direktion jede Diskussion. Ebenso wurden die für jeden Angestellten verlangten 10 Tage Urlaub im Jahre abgelehnt. Bei militärischen Leistungen das Gehalt weiterzuzahlen, wurde zugestanden. Arminermühen wurden für Fahrer bewilligt. Schaffner sollen sie nur dann geliefert werden, wenn es vom Arzt für notwendig erklärt werde; Pelze sollen für sämtliche Fahrer bis spätestens zum Winter 1905 geliefert werden.

Dah, wenn infolge von Zusammenstößen Reparaturkosten entstehen, diese erst dann abgezogen werden, wenn das Gericht den Fahrer für schuldig befunden hat, wurde von den Direktionsvertretern abgelehnt. — Außer den hier angeführten kamen noch eine größere Anzahl Wünsche von den verschiedenen Bahnhöfen zur Sprache, die teils bewilligt, teils abgelehnt wurden. Allgemeines Gelächter erregte es, als ein Vertreter des „Vereins“ den Wunsch äußerte, daß die längere Zeit tätigen Angestellten Abzeichen an der Uniform erhalten sollten.

Der Tarifvertrag der Fliesenleger, der seit dem 1. September 1903 besteht, läuft, falls er acht Wochen vorher gelündigt wird, am 1. Februar 1905 ab. Der Verein der Fliesenleger Berlins und Umgegend hat sich am Donnerstag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit dieser Angelegenheit befaßt und nach kurzer Debatte mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den Arbeitgebern mitzutheilen, daß der Verein bereit ist, den Tarifvertrag bis zum 1. September 1905 unverändert weiter bestehen zu lassen. Falls die Arbeitgeber hierauf nicht eingehen sollten, ist der Tarif als gekündigt anzusehen. Der Vorschlag einer Verlängerung des Tarifvertrages auf nur sieben Monate wird deswegen gemacht, weil am 1. September der für die freie Vereinigung der Fliesenleger Berlins geltende Tarifvertrag abläuft, inzwischen wohl die geplante Verschmelzung des „Vereins“ und der „Vereinigung“ stattgefunden haben wird, und dann ein einheitlicher Tarif für das Fliesenlegergewerbe Berlins geschaffen werden soll.

Die Modellreure (Zentralverein der Bildhauer) befaßten sich in ihrer Brancherversammlung am Donnerstag eingehend mit einer Regelung der Arbeitsvermittlung. Bislang herrschte in dieser Branche noch immer das Anfragesystem, das nach dadurch besonders unangenehm wurde, daß die sogenannten Subunternehmer und auch Gehilfen ihre Spezialbekannten oder „empfohlene“ Arbeitslose in die freigewordenen Stellen unterstoben, während Gehilfen, die sich sachungsgemäß auf dem Vereins-Arbeitsnachweis hatten eintragen lassen, müßten viele Wochen lang auf Beschäftigung warten mußten und dadurch den „untergeschobenen“ gegenüber die Unannehmlichkeiten der Arbeitslosigkeit in besonders hohem Maße durchzufühlen hatten. Diesem unfolgelosen Verhältnis soll nun dadurch abgeholfen werden, daß ähnlich wie in der Holzbranche so auch bei den Modellreuren das Anfragesystem durchgeföhrt wird und die Besetzung der freien Stellen in Zukunft nur durch den Arbeitsnachweis der Organisation erfolgt.

Als rabiater Bäckermeister entpuppte sich der Bäckermeister Beder, Swinemünderstraße 66. Die Gewerkschaft der Bäcker hatte erfahren, daß der genannte Herr seinen Gesellen wieder von den bekannten Kommissionären bezog und auch jedenfalls die alten Arbeitsbedingungen wieder eingeföhrt habe. Der Gewerkschaftsleiter Heyshold suchte mit Beder zu verhandeln. Dieser legnete zunächst, daß sein Geselle ihm vom Kommissionär vermittelt sei. Der Geselle gab dies jedoch zu und strafte so den „ehramen“ Meister Lügen. Diese Tatsache und die Vorsetzungen Heysholds, daß es doch vom sittlichen Standpunkte aus gerade nicht sehr edel sei, wenn der Meister die Gesellen von Kommissionären beziehe, die den Arbeitslosen 3 bis 10 Mark Vermittlungsgebühr abnehmen, so daß diese armen Teufel oft ihre letzten Habeligkeiten versetzen müssen, um überhaupt die Vermittlung bezahlen zu können, — brachte den Herrn Beder ganz aus dem Häuschen. Er verlegte sich jetzt nur noch auf Schimpfen, suchte Heyshold in einem fort mit der Faust vor der Nase herum und sprach vom „Kauschmeißeln“, daß Sie's Genick brechen“. Darauf wollte Heyshold, der seine völlige Ruhe bewahrt hatte und Herrn Beder wiederholt vergebens zu ruhiger Aussprache zu bewegen versuchte, den Laden verlassen. Jetzt verlegte Beder diesem plötzlich den Ausgang, indem er sich mit dem Rücken vor die Ladentür stellte. Heyshold forderte ihn wiederholt auf, den Weg frei zu geben, was dieser nicht nur nicht tat, sondern schimpfend und drohend diesen von der Tür abzudrängen versuchte. Einen Versuch Heysholds, der den Streit gern vermedian wollte, nach der Türschwelle zu greifen, vereitelte Beder durch einen Schlag nach der Hand Heysholds, wodurch dieser eine stark blutende Wunde erhielt. Beder blinnte dabei dem inzwischen hinzugelassenen Gesellen (Arbeitswilligen), der ebenfalls eine drohende Haltung gegen Heyshold einnahm, vielstehend zu. Kuummehr machte letzterer kurzen Prozeß. Er schob den Bäckermeister mit dem Bemerkten, daß er sich ja einer Freiheitsberaubung schuldig mache, beiseite und verließ den Laden. Herr Beder wollte ihn in seiner blinden Wut auf die Straße folgen, wurde daran aber von zwei Frauen gehindert. — Gegen Beder ist von Heyshold sofort bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung erstattet worden.

Deutsches Reich.

Von den „Schwebbahnern“ in Ebersfeld haben sich zehn Mann zu Streikbrecherdiensten verleiten lassen, dagegen haben nur auch die Werkstätten- und Streckenarbeiter die Arbeit eingestellt. Als zwei organisierte Schloffer entlassen wurden, weil sie weigerten, Streikbrecherdienste zu leisten, hat sich das gesamte Werkstättenpersonal mit ihnen solidarisch erklärt. Der Betrieb auf der Schwebbahn wird in beschränkter Weise fortgesetzt, und zwar werden die Wagen abgesehen von einigen Führern, die tatsächlich ordnungsmäßig ausgebildet sind, von Leuten geföhrt, die nicht die nötige technische und praktische Erfahrung haben. — Die Streikenden warnen das Publikum durch Flugblätter vor der Benutzung der Schwebbahn, die mit Geföhren verknüpft sei. Die Polizei sucht die Verbreitung der Flugblätter mit allen Mitteln zu hindern. Dabei kam es am Ball zu einer turbulenten Szene. Dort wurden Flugblattverbreiter von Kriminalbeamten an der Verbreitung gehindert. Als die Leute sich dies nicht gutwillig gefallen lassen wollten, zogen die Kriminalisten Revolver, drohten zu schießen und schlugen mit den Revolvern auf die Leute ein. Es entstand dann eine regelrechte Schlägerei, bei welcher ein Flugblattverteiler schwer verletzt wurde. Nach der Schlägerei schlug ein Kriminalist einen zehnjährigen Jungen, der sich neugierig hindrängte, mit dem Revolver demselben ins Gesicht, daß das Blut hervorsprang. Die Erregung in der Bevölkerung ist durch diese Vorkommnisse so gewachsen, daß bereits auf Schwebbahnwagen geschossen und mit Steinen geworfen wurde. Bei der Station Barresbeck wurden zwei Scheiben eines Wagens zertrümmert. Der Betrieb wurde infolgedessen während der Dunkelheit ganz eingestellt.

Der Druckschreier hat in unserer gestrigen Nummer aus dem berühmten christlichen Schimpfapostel August Brast einen August Brast gemacht. Unsere Leser, die ja die Gewerkschaftsbewegung besser kennen als der spukhafte Kobold, der vielfach in den Seherjäten sein Wesen treibt, haben dies hoffentlich schon korrigiert.

Ausland.

Eine Gewerkschaft von Polizisten mit einem Sozialdemokraten als Präsidenten an der Spitze ist in Luzern gegründet worden. Von den 35 Polizisten der Stadt gehören die meisten der Gewerkschaft als Mitglieder an. Diefelbe hat bereits ihren Beitritt zum Zentralverband städtischer Angestellter und Arbeiter beschlossen. Der Präsident ist unser Genosse Koch, Redakteur unseres dortigen Parteiblattes „Der Demokrat“. Ob die neue Polizisten-Gewerkschaft Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Der Stadtpräsident Keller, einer der ersten Führer der „freisinnigen“ Partei der Schweiz ist während über die neue Organisation und hat den organisierten Polizisten eine scharfherliche Strafpredigt gehalten. Das Vereins- und Versammlungsrecht existiert nach diesem „Freisinnigen“ für die Polizisten offenbar nicht.

Der Generalstreik der Graveure der schweizerischen Uhrenindustrie hat mit der Erregung des Reinstundentages geendet. Dagegen ist statt der geforderten zehnprozentigen nur eine vierprozentige Lohn-erhöhung erreicht worden.

Soziales.

Das Ende der Schulpflicht in Preußen.

Allgemein geholtene Notizen in bürgerlichen Zeitungen haben die Meinung verbreitet, daß nach einer Entscheidung des Kammergerichts im Königreich Preußen die Schulpflicht mit der Vollendung des 14. Lebensjahres ende, ganz unabhängig vom Semesterabschluss. Diese Meinung ist durchaus falsch; die Mitteilungen sind in ihrer Allgemeinheit irrig und haben vielen Leuten ganz unnötigerweise Bekanntheit mit dem Strafrichter eingetragen.

In Wirklichkeit besteht in Preußen ein verwirrend vielfältiges Recht über diesen Punkt, den „Rechtsstaat“ Preußen gar herrlich illustrierend.

Für die Provinzen Ost- und Westpreußen besteht ein Gesetz betreffend die Elementarschulen vom 31. Dezember 1845, nach welchem allerdings, wie das Kammergericht dauernd entschieden hat, in den Provinzen Ost- und Westpreußen die Volksschulpflicht mit dem vollendeten 14. Lebensjahre endet.

In der Provinz Hannover gilt noch das alte hannoversche Volksschulgesetz in Verbindung mit Konsistorialverordnungen, welche sich auf die Schulpflicht beziehen. Nach dem Wortlaut des hannoverschen Gesetzes ist das Ende der Schulpflicht in der Provinz Hannover zum Teil von den Vorschriften solcher für die einzelnen Landesteile erlassenen Verordnungen abhängig. Es ist also in der Provinz Hannover selber nicht einmal einheitlich geregelt. Das Kammergericht hat nun bisher auf Grund solcher Verordnungen für einzelne Konsistorialbezirke, für einzelne Teile der Provinz Hannover anerkannt, daß dort das Ende der Schulpflicht mit der Vollendung des 14. Lebensjahres erreicht werde. Danach muß jeder Hannoveraner erst die Spezialbestimmungen seines Wohnbezirks über das Ende der Schulpflicht studieren, ehe er irgend welche Schritte tut, sein Kind vor Schluß des betreffenden Schulsemesters aus der Schule zu nehmen.

In Schleswig-Holstein gilt die alte dänische Schulordnung von 1814. Danach endet dort die Schulpflicht mit der Konfirmation, wobei wieder Spezialvorschriften zu beachten sind.

Im übrigen preussischen Gebiet aber, also im allergrößten Teil des preussischen Staats, gilt § 46 II 12 des Allgemeinen Landrechts. Hier muß der Schulbesuch bis zur förmlichen Entlassung aus der Schule fortgesetzt werden, welche bekanntlich in der Regel frühestens mit dem Ablauf des Semesters erfolgt, wo das Kind das 14. Lebensjahr vollendet hat.

Kritische Blätter für die gesamten Sozialwissenschaftler. Bibliothisch-litisch Zentralorgan. Unter diesem Titel soll von Anfang nächsten Jahres im Verlage von O. V. Böhmert in Dresden eine Monatszeitschrift erscheinen, die sich nach dem Proprietor der Herausgeber — Dr. Hermann Bed in Berlin, Dr. Hans Dorn in München und Dr. Othmar Spann in Berlin — die Aufgabe stellt, alle beachtenswerten Neuerungen auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften zu rezensieren und eine möglichst vollständige Bibliographie dieses Wissensgebietes zu schaffen. Die Herausgeber erklären, daß sie das Besprechungsorgan auf rein wissenschaftlichen Boden stellen und keiner Partei dienen wollen. Sie werden unbeeinträchtigt sowohl durch die Tagesströmungen im öffentlichen Leben, wie durch bestimmte Richtungen in der Theorie arbeiten und grundsätzlich keiner wissenschaftlich vertretenen Auffassung vom Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftsleben, keiner wissenschaftlich vertretenen Lehre und Methode ihre Spalten verschließen.

Das vorläufige Mitarbeiterverzeichnis weist sowohl aus Deutschland als auch aus dem Auslande die Namen einiger als Schriftsteller bekannten Parteigenossen auf.

Die Errichtung einer Pensionskasse für die Angestellten des Konsumvereins Borsdorf in Dresden wurde von der Generalversammlung des Vereins abgelehnt. Das ist um so merkwürdiger, als der Verein bisher schon 20 000 M. in vier Jahresraten zu einem „Personal-Unterstützungsfonds“ zurückgelegt hat, über dessen Verwendung bis jetzt aber noch nichts bestimmt ist. Unter Berufung auf diesen Fonds hatte der Aufsichtsrat des Vereins eine Vorlage für eine Pensionskasse, ausgearbeitet, die dem Verein eine Neubelastung mit 1700 M. jährlich brachte, für den großen Verein eine ganz unbedeutende Summe. Die Ablehnung der Vorlage erfolgte unter den in der Debatte vorgebrachten Gründen, daß es nicht angebracht sei, für die Angestellten bessere Bedingungen zu schaffen als die feiner, unter denen die Mitglieder leben. Viele Genossenschaftsmittelglieder seien schlechter gestellt als die Angestellten.

Es ist sehr bedauerlich, daß diese Gründe bei der leistungsfähigen Genossenschaft durchschlagend waren. Es wird in vielen Gemeinden viele Familienkäter geben, die schlechter gestellt sind als die Gemeindevorsteher. Wollte aus diesem Grunde eine Gemeindevorstellung eine Verbesserung der Verhältnisse der Gemeindevorsteher ablehnen, so würde das sicher auch von der Mehrzahl derer als sozialpolitische Rücksichtslosigkeit empfunden werden, die in Dresden den Angestellten ihres Konsumvereins die Wohltat einer Pensionskasse verweigerten.

Der Geschäftsführer des Gemeinlicher Konsumvereins, Bod, ist verhaftet worden. Es wird ihm Bilanzverschleierung und Urkundenfälschung zur Last gelegt. Die Urkundenfälschung wird darin zu finden sein, daß ein Aufsichtsrat in der Generalversammlung erklärte, Bod habe dessen Unterschrift ohne seinen Willen unter die Bilanz gesetzt.

Stimmer als ein Schweinefresser. Ueber den Schlafraum der Gehäusen in einer Nürnberger Bäckerei gab der Bezirksarzt folgendes Gutachten ab: „Der Raum ist derart allen hygienischen Vorschriften zuwiderlaufend, daß jeder rationale Schweinefresser Bedenken tragen würde, denselben als Stall zu benutzen, da er wüßte, daß seine Pflanzlinge dabei nicht gedeihen. Auf dieses Gutachten hin wurde die weitere Benutzung des nicht einmal als Schweinefresser geeigneten Schlafraumes von der Polizei untersagt.“

Gesetzlicher Schutz der Bäckerei-Arbeiter in Basel. Die Baseler Bäckergewerkschaft hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der eine tägliche Maximalarbeitszeit von 12 Stunden und eine wöchentliche von 80 Stunden für Erwachsene und von 11 bzw. 75 Stunden für minderjährige Arbeiter festsetzt, für jede Wochtaube den Anschlag der Arbeitszeiteinteilung verlangt, die Meister, welche den Arbeitern Kost und Logis gewähren, zu ausreichender Ernährung und sauberer, den hygienischen Anforderungen entsprechender Verbergerung verpflichtet, die Arbeits- und Schlafräume der Gewerbe-Inspektion und der Sanitätspolizei unterstellt, längstens 14tägige Lohnzahlung und Versicherung der Arbeiter gegen Unfall durch die Bäckerei-Inhaber fordert. Ueber das taktische Vorgehen, ob der Gesetzentwurf als Initiativbegehren aufzustellen sei, ist noch nicht entschieden.

Rom, 21. November. Gestern fand in Venedig in Gegenwart aller Arbeiterorganisationen der Stadt der Stapellauf eines großen Lastbootes statt, das die Arbeitsgenossenschaft der Schiffszimmerer gebaut hat. Es ist auf Bestellung der Genossenschaft der Lastbootführer hergestellt und erhielt den Namen Karl Marx. Während des Abzuges des großen Bootes ins Meer wurde die Arbeiterchöre gesungen. In Italien ist dies das erste von Arbeitsgenossenschaften gebaute Fahrzeug, dem aber in kürzester Zeit andere und größere nachfolgen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Entwicklung der Hauswirtschaft und die Diensthofenfrage. Hierüber sprach Genossin Lily Braun am 24. November in einer gut besetzten Diensthofen-Versammlung, welche im großen

Saale der Arminshallen stattfand. Sie zeigte das Nutzbringende der althergebrachten Meinung, daß die Hauswirtschaft das konstanteste Element in der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung sei und bleiben werde, indem sie geschichtlich nachwies, welche große Umwandlungen die Hauswirtschaft im Laufe der Zeiten erfahren habe. — Heute verkleinere sich das Arbeitsgebiet des Hauses immer mehr, und Zahlen bewiesen, daß die Zahl der weiblichen Diensthofen, namentlich im Verhältnis zur Bevölkerung, in allen modernen Kulturländern in rascher Abnahme begriffen sei, während umgekehrt die Zahl der Industrie-Arbeiterinnen außerordentlich rasch zunehme. Die Zentralheizung, der Gasbedarf z. B. zögerten sich im modernen Hause ein und erparten manche Arbeit. Noch mehr eingreifen werde, wenn erst ausgebildet, das neueste: die Zentralheizung der Hausreinigung. Wir hätten jetzt (in der Vacuumreinigung) eine Art der Wohnungsreinigung durch elektrische Maschinen bekommen, die die Diensthofentätigkeiten wieder verminderten. Natürlich wirkten auch noch andere Ursachen mit, die Hauswirtschaft zu verkleinern, worauf Rednerin näher einging, unter anderem hervorhebend, daß bei unserer ganzen sozialen Entwicklung, die den Frauen andere Tätigkeiten und andere Interessen eröffne, das Interesse an der Hauswirtschaft zurückgehen müsse. — Nun sage man: Doch der feste Punkt in der Entwicklung flucht, der Kochherd, der verändere sich nicht. Ganz falsch. Welche ungeheurer Unterschied bestehe nicht schon zwischen der alten großen Kochmaschine und dem kleinen reinlichen Gasherd. Wir seien durchaus noch nicht bei der letzten Entwicklung der Hauswirtschaft angelangt. Schon gehe sie weiter. Man brauche bloß an das Fortschreiten des Pensionwesens in England und Amerika zu denken. In Amerika haben immer häufiger Familien davon ab, einen eigentlichen Haushalt zu führen. Sie gingen in die Pension, wohnten dort und ließen sich dort verpflegen. In England gebe es die sogenannten Verteilungsküchen, von wo aus das fertige Essen bezogen werde und wo wieder die Reinigung des Geschirrs erfolge. — Zweifellos würden weitere Veränderungen der Hauswirtschaft folgen, ob man es nun verurteile oder wünsche. Die Entwicklung werde den Einzelhaushalt in einen allgemeineren Haushalt verwandeln. In Zukunft würden wir einen vollständig veränderten, ganz anders gearteten Haushalt vorfinden wie jetzt. Nebenbei würde es nicht viel anders aussehen brauchen wie jetzt, aber im Hause werde sich nur eine Küche befinden, von wo die Speisen in die einzelnen Etagen und Wohnungen gelangten. Die Entwicklung werde Sache vielleicht von Jahrzehnten, vielleicht auch von längerer Zeit sein. Aber wir müssen sie immer ins Auge fassen bei Erörterung des heutigen Themas.

Es frage sich nun: Welche Wirkung trete für die Diensthofen ein? Für die Diensthofen bedeute die Entwicklung zur Großwirtschaft dasselbe, wie für den Arbeiter die moderne industrielle Entwicklung. Ein Arbeiter ohne gute Vorbereitung eine gute, starke Arbeiterbewegung, und diese sei erst möglich geworden, nachdem die Arbeiter der Vereinzelung entrisen wurden. So es heute eine Diensthofenbewegung gebe, da stehe sie noch in den Kinderschuhen. Und die Ursache? Die Vereinzelung, das Gebunden-sein innerhalb des Haushalts, die Unfreiheit der Bewegung. So lange der Privathaushalt im jetzigen Umfang bestehe, werde die Diensthofenbewegung in den Kinderschuhen stecken bleiben. Die Diensthofen hätten daher das größte Interesse daran, daß die Entwicklung zur Großbetriebe in der Hauswirtschaft gefördert und unterstützt werde. Sie können dadurch heraus aus der Hausflorerie, würden zu Arbeiterinnen der Hauswirtschaft, und es werde ihnen gelingen, sich in größerer Menge zusammen zu schließen und wirksam aufzutreten, wenn die Vereinzelung aufhöre. Im Einzelhaushalt sei auch eine durchgreifende Regelung der Arbeitszeit, selbst bei gutem Willen, schwer durchzuführen. Rednerin glaube, daß ein wirklicher Fortschritt in der Diensthofenfrage nur möglich sei, wenn der Einzelhaushalt sich auflöse. Heute seien gerade diejenigen Dienstmädchen, welche am schlechtesten ständen, für die Bewegung so gut wie unerreichbar. Der Weg, den die Entwicklung der Hauswirtschaft einschlage, sei nun aber der Weg zu höherer Freiheit und zu höherer Bildung nicht bloß für die Diensthofen, sondern für das gesamte weibliche Geschlecht. Jeder müsse doch zugeben, daß viele Hausfrauen, ebenso wie Diensthofen gar keine Reizung, gar kein Talent mitbrächten für alles, was notwendig sei für die Hauswirtschaft. Für sie wäre es vorteilhafter, wenn sie dem nachgingen, wofür sie Reizung und Vergütung besäßen, und wenn sie es nicht nötig hätten, sich in einem Verzuge abzurufen, der ihrer Reizung durchaus nicht entspricht. Unter großem Beifall schloß Rednerin ihren Vortrag mit einem Hinweis darauf, daß es eine wirkliche Beseitigung der Frauenemancipation nicht geben werde ohne die Befreiung der Diensthofen von ihrer Not und ihrem Druß.

Frau Regine Deutsch ist der Meinung, daß es einer Diensthofenbewegung nicht mehr bedürfe, wenn die Diensthofen als Arbeiterinnen in großen Haushalten wären. Wenn man darauf warten sollte, dann könnte man lange warten. Man wolle aber schon jetzt etwas erreichen. Da wäre es vor allem erst nötig, daß der Fall der Gewerbe-Ordnung herbeigeführt werde, denn diese sei es, die den Diensthofen das Freizeiten des Sclaventums aufdrücke. Sie bitte alle, daran mitzuarbeiten und schon in der nächsten Zeit das möglichste zu tun.

Fraulein Hoffmann, selbst Hausangestellte, meint unter Bezugnahme auf den Vortrag, daß es besser wäre, Arbeiterinnen in einem großen Betriebe zu sein als wie Sklavin im Herrschaftshause. Vitter befragt sich Rednerin über die Unfreiheit der Diensthofen und schildert das schwere Los der Dienstmädchen näher. — Ihre Kollegin Krauß läßt sich ähnlich aus und hebt hervor, wie wenig die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vom Anfang des vorigen Jahrhunderts auf die heutigen Diensthofen pakteten, welche meist eine höhere allgemeine Bildung besäßen, als die Hausfrau von vor 100 Jahren, aus der Geburtszeit der Gewerbe-Ordnung. Zu bedenken sei, daß viele Damen aus der bürgerlichen Frauenbewegung die Diensthofenbewegung nicht als gleichberechtigtes Glied der allgemeinen Frauenbewegung anerkennt. Jene Frauen befürchteten, daß das Eintreten für die Diensthofen ihnen schaden könnte. — Die Herren Schwarz und Conrad traten warm für die Diensthofenbewegung ein.

In ihrem Schlusswort stellte die Referentin verschiedene Forderungen der ersten Diskussionsrednerin über Punkte des Vortrages richtig und betonte, daß die Abschaffung der Gewerbe-Ordnung für sie so selbstverständlich die grundlegende Forderung sei, daß es ihr überflüssig erschien, sie im Rahmen dieses Vortrages noch besonders zu erwähnen. Sie habe keineswegs nur auf die Zukunft vertrieben wollen, sondern sei natürlich für jede augenblickliche Wirksamkeit, welche die Bewegung der Diensthofen irgendwie vorwärts helfe und den Diensthofen nutzen könne. Das sei ebenso selbstverständlich wie es wahr sei, daß die Sozialdemokratie, der sie angehöre, stets und ständig sozialreformatorisch wirke. — Hiermit wandte sich Genossin Braun gegen Herrn Conrad, in dessen Ausführungen sie eine jenes bestreitende Anzapfung der Sozialdemokratie fand.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung protestiert energisch gegen die weitere Aufrechterhaltung der fast 100 Jahre alten, den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Gewerbe-Ordnung. Sie ist ein Demurrus für die Entwicklung eines auf gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Achtung beruhenden Verhältnisses im häuslichen Dienst, und die Versammlung erachtet die Aufrechterhaltung der Gewerbe-Ordnung für eine schwere soziale Gefahr. Die Versammlung fordert vom hohen Reichstag die Einbeziehung der Hausangestellten in die Reichs-Kranken- und Unfallversicherung und im ganzen eine moderne Regelung der Diensthofenfrage durch Reichsgesetz.“

Neu-Weissenfee. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiter-Klasse. Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schmidt, Königshaussee 38, Generalsversammlung. Vorher Vortrag der Frau Dr. Bertwig über: „Anstehende Frauenkrankheiten“. Nur Mitglieder haben Zutritt. Auch legitimiert.

Der Vorstand.

Wilmersdorf. Am Montag tagte im Lokal von Dieplaf, Dux-laderstraße 8, eine öffentliche Versammlung für den Ortsteil Wilmersdorf-Friedenau, in der Genossin Altman über: „Die Erziehung unserer Jugend“ einen Vortrag hielt. In dem Referat, von dem Grundhals, unsere Schule als Bildungsanstalt für die Jugend zu betrachten, ausgehend, beleuchtete Genossin Altman die vernunftgemäße Erziehung, wie sie in Schule und Haus sein sollte. Das unhaltbare System unserer Schulen sowie die Belastung unserer Jugend mit dem übermäßigen Religionsunterricht wurde aufs schärfste verurteilt. Der lehrreiche, interessante Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine lang ausgehende Diskussion, in der verschiedene Mängel aus eigenen Erfahrungen zum Vortrag gebracht wurden. Der schwache Besuch der geladenen „Vortwärts“-Leser wurde allgemein bemängelt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. November, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlaale des Rathauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung. „Freireligiöse Vorträge“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendortselbst: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehrke: „Buddha und Christus“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg), Filiale Berlin 10. Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Kirchhof, Vorderbergstraße 10: Versammlung. Rassenbericht. Vortrag des Genossen G. Vint.

Vermischtes.

Neue Fundordnung bei der Eisenbahn. Die Fundordnung für die preussischen Eisenbahnen ist jetzt vom Minister der öffentlichen Arbeiten in neuer Fassung erlassen worden. Fundbureau werden im ganzen neun eingerichtet, und zwar in Altona für den gleichnamigen Bezirk, in Berlin für die Bezirke Berlin und Stettin, in Breslau für Breslau, Kattowitz und Posen, in Bromberg für Bromberg, Danzig und Königsberg, in Köln für Köln, Elberfeld, Offen a. Ruhr und St. Johann-Saardrücken, in Halle für Erfurt und Halle, in Frankfurt a. M. für Frankfurt a. M., Kassel und Mainz, in Hannover für Hannover und Münster, sowie in Magdeburg für Magdeburg. Alle Eisenbahnbeamten, Bahnpostwirte und Arbeiter haben die auf der Bahnstrecke gefundenen Sachen dem Bahnmeister, die von den Stationen dem Stationsvorsteher, die in den Wägen an den Zugführer sowie die in den Werkstätten an den Vorsteher des selben abzuliefern. Die Stationen versuchen den Eigentümer sofort zu ermitteln. Gelingt das nicht, so werden sie in halbmonatlichen Zwischenräumen je am 20. und 5. des Monats an das Fundbureau geschickt. Geld über 50 M. und gelbte Papiere übernimmt eine besonders bezeichnete Kasse. Lebensmittel ohne besonderen Wert sind an den Abfertenden zurückzugeben. Leicht verderbliche Gegenstände werden verkauft, ebenso Tiere, deren Verderb zu befürchten ist. Auf allen Stationen sind Müller für Verlustanzeigen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Wird die Abfassung von Telegrammen zur Ermittlung verlorener Gegenstände den Stationsbeamten überlassen, so wird eine feste Gebühr von 50 Pf. erhoben. Die gefundenen Gegenstände werden nachgeschickt. Zur Unterweisung des Publikums wird eine Belehrung in den Warterräumen und Vorhallen angeschlagen.

Dampfer unter Besatz. Aus Hamburg wird berichtet: An Bord des im Aufwärtshafen liegenden englischen Dampfers „Magdon“, der aus San Nicolas am 14. November mit einer Ladung Weizen eintraf, wurden bei der Entschiffung der Ladung tote Katzen gefunden, die der Phylax für pestbedächtig hält. Er erklärte jedoch, daß er ein unanfechtbares Urteil, ob die Katzen an der Pest gestorben sind, erst in fünf Tagen abgeben könne. Die weitere Entschiffung der Ladung wurde auf polizeiliche Anordnung eingestellt. Alle Schauerleute, die bisher auf dem Schiffe tätig waren, haben sich einer ärztlichen Kontrolle unterziehen müssen. Es ist ferner begonnen worden, alle Räume des Schiffes nebst der noch auf ihm verbliebenen Getreideladung zu desinfizieren, die aus 22 Personen bestehende Besatzung des Dampfers nebst dem Kapitän und dessen Frau wurden nach dem Hasenkrankenhaus gebracht, wo sie einer ärztlichen Beaufsichtigung unterliegen. Der Hamburger Dampfer „Hermia“ von der Reederei H. Kirsten, der vom Dampfer „Magdon“ einen Teil der Weizenladung übernahm, befindet sich ebenfalls in Quarantäne und ist den polizeilichen Bestimmungen unterworfen. Auch diese, aus 13 Personen bestehende Besatzung befindet sich im Hasenkrankenhaus zur Beobachtung. Die „Hermia“ wurde ebenfalls desinfiziert. Es handelt sich nur um Vorsichtsmaßregeln. Bisher ist keine Erkrankung vorgekommen.

Schiffsunfälle. Der griechische Dampfer „Elysis“ ist im Schwarzen Meer mit Mann und Maus untergegangen; alle Bemühungen, Spuren des Dampfers zu finden, sind vergeblich gewesen. Etwa 60 Personen haben mit dem Dampfer ihren Untergang gefunden. In Piräus herrscht große Aufregung. — Im Schwarzen Meer haben in den letzten Tagen schwere Stürme gewütet, die der Schifffahrt sehr verderblich geworden sind. Vor der Donaumündung wurden vier russische Seelen, auf einem Wrackstück treibend, von einem Dampfer gerettet; die ganze übrige Mannschaft ihres Schiffes war ebenfalls ertrunken.

Auch auf der Ostsee wüteten in den letzten Tagen arge Stürme, zum Teil mit Schneestürmen. Die Postschiffe von Danemark und Schweden hatten mehrstündige Verspätungen. Alle Hochfluten sind von Sturm suchenden Schiffen überfüllt. Verschiedene kleinere und größere Schiffe sind gesunken und voll Wasser geschlagen. Bei Harboore sind eine Anzahl Fischer, die wegen der Brandung den Strand nicht erreichen konnten, von dem zum Schutz der Fischerei dort liegenden dänischen Dampfer „Vestrisen“ an Bord genommen. Die Fahrzeuge, darunter sieben wertvolle Motorboote, mußten ihrem Schicksal überlassen bleiben und sind als verloren zu betrachten. Auch die fangkräftigsten sind zerstört. Bei Hants, halm an der Westküste Jütlands sind viele verrostete Schiffstrümmern sowie eine mit Benzin gefüllte Tonne, die Brandspuren zeigte, angebrochen. Zweifellos rühren die Gegenstände von einem in der Nordsee verbrannten Schiffe her. — Im Meinen Welt unweit Mittel-sahrt wurde ein im Sinken begriffenes Motorboot aufgefunden, an dessen Seite zwei Leichen trieben. Nachforschungen haben ergeben, daß es sich um Schüler der Landwirtschaftsschule zu Katharinenberg handelt. Die jungen Leute waren auf die Entenjagd ausgefahren; eine Sturzes hatte ihr Boot vollgeschlagen.

Das europäische Alphabet soll in Japan eingeführt werden. Nach einem Telegramm aus Tokio, 25. November, hat der Oberste Rat für den öffentlichen Unterricht beschlossen, in Japan das europäische Alphabet einzuführen, und zwar sofort nach Beendigung des Krieges. Zahlreiche Personen beantragten die Einführung des russischen Alphabets, da sich dieses am besten für die japanische Sprache eignen würde.

Der Raubmord an dem Többer Cohn. Vor dem Schöffengericht zu Leipzig begann gestern unter großem Zutrudung des Publikums die Verhandlung gegen den Schuhmachermeister Günther, der des Raubmordes an dem Többer Cohn in der Seeburgstraße angeklagt ist. Am 2. Dezember v. J. wurde Cohn, dessen Laden dem Günthers gegenüberliegt, und der mit dem Angeklagten in Geschäftsbeziehungen stand, tot aufgefunden. Er war von hinten mit einem Revolver niedergeschossen und seines Geldbeutels mit einem Inhalt von zirka 800 M. und seiner Uhr beraubt worden. Der Verdacht lenkte sich sehr bald auf Günther, da dieser schon, bevor andere von dem Mord Kenntnis haben konnten, Einzelheiten über den Mord gewußt habe. Der Angeklagte hatte an demselben Tage einen Wechsel über 235 M. 50 Pf. einzulösen, war dazu aber nicht insulande. Im nächsten Tage dagegen konnte er den Betrag bezahlen, und zwar, wie er sagte, aus seinen „Geschäftserträgen“. Schließlich haben einzelne Leute gesehen, wie Günther kurz, nachdem die graufie Tat geschehen sein mußte, den Laden Cohns verließ. Vor den Geschworenen bestritt Günther seine Schuld auf das entschiedenste. Die Verhandlungen werden noch zwei Tage in Anspruch nehmen.

Brüdenentwurf. Das Hochwasser des Jongo riß die isolierte im Bau begriffene Eisenbahnbrücke der Aorawanenbahn vollständig weg. Der Schaden ist bedeutend.

Warenhaus A. Wertheim

Konserven

Junge Schoten	1/1 Dose	60 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe	1/1 Dose	65 Pf.
Schoten	"	42 Pf.	Pflaumen ganze Frucht	"	50 Pf.
Schoten mit Karotten	"	60 Pf.	Birnen ganze Frucht	"	54 Pf.
Gemischt. Gemüse	"	65 Pf.	Sardinen in Öl	Dose	35 u. 45 Pf.
Bruchspargel I	"	95 Pf.	Gemischte Marmelade		95 Pf.

Eimer ca. 3 Pfund

Gebrannter Kaffee

Mischung I	Pfd.	80 Pf.
Mischung II	"	95 Pf.
Mischung III	"	1.10 Mk.

Mehl u. Hülsenfrüchte

Kaiser-Auszug feinstes Mehl	Pfd.	18 Pf.	Java-Reis II	Pfd.	24 Pf., I 30 Pf.
Kaiser-Auszug Mehl II	"	15 Pf.	Weizen-Gries fein, mittel und grob	Pfd.	13 Pf.
Feinst. Weizenmehl 00	"	15 Pf.	Weizen-Hartgries	"	18 Pf.
Kleine Erbsen	"	14 Pf.	Graupen fein, mittel und grob	"	16 Pf.
Victoria-Erbsen	"	13 Pf.	Hafergrütze	"	16 Pf.
Erbsen ohne Hülsen	Pfd.	18 Pf., grün " 16 Pf.	Amerik. Hafergrütze	"	25 Pf.
Linsen gross	"	24 Pf., mittel " 17 Pf.	Haferflocken	"	20 Pf.
Bohnen gross	"	24 Pf., mittel " 20 Pf.	Hafermehl	"	25 Pf.
Kleine Bohnen	Pfd.	16 Pf.	Deutsche Makkaroni	"	32 Pf.
Rangoon-Reis	"	15 Pf.	Eierschnittnudeln leicht gefärbt	"	36 Pf.
			Eierschnittnudeln prima ungef.	"	40 Pf.

Kunst-Honig

in dekorierten Wirtschaftstönchen
ca. 1 Pfd. 45 Pf., ca. 2 Pfd. 80 Pf.

Cervelatwurst	Pfd.	1.10 Mk.
Salamiwurst	"	1.10 Mk.
Landleberwurst	"	80 Pf.
Zwiebelleberwurst		48 Pf.
Rotwurst	Pfd.	48 u. 70 Pf.
Jagdwurst	Pfd.	90 Pf.
Deutscher Kakao		1 Mk.

Oranienstraße
40-41

„Vorurteilsfrei“ möge das kaufende Publikum unser Angebot lesen und durch einen Versuch die Wahrheit unserer Offerte prüfen. Nicht immer bürgt der hohe Preis für unbedingte Reellität der Ware und ebensowenig ist bei einem billigen Preise immer ein minderwertiges Fabrikat zu erwarten. Infolge der durch unsere kolossalen Umsätze bedingten größten Vorteile, ferner durch unsere sinnreichen Maschinen und schließlich durch richtige Arbeitseinteilung sind wir in den Stand gesetzt, für billiges Geld **vornehme Herren-Garderobe** zu liefern.

Berlin
S. O.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Jackett-Anzug „Favorit“
grau Marengo oder gestreift Cheviot, sehr apart . . . Mk. 18.—

Jackett-Anzug „Imperial“
dunkelgrau Cheviot od. gemusterter Fantasie-stoff . . . Mk. 26.—

Jackett-Anzug „Nobel“ vornehm gestreift oder einfarbig Kammgarn, Maßers. Mk. 36.—

Gehrock-Anzug „Aristokrat“ aus schwarz. Kammgarn, sehr reelles Fabrikat . . . Mk. 28.—

Gehrock-Anzug aus Aachener Kammgarn in erster Verarb. Ersatz f. Maßarbeit Mk. 36.—

Starke Herren finden stets passende Kleidungsstücke am Lager

Als besonders vorteilhaft offerieren wir:
Winter-Paletot „Treffer II“ aus dunkelgrau, fein meliert, Marengo oder solide gestreift mit gutem karierten Plaidfutter, einreihig, mit verdeckter Leiste, sämtliche Nähte zweimal gesteppt, Sammetkragen und Windlitze Mk. 18.—

Winter-Paletot „Treffer I“ aus dunkelgrau Marengo-Cheviot, glatt grau oder gestreift, aus seidenartigem schwarzen Eskimo, einreihig mit schwerem Plaidfutter, Sammetkragen und Windlitze, höchst elegant verarbeitet, vollständiger Maßersatz Mk. 28.—

Winter-Paletot „Komet“ aus fein meliertem, glatt od. gemustertem, höchst solidem Oberstoff, sehr luxuriös verarbeitet u. ausgestattet, von Maß-Schneidern hergestellt, vollständiger Maßersatz Mk. 36.—

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie

Winter-Joppen

a. Loden, Marengo od. Double mit Plaidfutter od. Lammfell-Imitation gefüttert von M. 5.75, 7.—, 10.—, 12.—, 15.—.

Riesige Auswahl in **Knaben-Paletots** und **Schul-Joppen.**

Preiskurant gratis und franko

Maßkleidungstücke

fertigen wir auf unser Risiko aus modernen haltbaren Stoffen, vorzüglich sitzend, zu sehr billigen Preisen an.



Hüte & Mützen

Engros Export. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Herrenhüte von 1-3 R. per Stück, Knabenhüte von 65 Pf. an, Zylinder von 3 R. an, Chapeau von 4.50 R. an, Paarbüte 2.50 bis 3 R. Lieferant verschiedener Turn- und Sportvereine. Größtes Lager zu staunend billigen Preisen.

Albert Friedlaender, 90 Landsberger Str. 90, 1 Treppe.



Nur neueste Moden. Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl. Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf 216L.

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe. drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise. Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50. Sonntags geöffnet.

Pelz-Waren

alle Neuheiten, alle Pelzarten in größter Auswahl. Stolas, Kolliers, Muffen. Georg Gottmann, Große Frankfurterstr. 130. Gottmann's Spezial-Hut ist der neueste, eleganteste, leichteste haltbarste, billigste Herrnhut der Welt!

Direkt aus der Fabrik

enorm billiger Einzelverkauf Jacketts, regulärer Wert 18-60 M. Damen-Paletots, 6-25 M. jetzt

Abend- u. Theater-Mäntel in den entzückendsten Farben u. Ausstattung weit unter Preis.

Engros-Haus **Bernhard Baer** Niederwall-Str. 35/36.

Achtung vor Täuschung! deshalb bitte genau auf die Firma und Eingang zu achten. 51/7* P. S. Des großen Andranges wegen sind d. Verkaufsräume auch Sonntags geöffnet.



Nächste Woche: 3.-5. Dezbr. Netzer Geld-Lott. Hauptgew. bar. 1/1 Lose a 5 M., 1/2 a 2.50 M. (Porto u. Liste 30 Pf.) empfiehlt **100000** J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51.

S. Piket, Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden. Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrößerten Räume 44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe. Monats-Garderobe.

Die Myslklage

unserer Parteigenossen Hoffmann und Augustin ist gestern auch vom Ober-Verwaltungsgericht zurückgewiesen worden.

Stadttrat Fickel als Vorsitzender des Kuratoriums für das städtische Obdach und Arbeitshaus ließ in dessen Sitzung vom 19. März 1904 folgende von ihm abgegebene Erklärung protokollieren:

Die Herren Stadtverordneten Hoffmann und Augustin hatten am 5. Februar 1904, abends 9 Uhr, das nächtliche Obdach ohne vom Vorsitzenden erteilte Ermächtigung revidiert und die von ihnen festgestellten Mängel im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Notlage der Massenelends“ veröffentlicht, ohne sie vorher zur Kenntnis der Kuratoriumsleitung zu bringen.

Die Herren Stadtverordneten Hoffmann und Augustin hatten am 5. Februar 1904, abends 9 Uhr, das nächtliche Obdach ohne vom Vorsitzenden erteilte Ermächtigung revidiert und die von ihnen festgestellten Mängel im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Notlage der Massenelends“ veröffentlicht, ohne sie vorher zur Kenntnis der Kuratoriumsleitung zu bringen.

Der Oberpräsident wies eine nimmehr bei ihm angebrachte Beschwerde ebenfalls ab, indem er im wesentlichen von den Gründen des Oberbürgermeisters anging und insbesondere betonte, es handele sich um keine Disziplinarmaßregel.

Gegen diesen Bescheid klagten die Genossen Augustin und Adolf Hoffmann beim Ober-Verwaltungsgericht, das sich gestern (Freitag) mit der Sache beschäftigte. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht vertrat die Kläger. Er suchte eingehend darzutun, daß doch eine angreifbare Disziplinarverfügung vorliege, d. h. die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Klage gegeben sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung zurück: Es sei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Strafverfügung, eine Disziplinarmaßregel nicht getroffen sei, weil keine Ausübung der Disziplinarstrafgewalt vorgekommen wäre.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Am Sonntag, den 27. November, früh 8 Uhr, findet im 30. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblatt-Verbreitung statt, und zwar im fünften Kreise von Wirth, Auguststr. 51, und Wittchow, Pfaffenstr. 68, Ecke M. Hamburgerstraße; im sechsten Kreise von Nerker, Bergstr. 10, und Hoppe, Adlerstr. 21. Wir ersuchen die Genossen aller Kreise, sich zahlreich zu beteiligen.

Am Montag, den 28. November, 8 1/2 Uhr, ist eine Wähler-versammlung bei Fiebig („Dorussia-Säle“), Adlerstr. 6/7. Referent: Genosse Adolf Hoffmann.

Die Vertrauensleute.

Im Straßener Viertel des vierten Reichstags-Wahlkreises (Ost) findet Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Kallist über die Frage: „Wie die Junter kolonisieren“ referiert. Die Versammlung tagt in Schenichs Festsaal, Müddersdorferstr. 46.

6. Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt). Sonntag abend 8 Uhr, findet in den Verolina-Sälen, Schönhäuser Allee 28, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Walded Kanassa über: „Was droht von Rom.“ 2. Diskussion. Nachdem gemüthliches Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Friedrichsfelde, Kaulsdorf, Wahlkreis. Sonntag Kalender-Verbreitung. Treffpunkt früh 8 Uhr in den Bezirkslokale. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, zu erscheinen.

Charlottenburg, V. Bezirk. Der zum Sonntag beabsichtigte Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt kann nicht stattfinden, da die Ausstellung am Sonntag von anderen Vereinen bereits besetzt ist.

Rummelsburg. Dienstag findet im Weigelschen Lokal eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Frauen pünktlich und zahlreich erscheinen zu wollen.

Zehlendorf. Wahlverein Bezirk Pantow. Morgen, Sonntag: Öffentliche Versammlung im Gasthof des Herrn W. Iden. Genosse Freiwalde-Pantow referiert über das Thema: „Was lehrt und Deutschlands Politik?“

Lokales.

Wie fährt sich's so gemütlich!

Die Zustände auf dem Nordring der Stadt- und Ringbahn sind in neuerer Zeit unhaltbarer denn je geworden. Der wochentags in der siebenten Morgenstunde etwa zwischen Schönhäuser Allee und Beuhelstraße dritte Klasse fahren will, tut gut, sein Testament zu machen, da er nicht wissen kann, ob er von einer solchen Fahrt mit heißen Gliedern davonkommt. Die Wagen der Stadt- und Ringbahn sind für 44 bis 50 Personen gebaut, doch ist es in der erwähnten Morgenstunde nichts Seltenes, daß 100 Personen und darüber in einem Wagen eingepfercht sind.

fundheilicher sondern auch in sittlicher Hinsicht bedeutet, braucht hoffentlich denen, die für die Zustände im Bahnbetriebe verantwortlich sind, nicht auseinanderzusetzen zu werden. Die Wagen sind so überlastet, daß die Federn zuweilen auf den Achsen ruhen; bei jeder Schienenmahn wird dann der Körper der Fahrgäste barbarisch erschüttert. Es kommt vor, daß in diesem entsetzlichen Gedränge die Coupéfedern aufspringen, wenn der Zug eine Kurve passiert und der Druck der Fahrgäste nach einer Seite hin erfolgt. Ein solcher Fall ereignete sich kürzlich zwischen den Stationen Wedding und Zutliffstraße; nur durch die Geistesgegenwart eines Arbeiters konnte das junge Mädchen, das gegen die Tür gedrängt war, vor dem Absturz aus dem Zuge bewahrt werden.

Welche Martern die Fahrgäste auf einer solchen Fahrt auszuhalten haben, kann man daran erkennen, daß die bekannten Viehwagen für 8 Pferde oder 40 Mann bestimmt sind; in einem Wagen dritter Klasse müssen, wie gesagt, oft hundert Menschen im fürchterlichsten Gedränge ausharren. Diese Zustände werden sich, wenn die Bahnverwaltung keine Maßnahmen ergreift, hinfür eher verschlimmern als verbessern. Gerade zum Winter ist der Uebelstand deshalb besonders schlimm, weil zumeist auch solche Fabriken, die im Sommer Uhr sechs geöffnet werden, jetzt erst Uhr sieben mit der Arbeit beginnen.

Solchen Zuständen gegenüber ist die Verwaltung der Stadt- und Ringbahn unter allen Umständen zur Abhilfe verpflichtet. Wie eine Verhöhnung der aneinander gequetschten Fahrgäste sieht es aus, wenn den Zügen, die in der Morgenstunde fahren, einige Wagen zweiter Klasse beigelegt sind, die mit Arbeiterwochenarten auch in der gräßlichsten Not nicht betreten werden dürfen und daher fast leer fahren. Wo heute fast nichts geschieht, um der unerträglichen Not zu wehren, muß man fast annehmen, daß der Standal der Eisenbahn-Verwaltung amtlich noch gar nicht bekannt geworden ist. Erhebungen und anderer bürokratischer Weitläufigkeiten bedarf es in diesem Falle nicht; es genügt, daß der Eisenbahn-Minister Bubbe, den vor kurzem seine Sozialistenblätter ja Zeit gelassen hat, es einmal mit einer Fahrt in der vierten Wagenklasse zu versuchen, sich in eigener Person zeitig am Morgen auf die Beine macht.

Ein anderer Uebelstand sei bei dieser Gelegenheit noch erwähnt. Ganz besonders hat sich der Eisenbahnverkehr auf Station Wedding neuerdings vermehrt, doch hat die Bahnverwaltung bis jetzt die Fahrkartentrolle nicht den veränderten Verhältnissen nicht anzupassen vermocht. Die beiden Zugänge sind dort durch die Billettkontrolle gänzlich verbaut; es müßte dafür gesorgt werden, daß vier Fahrkartentrolleure statt der jetzigen zwei eingestellt werden und die Kontrolle unten am Ausgang erfolgt. Heute ist das Gedränge am Ausgang der Station lebensgefährlich; mit Schrecken denken etliche Arbeiter an die nächsten Frosttage, wo es bei der Blüte geschehen kann, daß sie während der Einfahrt eines Zuges im Sturm auf die kaum einen Meter von der Billettkontrolle entfernten Schienen gestoßen werden.

Die Stadtverordneten-Wahl zwischen unserem Parteigenossen Sassenbach und dem freisinnigen Malermeister Kettich im 30. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung ist auf Mittwoch, 14. Dezember, angelegt worden. In mannesgelegter Agitation werden unsere Parteigenossen alles tun, um der Sozialdemokratie auch dies Mandat zu erobern.

Herr, siehe dein Volk an! So möchte der wahre Christ oft ausrufen, wenn er vernimmt, daß der Teil der Bevölkerung, der nicht in stande ist, für die Kosak der Kirche mit der weg-gemeinschaften Kamelinschrift die einzig erwünschten größeren Spenden zu geben, sich immer mehr von der Religion der Väter abwendet und dem glaubenlosen Umsturz huldigt. Aber so dreist die Feinde des kirchlich-Christentums auch ihr Haupt erheben mögen, so irren sie sich doch, wenn sie annehmen, daß sie aus unserem deutschen Vaterlande die christliche Religion verdrängt haben. Nein, noch blüht die zarte Blume inniger Glaubens- und Bekenntnisfröndigkeit, und wer je am praktischen Christentum gezeifelt hat, der soll sich jetzt die Liste der deutschen Männer betrachten, die sich beim Bau der Kirche zu Grunewald durch reiche Spenden hervorgetan haben. Orgel, Kirchenfenster, Kronleuchter, Taufgerät, Altar, Gloden, alles ist freiwillig dieser Kirche von christlicher Hand gegeben worden. Unter den frommen Spendern werden jetzt offiziell genannt die Bankiers Franz und Robert Mendelssohn, der Bankier Neuburger, der Konjul Nachod und der Bankdirektor Dernburg. Ist es zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß aller Religions-feindschaft zum Trotz das deutsche Gemüt in den hier ge-nannten Männern sich bewährt und der christlich-germanische Geist bei ihnen in strenger Keuschheit eine Pflanzstätte findet! Und für nicht minder echt als das Christentum dieser am Vörsenstand wie im Kirchensessel gleich angesehenen Herren wird das Christentum des Herrn August Scherl zu halten sein, der die Turmuhr der Kirche in Grunewald gespendet hat, selbstlos, ohne daß er die Anbringung einer Plakette für den „Lokal-Anzeiger“ verlangte. Herr, siehe dein Volk an!

Feiertagsruhe im Bädergewerbe. Die für die Stadtteile Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf ergangenen Verordnungen bezug. Bekanntmachungen über die Sonntagsruhe zu erhalten die folgende Zusatz-Bestimmung: „Am Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest ist in Bädereien, abweichend von den vorstehenden Bestimmungen, jedem Arbeiter in der Zeit von 9 1/2 Uhr vormittags des ersten Feiertags bis 9 1/2 Uhr abends des zweiten Feiertags ununterbrochene Ruhe zu gewähren.“

Zur Viehzählung am 1. Dezember d. J. nimmt jetzt auch der Regierungspräsident das Wort. Nach Aufführung der Erfordernisse zwecks ordnungsmäßiger Durchführung des Zählgeschäfts sagt er: „Bei der Wichtigkeit der Viehzählung für die Staats- und Gemeindevverwaltung, sowie für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke, erlaube ich alle Viehbesitzer, die Zähler bei Ausführung der Zählung möglichst zu unterstützen, damit die Zählung rasch gefördert wird und zuverlässige Ergebnisse li-ert.“

Ueber Berliner Gewerkerhältnisse bringt die neue Ausgabe des „Statistischen Jahrbuchs“ einige recht interessante Einzelheiten. So erfahren wir z. B., daß die Gast- und Schankwirt-schaften Ende 1903 die Zahl 15 208 erreicht haben gegen 14 861

im Vorjahre und 12 689 vor 5 Jahren. Es kommt jetzt bereits auf 129 Einwohner ein Ausschank, gegen 152 im Jahre 1885. Das Gros der Schankstätten (9109) sind Bierlokale. — Was das Ein-kommen der Kertze betrifft, so betrug zwar das Durch-schnittseinkommen von 2083 Berliner Kertzen 9234 M. jährlich, gegen 9145 M. im Vorjahre, indessen hatte der dritte Teil der Kertze ein Einkommen von weniger als 3000 M., 8,7 Proz. sogar unter 1050 M. 21,46 Proz. der Kertze hatten über 10 500 M. Einkommen, 25 Proz. ein Einkommen zwischen 5000 bis 10 500 M.

Der Gewerbeausschuß waren im Jahre 1903 im Auf-sichtsbezirk Berlin-Charlottenburg-Schöneberg-Nixdorf 10 439 Betriebe mit 246 845 Arbeitern unterworfen. Mehr als ein Drittel der Arbeiter (83 997) waren weiblichen Geschlechts, während vor 10 Jahren der Anteil des weiblichen Geschlechts nicht viel mehr als ein Viertel betrug. Dagegen ist der Anteil der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren geringer als in den 6 letzten Jahren. Andererseits ist die Zahl der unter 14 Jahre alten beschäftigten Personen von 81 auf 88 gestiegen. Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle im Aufsichtsbezirk zeigt immer noch eine Steigerung (832 auf 10 000 Beschäftigte, gegen 817 im Vorjahre), doch ist der Prozentfuß der schwereren Unfälle von 17,78 auf 15,80, der der tödlichen von 2,91 auf 2,51 pro 10 000 Beschäftigte gesunken. Zuwid-erhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen betr. die Be-schäftigung jugendlicher Arbeiter wurden in 899 Betrieben ermittelt, im Vorjahre nur in 445 Betrieben; bestraft wurden 267 Personen, gegen 178 im Jahre 1902. Auch die Zahl der ermittelten Zuwid-erhandlungen gegen Schutzgesetze betr. die Beschäftigung von Arbeiter-innen ist bedeutend größer als im Vorjahre.

Die Zahl der Streiks belief sich im Jahre 1899, als der Aufschwung der Industrie auf der Höhe stand, auf 219, im folgenden Jahre, als der Umschwung immer drohender sich ankündigte und schließlich eintrat, war die Zahl der Streiks nur noch 175 und im Jahre der tiefsten Erschlaffung, 1901, ist sie am geringsten, 90, steigt aber mit der allmählichen Erholung schnell wieder, bis auf 227 im Jahre 1903. Ein Blick auf die Zahl der Arbeiter, die in den von Streiks betroffenen Betrieben beschäftigt waren, lehrt, daß sich im allgemeinen in den Jahren, wo die Industrie blühte, die Angriffe der Streikenden gegen größere Betriebe richteten, während sie in den Jahren des Niederganges sich auf kleiner beschränkten. Auch der Erfolg der Streiks war in den Jahren der Blüte der günstigste, in denen des Niederganges der ungünstigste. Es ergibt sich weiter, daß mit dem Umfang der Streiks die Wahrscheinlichkeit des Erfolges stieg; mit der zunehmenden Dauer sank sie.

Die Sonntagsruhe war früher den Geschäftsinhabern ein Dorn im Auge, und die freisinnige Presse, die ihrer Natur nach jedem sozialen Fortschritt abhold ist, unterstüzte die Ge-schäftsleute in ihrer Abneigung darin, daß sie gräßliche Bilder sittlichen Verfalls entwarf, der sich aus der Einführung der Sonntagsruhe ergäbe. Längst haben sich die Geschäftsinhaber mit dieser Maßregel veröhnt. Bis zu welchem Grade, zeigt folgende Meldung:

Der Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat beim Polizeipräsidium auf Grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung beantragt, daß die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten in den Stunden von 8—10 Uhr vormittags und von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends für das Handelsgewerbe freigegeben werden. Da in diesem Jahre das Weihnachtstfest an einem Sonntage stattfindet, so fällt schon bei Freilassung von nur zwei Sonntagen für die Verkaufstätigkeit der erste dieser beiden Sonntage so frühzeitig im Monat, daß man in Kreisen der Ladenbesitzer sich damit einverstanden erklärt hat, daß es bei zwei Sonntagen sein Bewenden habe.

Das Polizeipräsidium wird gegen den Antrag des Zentral-ausschusses nichts einzuwenden haben, und so ist wohl zu hoffen, daß der „kupferne Sonntag“ überhaupt nicht wieder-kehrt. Ebenfalls nehmen wir an, daß die Zwecklosigkeit der Freigabe der Sonntage vor Ostern und Pfingsten dem Zentral-ausschuß allmählich einleuchten wird.

Die „Vorschule“ für die Realschulen ist in Berlin in der Regel die Gemeindefschule. Mehr als drei Viertel aller Berliner Realschüler sind aus Gemeindefschulen übernommen und knapp ein Viertel aus höheren Lehranstalten (einschließlich Vorschulen) oder aus Privatschulen. Gegen Schluß des Schuljahres 1903/04 waren unter 5977 Realschülern 4519 ehemalige Gemeindefschüler, während nur 1153 Schüler früher eine höhere Lehranstalt und 305 eine Privatschule besucht hatten. Die ehemaligen Gemeindefschüler sind unter den Realschülern jetzt bereits 75,6 Proz. (im vorhergehenden Jahre 74,6 Proz. und fünf Jahre vorher erst 67,0 Proz.). Die einzelnen Realschulen weichen allerdings von diesem Durchschnittsverhältnis mehr oder weniger weit ab, im letzten Jahr am weitesten nach der einen Richtung die 13. und jüngste Realschule (Schleswiger Ufer), in der unter 425 Schülern nur 232 (gleich 54,6 Proz.) ehemalige Gemeindefschüler waren, am weitesten nach der anderen Richtung die 2. Realschule (Weihenburgerstraße), die unter 467 Schülern 390 (gleich 83,5 Proz.) aus Gemeindefschulen übernommen hatte. Die 13. Realschule hatte dafür den höchsten Anteil der aus höheren Lehranstalten (und Vorschulen) übernommenen Schüler, 38,5 Proz. (155 Schüler), während die 2. Realschule mit nur 10,7 Proz. (50 Schüler) hier den niedrigsten Anteil aufwies. Die ehemaligen Privatschüler fallen an keiner Schule mehr besonders ins Gewicht.

Der erste Schnee ist in der Nacht zum Freitag gefallen. Während im Süden Deutschlands der Winter mit argem Schneetreiben ein-setzte, ist es bei uns nicht ganz so arg geworden. Die Temperatur hielt sich eben über den Gefrierpunkt und das Resultat dieses Zustandes war ein eisfesterer Matsch. Infolge der geschwungenen Schneemassen herrschte eine für Fußgänger und Zugtiere gefährliche Glätte. Häufig stürzten Pferde, erlitten Beinbrüche und mußten der Abdecker überwiegen werden. Viele Fuhrunternehmer haben durch das Brechen von Eberbäumen bei den Unfällen beträchtlichen Schaden zu verzeichnen. Ebenso entstanden zahlreiche Verkehrsstörungen durch Lastwagen, welche infolge des schlüpfrigen Pflasters nicht von der Stelle zu bringen waren. Auch mehrere Passanten kamen zu Fall und erlitten hierbei zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen. So glitt an der Ecke der Paruther- und Joffenerstraße eine ältere Dame aus, stürzte zu Boden und trug hierbei eine Armverrenkung davon, so daß sie sich mittels Drofsack nach ihrer Wohnung begeben mußte.

Die hiesige Zählstelle des Verbandes deutscher Brauerei-Arbeiter teilt uns mit: Als Ergänzung zu der in Nr. 273 des „Vorwärts“ enthaltenen Notiz, das Ausfahren von Bier an den Sonn- und Festtagen der Wintermonate betreffend, teilen wir mit, daß außer dem Verein der Brauereien Berlin und der Umgegend, der durch seinen Beschluß unserer wiederholten Anregung entgegen-gekommen ist, auch alle in Betracht kommenden ringsherum Brauereien und Niederlagen der Angelegenheit in den gepflogenen Verhand-lungen sympathisch gegenüber standen und sich dem Abkommen an-schließen werden. Nur von der Genossenschaftsbrauerei steht ein Bescheid noch aus.

Eine Verkehrsstörung auf der Stadtbahn entstand gestern morgen infolge eines Maschinendefekts, den bei der Station Stralan-shammelsburg der um 5 Uhr morgens von Charlottenburg ab-gelassene Vorortzug nach Frierer erlitten hatte. Der Vorortzug mußte, da seine Maschine den Dienst versagte, auf den Stadtbahn-gleisen liegen bleiben und die gerade gegen 6 Uhr sehr stark mit Arbeitern besetzten Stadtbahnhöfe erlitten einen Aufenthalt von

etwa einer halben Stunde, während die Vollringzüge durch die Störung nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Vom „Vollwohlf“. Gegen Herrn Ewald Ley, bisherigen Vorsitzenden des „Vollwohlf“, Verein zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder, war wegen seiner Geschäftsführung Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. Man hatte auch eine Beschlagnahme der Bücher erwirkt sowie eine einstweilige Verfügung, die ihm die Bureaugeschäfte entzog. Herr Ley teilt uns jetzt mit, jene Verfügung sei nun wieder aufgehoben worden, und er selber habe seine Gegner wegen Abgabe wissenschaftlicher Veröffentlichung an Eidesstatt angezeigt. Wer schließlich auf die Anklagebank kommt und zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wird, den eruchen wir hierdurch, uns rechtzeitig davon zu benachrichtigen, damit wir auch das unseren Lesern melden können.

Ein „Besserwisser“. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung forderte Genosse Arons, man solle für die Fortbildungsschulklassen die Frequenz 40 als eine obere Grenze festlegen, die nicht überschritten werden dürfe. Dabei erwähnte er, daß man in den Gemeindeschulen für die oberen Klassen die Grenze auf 50 gelegt habe. Der freisinnige Stadtverordnete Ulrich, ein langjähriger Mitglied der Schuldeputation, also eine Art „Sachkenner“, meldete sich hierauf eifrig zum Wort, um zu konstatieren, daß in den Gemeindeschulen nur in der ersten Klasse die Frequenz 50, aber schon von der zweiten Klasse an die Frequenz 55 als Maximum angenommen sei. Das war falsch. Arons erwiderte mit einer abwehrenden Handbewegung, wie wenn er sagen wollte: Laßt ihn reden! Die Ulrichsche Darstellung ist auch in unserem ausführlichen Sitzungsbericht wiedergegeben worden, wie es der Vollständigkeit wegen erforderlich war. Wir möchten aber doch nicht zur Weiterverbreitung seiner irrigen Behauptung beitragen und stellen daher hier fest, daß für die Klassen I, II, III, IV die Frequenz 50 als obere Grenze gilt. So ist es seit Jahren und so steht es auch noch zu lesen im neuesten Jahresbericht der Schuldeputation (auf Seite 3 unten), der vom 1. Oktober 1904 datiert ist. Oder hat etwa die Schuldeputation in diesem Winter von der zweiten Klasse an die Grenze stillschweigend hinaufgerückt? Dann wäre Herr Ulrich allerdings doch der „Besserwisser“, als er den sich gab, und er hätte nicht nötig, den stenographischen Bericht zu korrigieren.

Ein Opfer seines Berufes. Der dirigierende Arzt der chirurgischen Abteilung am Auguste-Viktoria-Krankenhaus vom Roten Kreuz und der Unfallstation I vom Roten Kreuz, Dr. Otto Vode, ist gestern vormittags 10 Uhr an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich bei einer Operation am Anfang dieser Woche zugezogen hatte, gestorben. Der erst 42 Jahre alte Arzt war früher der erste Assistentarzt des inzwischen verstorbenen Professors Dr. Dahn am Krankenhaus Friedrichshain. Er hatte schon vor drei Jahren infolge einer Infektion eine Verstümmelung der rechten Hand zu bekämpfen; mit großer Geschicklichkeit verstand er es aber, mit seiner linken Hand seine ausgedehnte chirurgische Tätigkeit fortzusetzen, bis eine neue Infektion an der linken Hand seinem Leben plötzlich ein Ende setzte.

Der Agitation der Polen ist von neuem durch eine Polizeimahnahme ein energischer Anstoß gegeben worden. Polizeilich beschlagnahmt wurden nämlich in den polnischen Buchhandlungen die sog. Sokol-Werke, die der polnischen Agitation dienen und mit Wäldern polnischer Legionäre, dem weissen Banner und dem weissen Adler, dem Wappen Polens geschmückt waren. Außer fünf verschiedenen Sorten dieser Werke wurden auch Miniaturbilder der Schlacht bei Racławice mit Beschlag belegt.

Für den Versand von Celluloidwaren durch die Post sind nach einer Vereinbarung des Reichs-Postamtes mit dem Verbande der deutschen Celluloidwaren-Fabrikanten besondere Bestimmungen getroffen worden. Abgesehen von der Vorschrift einer besonders zuverlässigen Verpackung der Sendungen muß auch auf die Adressenseite der Pakete ein Zettel mit der Aufschrift „Celluloid“ aufgebracht werden. Die Postbeamten haben die Anweisung erhalten, derartig gekennzeichnete Pakete besonders vorsichtig zu behandeln und darauf zu achten, daß sie nicht in der Nähe von erhitzten Stellen, als Öfen und so weiter gelagert werden.

Das rätselhafteste Verschwinden eines Offiziers, der aus Westfalen gebürtig ist, hat jetzt seine Auflösung gefunden. Der beim 4. westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 17 in Wörchingen stehende Leutnant S a l m a n, Sohn eines inzwischen verstorbenen, angesehenen Berliner Arztes, hatte sich vor etwa acht Tagen aus seiner Garnison entfernt. Alle nach seinem Verbleib angestellten Nachforschungen, die sich auch auf Berlin erstreckten, blieben resultatlos. Jetzt kommt aus Winterthur im schweizerischen Kanton Zürich die Nachricht, daß sich Saloman, der bei seinem Verschwinden aus Wörchingen Zivilkleider angelegt hatte, in einem dortigen Gasthause erschossen hat. Die Beweggründe sind unbekannt.

Kurzschluß. Gestern vormittags 8 Uhr brannte in der Kanonierstraße, Ecke der Behrenstraße, über einem Straßenbahnwagen der Berliner Elektrischen Straßenbahn (Siemens u. Halske), welche diese der Großen Berliner Straßenbahn gebührende Strecke mitbenutzt, ein Arbeitsdraht durch. Derselbe fiel zur Erde und verursachte Kurzschluß, infolgedessen eine Betriebsstörung von acht Minuten in der Zentrale Luisenstraße eintrat. Ein Unfall hat nicht stattgefunden.

Ein „Verein erstklassiger Menschen“ ist, wie eine Korrespondenz meldet, in Pankow ins Leben gerufen worden. Es handelt sich dabei nicht etwa um die scherzhafte Benennung eines harmlosen Bergnignungsvereins. Der neue Verein bezweckt wirklich die Pflege der Erbsüchtigkeit, da seine Mitglieder sich allen Ernstes für „Menschen erster Klasse“ halten und mit anderen Leuten, außer in ihrem Berufsleben, nicht verkehren wollen. Es ist vielleicht ein Verdienst, durch solche Karikaturen den Kostengeist vor der Welt noch lächerlicher zu machen, als er so schon ist.

Durch einen Sturz von der Leiter ist die Verkäuferin Alara Kühne aus der Blücherstr. 19 um das Leben gekommen. Sie war sieben Jahre bei Jandorf angestellt, zuletzt in der Bellealliancestraße. Hier stürzte sie drei Stufen von einer Leiter herab, glaubte aber zunächst nicht, daß sie sich Schaden getan habe und versah auch den nächsten Tag noch ihren Dienst. Als sie dann jedoch abends nach Hause kam, klagte sie über heftige Schmerzen und mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden. Dort stellte man eine Bandscheulentzündung fest und diese führte zum Tode. Nach Feststellung der Todesursache durch die Obduktion wurde die Leiche gestern von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung freigegeben.

Ein Opfer des Straßenverkehrs ist der 64 Jahre alte frühere Schuhmacher Wilhelm Lempke geworden, der zuletzt als Almosenempfänger für sich allein lebte und in der Gitschinerstr. 68 in Schlafstelle wohnte. Der alte Mann pflegte bei gutem Wetter jeden Tag einen Spaziergang zu machen. Hierbei wollte er auf dem Heimweg den Fahrdamm der Gitschinerstraße an der Alexandrinerstraße überschreiten, geriet bei seiner Schwerhörigkeit unter einen Geschäftswagen und wurde über beide Beine gefahren. Mit gebrochenen Unterschenkeln wurde er in das Krankenhaus am Urban gebracht, wo er an den Folgen des Unfalls starb.

Preussischer Städtetag. Zum preussischen Städtetag wurden als Vertreter der Stadt Berlin heute vom Magistrat der Oberbürgermeister sowie die Stadträte Hirschen, Fischel und Haack gewählt.

Feuerbrand. Ein großes Feuer kam Donnerstag abend in der Greifswaldstr. 140/141 zum Ausbruch und beschäftigte die erste Kompanie der Feuerwehr lange Zeit. In einem isoliert stehenden einschöckigen Fabrikgebäude ist dort vor kurzem die Maschinenfabrik von E. Mandl untergebracht. In dieser, und zwar in einem Tischlerzimmer, entstand das Feuer und fand an Spähnen und Holzern überreiche Nahrung, so daß der erste Lösungsversuch bei seiner Ankunft schon einen ausgedehnten Brandherd vorfand. Trotzdem nun sofort kräftig Wasser gegeben wurde, dauerte es doch geraume Zeit, bevor die Flammen erlosch waren. Ueber die Entstehungssache konnte nichts ermittelt werden. Derselbe Lösungskompagnie wurde dann nach der Stargarderstr. 20 gerufen; auch hier gab es für sie

viel Arbeit. Es brannten Regale, der Fußboden und die Balkenlage in größerer Ausdehnung. Um an den eigentlichen Brandherd heranzukommen, mußte ein erheblicher Teil des Zwischengebälles freigelegt werden, eine Arbeit, die sehr zeitraubend, aber durchaus notwendig war, damit die vollständige Ablösung erfolgen konnte. — Möbel und Kleidungsstücke hatten später in der Alexandrinerstr. 56 in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes leicht erlosch werden konnte. — Auch in der Chausseest. 121 und in der Heidestr. 49, wohin in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen erfolgten, konnten die entstandenen Brände in kurzer Zeit unterdrückt werden.

Der Turnverein „Fichte“ und die Arbeiterjugend. Am Donnerstag ist von der XII. Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ eine Schülerabteilung, die für die des Vereins, eröffnet worden. Da dem Verein für das Turnen seiner jüngsten Turnhallen bekanntlich nicht mehr zur Verfügung stehen, hat man sich auch hier, wie bei den vier älteren Abteilungen, damit helfen müssen, daß man einen Saal ausfindig machte, der seiner Größe und auch seiner sonstigen Beschaffenheit nach sich zu diesem Zweck eignet. Für diese fünfte Schülerabteilung hat man den Saal des Etablissements „Schönhäuser Volksgarten“ gemietet, welcher keinen Parkett- oder Stabfußboden, sondern einfachen Dielenbelag hat, ein Umstand, der für das Aufstellen der Geräte, sowie für die Anlaufbahnen von größter Wichtigkeit ist. Es steht zu erwarten, daß die Schülerabteilung in der vollstreckten, vorwiegend von Arbeitern bewohnten Schönhäuser Vorstadt sich eines ganz besonderen Zuspruchs zu erfreuen hat, zumal sie von allen hierfür in Betracht kommenden Stellen energisch gefördert wird. Soll doch durch die Errichtung immer weiterer Schülerabteilungen innerhalb des Vereins protestiert werden gegen den Gewaltstreik des Königl. Provinzial-Schulkollegiums, das durch die bekannte Verordnung über den Kopf des Magistrats der Stadt Berlin hinweg die Schließung der Turnhallen verfügte. Trotzdem die Ausstattung der Turnhalle große Summen verschlingt, hat man, um allen Kindern den Beitritt zu ermöglichen, beschlossen, den monatlichen Beitrag vorläufig nur in der alten Höhe von 30 Pf. zu erheben, mit der Maßgabe, daß von zwei Brüdern nur einer Beiträge zu zahlen hat. Zur Aufnahme können sich melden Schüler im Alter von 8—14 Jahren, getauft wird Montags und Donnerstags von 1/2—1/9 Uhr.

Das königliche Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34—36, veranstaltet in der kommenden Woche abends 8 Uhr folgende öffentliche, Herren und Damen zugängliche Vorträge: Montag, den 28. dieses Monats spricht Herr Oberinspektor Sachs-Hamburg über: „Der technische Betrieb der Hamburg-America-Linie“ mit Lichtbildern; Donnerstag, den 1. Dezember, Herr Prof. Schmitt über: „Die Entwicklung der deutschen Seemacht im 19. Jahrhundert“ mit Lichtbildern. Einlaßkarten sind von 12 bis 2 Uhr mittags und an den Vortragabend selbst von 8 Uhr abends ab im Institut erhältlich; außerdem in der Zeit von 9 bis 4 Uhr im Deutschen Flottenverein, Bernburgerstr. 35, 1.

In unserer Mitteilung über das Konzert der Kreuzberger Harmonie haben wir am Dienstag vom Berliner Tonkünstler-Orchester gesprochen. Der Musikdirektor Herr Hoffelder macht uns darauf aufmerksam, daß die unter seiner Leitung stehende Kapelle, die bei dem Konzert mitwirkte, keines Tonkünstler-Orchester heißt.

Orgelkonzert. Montag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr, werden in der Marienkirche Advents- und Weihnachtskompositionen ausgeführt durch Musikdirektor Otto Dienel, den Igl. Hofopernsänger Herrn Albin Gänther und dessen Frau Gemahlin, Fräulein Käthe Breitkreuzweider, Herrn Paul Schneider und den Chor von Fräulein Alara Krause.

Der Verein Frauenwohl-Berlin (Vorsitzende Frau Minna Gauer) veranstaltet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Architektenhaus, Wilhelmstr. 90/91 eine Versammlung mit dem Thema: „Soziales Elend der Jugend infolge vernachlässigter oder mangelhafter Fürsorge“. Als Referent ist Herr Direktor Pfalz gewonnen, der als Leiter eines Erziehungsheims für vernachlässigte Kinder in Jendendorf aus reicher, praktischer Erfahrung heraus sprechen kann. Eintritt frei für Männer und Frauen.

Theater. Im Belle-Alliance-Theater findet heute Sonnabend nachmittags 3 Uhr die erste Kinder-Vorstellung bei kleinen Preisen statt. Zur Aufführung gelangt das Märchenpiel „Frau Holle und Prinzessin Taubenschön“ mit glänzender Ausstattung und großen Ballets. Diese Vorstellung wird am Mittwoch, den 30. d. M. wiederholt. — Im Thalia-Theater geht heute Sonnabend nachmittags 3 1/2 als erste Kinder-Vorstellung „Max und Moritz“ in Szene. Frau Josephine Dora hat in dieser Aufführung für die Kleinen die Rolle der Schneiderin Voed übernommen. Am Mittwoch den 30. d. M. wird diese Vorstellung wiederholt. — Das Drama „Mutter Erde“ von Max Halbe, das heute, Sonnabend und am darauffolgenden Sonntag nachmittags im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) zur Aufführung gelangt, wird auch in der nächsten Woche wiederholt auf dem Spielplan des N.-Hauses erscheinen, und zwar am Dienstag, Donnerstag und Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags. Auch den Besuchern des Schiller-Theaters O. (Ballner-Theaters), dessen Repertoire augenblicklich die „Wallenstein-Trilogie“ beherrscht, wird das Halbesche Stück „Mutter Erde“ vorgeführt werden. — Central-Theater. Heute nachmittags gelangt die Kinder-Vorstellung: „Däumelinchen“ zur Aufführung. Die Preise sind auf die Hälfte herabgesetzt, es können zwei Kinder ein Billet beanzen.

Aus den Nachbarorten.

Pankow. Eine bedenkliche Angelegenheit brachte unser Parteigenosse Gemeindeverordneter Freiwaldt in der Gemeindevertretung zur Sprache. Freiwaldt wies nach, daß seit der Errichtung der Freibank beschlagnahmtes Fleisch von hiesigen Schlächtern in den Kesseln der Freibank ausgekocht wird. Fände hierbei auch eine Kontrolle statt, so sei ein Mißbrauch nicht ausgeschlossen. Der Redner erklärte, daß er die Namen der in Betracht kommenden Schlächtermeister kenne; er wolle sie aber schonen, da der Amtsvorstand schuldiger sei als sie. Wären die Namen dieser Schlächtermeister bekannt, so würde das Publikum sich hüten, bei ihnen zu kaufen. Der Amtsvorsteher gab die Tatsache zu, entschuldigte sich aber damit, daß eine derartige Einrichtung selten gebraucht werde und sehr teuer sei. In der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung soll näher auf die Sache eingegangen werden. Was hier von Freiwaldt aufgedeckt wurde, trifft wohl außer auf Pankow noch auf andere Vororte zu. Hoffentlich steuert die Regierung dem Unfug.

Die Wuttat in Neuenhagen. Aus Neuenhagen wurde der Schuhmacher Wilhelm Schund, der vorgestern seine Schwester und seinen Bruder erstickt, nach Beendigung der Leichenschau Donnerstag abend in das Untersuchungsgefängnis zu Roßbit übergeführt. Ueber das weitere Verfahren mit ihm ist noch nichts beschlossen. Schund war auch schon früher der Schrecken seiner Familie, weil er von jeder dem Schnaps sehr zufröhen. Den Fall, durch den er sich einen Anbruch und eine Kopfverletzung zuzog, erlitt er vor acht Wochen schon im Säuferswahn. Als ihn nach diesem Unfall einer seiner Brüder einmal in Berlin traf, wo er damals wohnte, war er sehr heruntergekommen und verwahrloht. Auf Veranlassung der Mutter nahm ihn seine Familie wieder auf. — Die Leichen der Erstickenen bleiben bis zur gerichtsarztlichen Untersuchung in der Wohnung, die Donnerstag abend nach der Befähigung wieder amtlich verschlossen wurde.

Der Sportpark Friedenau wird seinem Zwecke im nächsten Jahre voraussichtlich doch noch erhalten bleiben; die Verhandlungen, die der Direktor, Stadtv. Knorr-Schöneberg, deswegen eingeleitet hat, lassen einen günstigen Ausgang erwarten. Von den Ausschleifen

wird nur der an der Kaiser-Allee liegende Teil abgerissen. Mit Schluß der Madrenzeit 1905 wird der Sportpark aber aus Friedenau endgültig verschwinden.

Rigdorf. Eine unangenehme Ueberraschung wurde dieser Tage einem hiesigen Arzte bereitet. Von verschiedenen Zuhörern wurden Equipagen geschickt, welche bestellt waren, um den Arzt nach der Zrennanstalt in Dalldorf zu bringen. Wie sich später herausstellte, waren die Bestellungen von einem geisteskranken Patienten des betreffenden Arztes gemacht worden, der so die Rollen vertauscht hatte. Der Kranke wurde darauf einer Heilanstalt zugeführt.

In bürgerlichen Kreisen hat der unerwartet starke Erfolg, den unsere Partei bei der Stadtverordnetenwahl der 2. Abteilung im Nordbezirk erzielte, indem für unsere Kandidaten 96 Stimmen, für den Kandidaten der gesamten kommunalen Vereine aber nur 101 Stimmen abgegeben wurden, allgemein Überraschung und ein starkes Unbehagen erzeugt. Man wird in diesen Kreisen wohl zu der Einsicht gekommen sein, daß die sozialdemokratische Partei große Aussicht hat, demnächst auch in die 2. Abteilung ihren Einzug zu halten, und diese Erkenntnis trägt hoffentlich dazu bei, der sozialdemokratischen Minderheit in Zukunft etwas kulanter entgegenzukommen, als wie dies bisher der Fall zu sein pflegte.

Ober-Schöneweide. Die Wahl des Genossen Kaufholt zum Gemeinderat in der Eigenschaft eines Angefessenen ist seinerzeit für ungültig erklärt worden. Jetzt ist, nachdem die hiergegen angebracht gemachte Klage zurückgezogen wurde, der Kandidat der Katholiken, der die zweitmeisten Stimmen erhielt, als gewählt proklamiert worden. Genosse Kaufholt, unser Vertrauensmann, war eben nicht reich genug, die Bedingungen der Landgemeinde-Ordnung zu erfüllen, welche ihn für das Amt eines angefessenen Gemeindevertreters reif machen.

Schöneberg. Als im Sommer d. J. beim hiesigen Krankenhaus zwischen den Maurern und dem Polier über die Entlassung eines Kollegen eine Differenz entstand, hatten gewisse Leute nichts eiligeres zu tun, als die ganze Sache zu einem „Maurerstreik“ zu fruchtifizieren. Und daß auch die hiesigen leitenden Kreise von den wirklichen Tatsachen, die zu einer vorübergehenden Arbeitseinstellung führten, schlecht unterrichtet scheinen, zeigt die Darstellung, die in der letzten Stadtverordneten-Sitzung Herr Baurat Egeling zum besten gab. Der Herr Baurat scheint von der Ansicht auszugehen, daß da eine Baupause seinerzeit nicht verhängt wurde, die Differenz als von den Maurern verschuldet entstanden und somit das Vorgehen des betreffenden Poliers als berechtigt anzusehen gewesen ist. Auf Grund des authentisch aufgenommenen Protokolls über die damaligen Verhandlungen zwischen einem Mitgliede der Zentralkommission und den Beteiligten, in erster Reihe dem Polier, geht hervor, daß die Entlassung des Maurers Henze ohne allen Zweifel ungerechtfertigt war. Es konnte kein stichhaltiger Grund vorgebracht werden, im Gegenteil mußte der Polier selbst zugeben, daß die Arbeit des Entlassenen gut und sauber sei, aber — es kam ihm so vor, als ob er die anderen beeinflusst hätte. — Es dürfte dem Herrn Stadtbaurat schwer fallen, andere stichhaltige Gründe für die Entlassung beizubringen, jedenfalls aber hatte es den Anschein, als ob es weniger auf die Qualität als auf die Quantität der geleisteten Arbeit ankam. Oder sollte da mit die schnelle Fertigstellung des Baues gefördert werden?

Steglitz. „Der Aberglaube als Kulturhindernis“ lautete das Thema, welches der Reichstags-Abgeordnete Genosse Hoffman in Berlin am Mittwoch abend vor einer sehr gut besuchten Versammlung im „Virenwäldchen“ behandelte. Die Geistlichen unseres Ortes, welche schriftlich eingeladen waren, hatten den besseren Teil der Tafel gewährt und — waren zu Hause geblieben, wohl in der Erkenntnis, daß es leichter ist, von der Kanzel herab (ohne Widerspruch befürchten zu müssen) in salbungsvollen Worten gegen die Schlechtigkeit der Menschen zu eifern, als in öffentlicher Versammlung mit freier Diskussion ihre Lehre zu vertreten. Durch ihr Fernbleiben haben sie sich nicht nur eine gute Gelegenheit entgehen lassen, die „Greueln“ des Heubners zu widerlegen, sie haben auch bewiesen, daß die Vertreter des heutigen Scheinglaubens auch nicht mehr ein Fünftel jenes Mutes der ersten Christen besitzen, welche für ihren Glauben die größten Martern, ja selbst den Tod willig erduldeten. Selbst die ärgsten Widersacher können die christliche Lehre nicht mehr diskreditieren als es die berufenen Vertreter tun durch ihre Scheu, das angeblich höchste Gut der Menschheit in voller Deffektivität zu verteidigen. Herr Pastor Vogan lehnte es ab, in der Versammlung zu erscheinen, weil er angeblich nach früheren Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß es in solchen Versammlungen nicht möglich sei, sachlich zu diskutieren, und ferner behauptete, daß es sibiilich sei, bei solchen Gelegenheiten die Geistlichen zu beschimpfen, sie als Heuchler und Dummköpfe zu bezeichnen. Nun, über die Bohlanständigkeit der Steglitzer Arbeiterkassen kam sich Herr Vogan bei seinem ehemaligen Amtsbruder, dem Pastor a. D. Richter, Auskunft holen, welcher, obwohl nicht besonders eingeladen, erschienen war und in nahezu 1/2stündigen Ausführungen bei größter Ruhe und Aufmerksamkeit seinen Standpunkt vertreten konnte. Leider verfügt der alte Herr nur über sehr mäßige Stimmittel, so daß seine liberalen und interessanten Darlegungen nur den Nächstliegenden verständlich waren. — Daß Herr Pastor Schröder „verhindert“ war, bedauern wir mit ihm. Zwei weitere evangelische und die beiden katholischen Geistlichen hielten es nicht für nötig, auf eine höfliche Einladung zu antworten; wir erkennen jedoch gern an, daß eine Pflicht der Höflichkeit nicht besteht. — Die Versammlung wird trotzdem ihre Früchte tragen.

Ein neuer Vorort. Das umfangreiche Gelände an der Chaussee Berlin-Friedrichsfelde-Marzahn ist von einer Terrainsgesellschaft, die es der Bebauung erschließen will, angekauft worden. Da der Bahnhof Friedrichsfelde-Ost in der Nähe liegt, ist fürs erste für eine ausreichende Verbindung mit Berlin gesorgt. Die Bauartigkeit wird bereits im kommenden Frühjahr einsetzen.

Gerichts-Zeitung.

Briefmarkenhandel vor Gericht.

Der Briefmarkenhändler Francois Suru aus Brüssel, der wegen Briefmarkenfälschungen seinerzeit in Haft genommen worden ist, stand gestern unter der Anklage des Betruges vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts 1. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Heidrich, die Anklage vertrat Staatsanwalt Rohde, die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Morris und Justizrat Bronner. Als Sachverständige waren Regierungsrat Dr. Kallhoff, Kaufmann Schiefinger und Geschäftsführer Staranskiel, als Dolmetsch der französischen Sprache Herr Rechtsanwalt Illoh geladen. — Der Angeklagte betreibt in Brüssel ein Zigarrengeschäft und hat sich auch damit beschäftigt, gelegentlich Briefmarken-Kollektionen anzukaufen, die er dann im Ausland vertrieb. Er wird beschuldigt, in 5 Fällen gefälschte Marken verkauft zu haben. Er bestritt unter Tränen seine Schuld und behauptete, daß er kein Kenner in Briefmarken sei, vielmehr die Marken-Kollektionen immer erst angekauft habe, nachdem sie durch einen Angestellten geprüft worden waren. Der Stein ist durch den Jungen Dr. Grüttesien ins Rollen gebracht worden, der von Suru wiederholt gekauft hat. Der Angeklagte behauptet, daß der Junge ihm beim Ankauf allerdings gesagt habe, er wolle nur echte und ungefälschte Marken haben, er habe dem Jungen aber stets gesagt: wenn er Bedenken habe, solle er die Marken prüfen lassen, denn er selbst sei kein Kenner. Dr. Grüttesien bestritt dies wenigstens für die Mehrzahl der Fälle. Als er von Suru wieder eine ganze Anzahl von Marken gekauft hatte, hat er sie prüfen lassen, und dabei hat sich dann herausgestellt, daß ein sehr großer Prozentsatz der Marken falsch und gefälscht war. Die Käufungen seien verblichend geschickt gewesen, so da her als Sammler sie nicht habe erkennen können. Im Interesse der Briefmarkensammler habe er es für seine Pflicht gehalten, die Sache zur Anzeige zu bringen. — Der Angeklagte versicherte, daß bei dem Verkauf an den Jungen

Reis der Sachkenner, Briefmarkenhändler Cohn zugegen gewesen sei. Die Briefmarken seien von dem Zeugen aus den Kollektivheften herausgedruckt worden, die nicht er, sondern sein sachverständiger Angestellter (der insofern wegen Betruges verurteilt und flüchtig geworden ist) zusammengestellt und mit Preisangaben versehen habe. Er habe auch in früheren Fällen mehrfach Marken, die der Zeuge gefaßt hatte, anstandslos zurückgenommen, wenn sie ihm nicht konvenierten. Weder in diesen, noch in den übrigen Fällen konnte der Beweis erbracht werden, daß der Angeklagte hätte wissen müssen, daß die in Frage stehenden Marken falsch waren. Er hatte sie an Leute, Briefmarkenhändler u. dgl. verkauft, die recht gute Sachkenner sind, sich die Marken selbst herausgesucht und sie doch nicht als falsche erkannt haben. Er verkaufte die Marken hier in dem Cohnschen Briefmarkengeschäft, wo sich täglich Briefmarkenhändler einfanden, so daß man von dem Geschäft als Briefmarken-„Börse“ sprach. Wie die Verhandlung ergab, ist der Briefmarkenhandel des Herrn Cohn ein recht ausgedehnter gewesen, auch sind falsche Briefmarken in großer Anzahl vorgekommen. Andererseits wurde dem Angeklagten bestätigt, daß er kein großer Kenner sei und in jedem Falle den Käufern geraten habe, vor der Beschaffung die Marken prüfen zu lassen. Die Sachverständigen Schleisinger und Regierungsrat Kallhoff waren der Ansicht, daß der Angeklagte doch nicht so geringe Kenntnisse in der Philatelie besitze, wie er behauptet und doch wohl erkennen konnte, daß sich unter seinen Kollektionen außerordentlich viele Fälschungen befänden. Das müsse namentlich von den falschen belgischen 5 Frank-Marken gesagt werden, die er in großer Zahl auf seinen Reisen mit sich geführt. — Staatsanwalt Kohnke erachtete den Angeklagten durch die Verweigerung des Betruges für überführt und beantragte gegen ihn 4 Monate Gefängnis, unter Anrechnung derselben auf die Untersuchungshaft. — Der Gerichtshof erklärte nach einer Beratung von wenigen Minuten auf Freisprechung unter folgender Begründung: Wenn auch die Anschuldung des Angeklagten nicht erwiesen sei, so haben doch die Schuldbeweise aus objektiven und subjektiven Gründen dem Gerichtshofe nicht ausgereicht.

Der in Betrügereien schier unvertüßliche „Ingenieur“ Max Schiemangl, bekannt unter der Bezeichnung „Major“ Schiemangl, stand gestern schon wieder vor dem Schwurgericht, nachdem er erst Tags vorher von der Strafkammer des Landgerichts II zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Er wird beschuldigt, in 9 Fällen sich des Betruges, des versuchten Betruges, der Urkundenfälschung, Unterschlagung und unbefugten Tragens einer Uniform schuldig gemacht zu haben. Er soll die Straftaten in den Jahren 1902—1904 in Berlin und Bremen begangen haben. Das Abenteuerleben des Angeklagten, der u. a. schon 3 Jahre 3 Monate im Zuchthaus zugebracht hat, erhielt auch in der gestrigen Verhandlung eine grelle Beleuchtung. Er ist der Sohn eines Gastwirts, hat eine Dorfschule und dann das Gymnasium in Ludau bis zur Untertertia besucht und kam auf die Unteroffizierschule zu Potsdam, von der er wegen schlechter Führung entlassen wurde. Im Jahre 1887 ist er beim Militär eingetretten und hat zahlreiche Disziplinarstrafen erlitten. Im Jahre 1889 ist er nach Amerika übergesiedelt und hat dort Patrosendienste geleistet und auch als gewöhnlicher Arbeiter auf dem Lande gearbeitet. Im Jahre 1890 kehrte er nach Deutschland zurück, um für seine Erfindungen (Sporen, Infanterie-Ausrüstungen, Hüfisen ohne Nägel usw.) Patente zu erwerben. 1897 hatte er zur Abwechslung eine Spionage-Affäre durchzumachen und kehrte dann nach Amerika zurück. Angeblich hat er als „Major“ einer Freiwilligen-Truppe den Krieg in Amerika mitgemacht. Nach dessen Beendigung ist er 1898 nach Deutschland zurückgekehrt, angeblich um für Südamerika Waffen zu kaufen, und hierbei hat er dann mit Hilfe der verschiedentlich gefälschten Papiere die Schwindeleien ausgeführt, die ihm 3 Jahre 3 Monate Zuchthaus eingebracht haben. Im Dezember 1902 ist er aus dem Zuchthaus in Sonnenburg entlassen worden und schon in demselben Monat war er schon wieder auf dem Wege des Schwindels. Er stolzierte wieder in der Uniform eines amerikanischen Oberleutnants umher und verbreitete das Märchen, daß er in Angelegenheiten einer amerikanischen Regierung nach Deutschland gekommen sei. Auf Grund verschiedener Schriftstücke, die teils echt waren, einen englischen Text hatten und höchst untergeordnete Dinge betrafen, teils aber auch gefälscht waren, ferner durch die Rettungsmedaillen, die er unbefugterweise auf der Brust trug, wählte er einen Nimbus um sich zu verbreiten und leichtgläubige Menschen zu der Ansicht zu bekehren, daß er ein hochangesehener, vermöglicher Mann sei, der sogar in der Lage sich befinde, mit Regierungen Verträge abzuschließen. Durch die wunderbaren Märchen hat er dann die Gelegenheit zu einer Reihe von Kreditfälschungen erhalten. In den Mitteln, mit denen er sich eine gloriole ums Haupt wand, gehörten zwei anscheinend echte Briefe des Präsidenten Roosevelt. Der Angeklagte

behauptet, daß er in der Wahlkampagne 1898 für den Präsidenten 8—900 Stimmen aufgebracht habe. Er arbeitete ferner mit einem mit ihm in Amerika abgeschlossenen Vertrage über Verteilung eines aus dem Verlaufe von Gewehren zu erzielendem Gewinns, ferner mit einer Vollmacht einer Frau Hilbrand in New York über den Verkauf ihres Cafés „Arcadia“, mit einer Vollmacht eines Barons Falkened über Goldminen-Ausbeutung usw. In all' diesen Schriftstücken war er als „Major der Feldartillerie Max Schiemangl“ bezeichnet und aus diesem Grunde dienten sie ihm als Mittel zum Zweck. Die Schwindeleien würden nicht vor das Schwurgericht gekommen sein, wenn es sich nicht in einem Falle auch um die Ausnutzung einer gefälschten öffentlichen Urkunde handelte. — Für die Verhandlung sind zwei Sitzungstage anberaumt.

Polizei und Gewerkschaft. Wegen Beleidigung des Amtsvorstehers von Lagerdorf ist am 2. März von der Strafkammer in Pöhlitz der Küper Heinrich Otto in Lagerdorf verurteilt worden. Er ist Vorsitzender der gewerkschaftlichen Völkervereinigung und war von dem Amtsvorsteher S. aufgefordert worden, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen. Dies zu tun weigerte er sich mit dem Hinweis darauf, daß in nächster Zeit eine Versammlung stattfinden und dann wieder neue Mitglieder eintreten; bis dahin wolle der Amtsvorsteher warten. Der Amtsvorsteher sandte ihm dann einen Strafbefehl über 15 M. In einer Beschwerdechrift an den Amtsvorsteher behauptete Otto dann, daß jener nur dahin wolle, anderen Leuten Angelegenheiten zu bereiten, daß sie eventuell mit den Paragraphen des Strafgesetzbuches in Konflikt geraten usw. Das Gericht hat darin den Vorwurf der Verletzung der Amtspflicht erblüht. — Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht Altona verwiesen.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die zehnte Strafkammer gestern eine Anklage wegen Kuppelerei, die sich gegen die uneheliche Hermine Schaub richtete. Diese hatte dem Vernehmen nach unter dem Außenschild einer „Mawierlehrcin“ in ihrer Wohnung in der Zimmerstraße ein unzüchtliches Treiben gebildet und noch recht junge Mädchen mit Herren in unzüchtlichen Verkehr treten lassen. Der Gerichtshof verurteilte sie zu 1½ Jahren Gefängnis.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis tagte am Dienstag in dem Lokal „Zum Alexandriner“. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende, Genosse St. Friß, mit, daß der Verein wieder drei Mitglieder durch den Tod verloren hat, und zwar die Genossen Max Pole, Daniel Brinmann und Uhrmacher Karl Bunsa. Die Versammlung ehrt das Andenken der Toten durch Erheben von den Sitten. Hierauf hielt der Gewerkschaftssekretär Genosse Eugen Brückner seinen Vortrag über das Thema: „Rechte und Pflichten aus dem Krankenversicherungs-gesetz.“ In der recht lebhaften Diskussion standen sich Versicherungsnehmer und Kassenbeamte gegenüber. Buisse beklagt, daß es vielen Betrieben nicht möglich ist, Reinnachfrauen und ähnliche Hilfskräfte zu verschern; ebenso beklagt er die Härte, die die Kassen gegenüber den Selbstversicherten walten lassen. Demgegenüber betonten die Kassenbeamten, daß die Kassen sehr streng von der Aufsichtsbehörde kontrolliert werden, so daß irgendwelche Ausnahmen nicht gemacht werden können. In den weiteren Auseinandersetzungen beteiligten sich Klar, Czernid, Liebenow, Ridenroth, Stiegelmeier, Braun und Friß. Allgemein wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, über dieses Thema in allen Gewerkschaften zu referieren und die Kassenmitglieder aufzuklären, damit sie für die Wahrung ihrer Rechte eintreten. Im Schlußwort beantwortete Brückner noch eine Reihe von Einzelfragen.

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins am Dienstag, den 22. d. M., wurde um 9 Uhr eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Vorsitzende, Genosse Dr. Vorhadt, wie es kam, daß der Vorstand — wegen Verhinderung des in Aussicht genommenen Referenten, Genosse Jubel — sich erst in letzter Stunde an den Genossen Kunert wenden konnte; dessen Abjage trat am Sonntag, den 20. d. M., ein, und die weiteren Umwählungen des Vorstandes, einen Reichstagsabgeordneten als Referenten über das in Aussicht genommene Thema zu gewinnen, waren erfolglos. Die Erklärung des Genossen Kunert in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“ war überflüssig, da nach Eintreffen seiner Abjage der Vorstand das notwendige veranlaßte. Inzwischen läßt sich gegen die ersten 8 Zeilen der Erklärung nicht einwenden. Der Schlußsatz enthält aber die Unterstellung, daß der Vorstand beab-

sichtigt habe, auch nach Kenntnis der Abjage Kunerts ihn als Referenten anzugeben, der die Versammlung im Stiche lasse. Diese Unterstellung weist der Vorstand entschieden zurück, er würde es stets verschmähen, zu unwahren Aufsichtungen zu greifen; im vorliegenden Falle hat der Vorstand seine Pflicht übrigens vollständig getan. Auch ist der Schaden, wenn eine Mitgliederversammlung einmal ohne Referenten tagen muß, wenigstens für Charlottenburg nicht so erheblich. Freilich kann das angekündigte Thema nicht behandelt werden; aber es gibt so viele speziell für Charlottenburg wichtige Fragen zu erörtern, daß der Abend auch ohne Referenten politisch nutzbringend verwendet werden kann. Doch ist heute die übrige Tagesordnung so reichhaltig, daß von der Erörterung spezieller kommunaler Angelegenheiten abgesehen werden kann.

Es wurde dann eingehender Bericht von der Generalversammlung des Kreises von den Delegierten Schenck, Dieß, Wenzel erteilt. In der Diskussion wurde besonders die mangelhaften Preisverhältnisse in den größeren Vororten behandelt. Allgemein wurde anerkannt, daß bei der gegenwärtigen Organisation des „Vorwärts“ ein Vorwurf gegen die Redaktion nicht erhoben werden könne; von der demnächst stattfindenden Beratung der Preis-Kommission mit der Redaktion, dem Parteivorstand, der Geschäftsleitung usw. erhoffte man eine gründliche Abhilfe, andernfalls werde man selbständige Maßnahmen ins Auge fassen müssen, wie ja auch in Rixdorf der Plan erörtert werde, eine Rixdorfer Beilage des „Vorwärts“ auf eigene Kosten drucken zu lassen. — Ferner wurde in der Diskussion scharfer Widerspruch gegen die im Kreise dem Charlottenburger Wahlverein gemachten Vorwürfe, die vollständig unberechtigt seien, erhoben, wenn auch anerkannt wurde, daß hier noch ein gewaltiges Stück Organisationsarbeit geleistet werden muß. — Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß die Arbeiter Hagen, Galbani, 8. und Wehr, Becklerstr. 122, wegen des unsolidarischen Verhaltens, das sie bei Streiks gegen ihre Arbeitskollegen bewiesen, aus dem Wahlverein ausgeschlossen worden sind.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Rudolph-Wusthausen hielt am Sonntag bei Porlow seine Mitgliederversammlung ab. Es war der Tag der Gründung des Vereins. Genosse Wöste-Rixdorf hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die politische Bedeutung des Wahlvereins. Klage wurde geführt beim Bericht über die Generalversammlung zu Tempelhof über zu schlechtes Verständnis bei der Verhandlung. Genosse Wöste empfahl den Anwesenden, mehr persönliche Agitation zu entfalten und Diskussionsabende abzuhalten, um agitatorische Kräfte heranzubilden. Von den Wählern der dritten Klasse wurde Protest erhoben gegen den Antrag auf geheime Sitzung des Schulrektors wegen Uebnahme der höheren Knaben-Schule und eine öffentliche Sitzung verlangt.

Marktpreise von Berlin am 24. November. Nach Ermittlungen des fgl. Volksgeld-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,70—17,89 M., mittel 17,68—17,87 M., geringe 17,66—17,65 M. Roggen**, gute Sorte 13,95—13,94 M., mittel 13,93—13,92 M., geringe 13,91—13,90 M. Futtergerste**, gute Sorte 15,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,20 M., geringe 13,20—12,10 M. Hafer**: gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linsen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Rübölroh 0,00—0,00 M. Senf 9,20—7,30 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schof 4,50—3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 25. November. Elbe bei Kuffig + 0,05 Meter, bei Dresden + 1,41 Meter, bei Magdeburg + 1,12 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,20 Meter. — Oder bei Rathbor + 2,30 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 5,22 Meter, bei Breslau Unter-Begel + 0,17 Meter, bei Frankfurt + 1,75 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,18 Meter. — Saale bei Posen — Meter.

Witterungsübersicht vom 25. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. (° C)	Temp. n. G. (° F)
Swinemünde	744	SW	6	Regen	4	39
Hamburg	753	W	1	2bedest	1	34
Berlin	750	SW	2	2bedest	0	32
Frankfurt a. M.	755	SW	2	2bedest	3	37
München	754	W	4	wolfig	1	34
Wien	752	W	3	heiter	1	34
Daparanda	756	D	2	bedest	10	50
Petersburg	758	D	1	Regen	1	34
Cordoba	758	SW	3	bedest	1	34
Baris	756	SW	2	bedest	4	39

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. November 1904.
Zunächst ziemlich trübe mit geringeren Schneefällen, mäßigen westlichen Winden und leichtem Frost; später auflarend.
Berliner Wetterbureau

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Otto Koschnitzki
am 24. November 1904 im Alter von 20 Jahren an Blinddarmentzündung verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofs, Landsberger Allee, aus statt. 2018
Die trauernde Witwe nobst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pioniergemeinde in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. 154/18
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.
Am 22. November 1904 verstarb unser Kollege
Rudolf Krüger
im Alter von 20 Jahren an Typhus.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag in Friedberg in der Neumark statt.
Ehre ihrem Andenken!

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 23. d. Mts. nach schweren Leiden der Lähler
Karl Scholz
Bosenstr. 3.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofs, Landsberger Allee, aus statt. 2018
Die trauernde Witwe nobst Kindern.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lähler
Karl Scholz
am 23. November verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. November, nachmittags um 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofs, Landsberger Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
154/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lähler
Adolf Frey
am 18. d. M. plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. November, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
154/9 Die Ortsverwaltung.
Köpenick.
Reinen werten Parteigenossen zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage mein Geschäft von Berlin nach hier
Kietzerstrasse 40
verlegt habe.
Es wird mir eine Freude sein, Sie wieder als Kunden begrüßen zu können.
Wühlingsdoff **Max Schwan**,
Barbier, Friseur und Zahntechniker.

Metzer Geld-Lotterie
Ziehung schon **3.-5. Dezember er.**
Nur Geldgewinn bar ohne jeden Abzug zahlbar.
Hauptgewinn Mark: 100000
Lose à 5 M., halbe à 2,50 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft
Berlin O., Friedrichstr. 181.
Filiale:
O., Andreasstr. 46a.
Tanzmeister Jürgens,
Wanitzstr. 21, Sonnabends, Sonntags frei, übernimmt Tanzleitung für Vereine zc. 7022*

Teppich-Ausnahme-Woche.

Saal-	Teppiche	50, 65 bis 90 Mk.
Salon-	Teppiche	30, 40 bis 65 Mk.
Spreise-	Teppiche	25, 30 bis 50 Mk.
Wohn-	Zimmer-Teppiche	20, 25 bis 35 Mk.
Herren-	Teppiche	15, 18 bis 25 Mk.
Sofa-	Teppiche	6, 8 bis 14 Mk.
Bett-	Teppiche	1,25, 2,50 bis 5 Mk.

Außerdem offeriere 680 Bild prima echt Belours, echt Agiminter, echt Tournay, echt Brüssel, echte Perier und Orient sowie echte Schmiedberger Smyrna-Teppiche, handgemäht, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit kleinen, unmerklichen Musterverfehlern, nur diese Woche für die Hälfte des regulären Wertes.
Teppich-Haus
B. Hurwitz, Rotes Schloß.
vis a vis dem National-Denkmal.
Telephon Amt I, 8311.

Todes-Anzeige.
Hiermit allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere Mutter, Groß- und Schwiegermutter
Wilhelmine Pleleke
geb. Lechner
am 23. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags um 2 Uhr, vom Trauerhause Parkstr. 12/13 zu Rohannishof aus statt.
H. Pleleke nobst Angehörigen.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme, welche mir anlässlich des Hinscheidens meines geliebten innergeheulichen Mannes, unseres traugewandten Vaters, teils durch Freigebenden, teils durch Liebreiche, tröstende Worte zugegangen sind, sowie ich hiermit den Herren Kollegen und allen Befehligen meinen aufrichtigen, tiefgefühlten Dank aus-
1908 **Josefina Franko** und Kinder

Todes-Anzeige.
Am 24. Novbr., abends 9½ Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager meine Schwiegermutter
Karoline Meiling
im Alter von 68 Jahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe der Pioniergemeinde Gemeinde (Pappel-Allee) statt.
Dies zeigt tiefbetruht an
Frau Anna Meiling.

Lokal-Verband der Elektromonteur
Sonnabend, den 26. November, Alexanderstr. 23 : 2025
Sigung mit Vortrag.
Anfang 9 Uhr.

AUSVERKAUF.
Wegen horrender Preissteigerung — nämlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in
Pelzwaren, Hüten, Schirmen
zu verkaufen. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2.
Edle Stoffherträge.
Hut-Zentrale
Oranienstr. 2 Maurerstr.
Großes Spezialgeschäft
für Filz- u. Seiden-Hüte.
Großes Lager in Herren-Wäsche, Krawatten, Handschuhen, Trikotagen, Schirmen, Stöcken u. Mützen.

Eine Mark
mögentlich bessere selbstspielende
Musikwerke, Sprechmaschinen u. Zithern.
Schönste Familienunterhaltung.
Beste Harmoniums auf Lager.
An der Jannowitzbrücke 1, 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Eine Mark
mögentliche Teilzahlung liefert
eleg. fertige **Herren-Moden.**
Bestellungen n. Maß, tabell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**
Kein Waren-Kredit.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1, 1.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Verfassungen.

Der Verband der Möbelpolierer besuchte sich am Montag abend in einer Versammlung, die bei Heller in der Moppenstraße stattfand, wieder einmal mit der Frage des Uebertritts zum Holzarbeiter-Verband.

Briefkasten der Redaktion.

Ministerweisheit, N. 100 und Veteriden. Anfragen wiederholen unter Einleitung der Dultungen. — Wir oder nicht? Was richtig ist, das weiß ich nicht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. — 2 Streitende, Adpenid. 1. Ein lediger Mensch hat keine Pflichterben, mit Ausnahme seiner Eltern.

mung spricht so stark für die Gerechtigkeit der während der Ehe geborenen Kinder, daß nur der Nachweis der den Umständen nach offensibaren Unmöglichkeit, daß der Mann ihrer Mutter ihr Vater sein könne, die Gerechtigkeit zu widerlegen und damit die Unterhaltspflicht des Ehemannes gegenüber dem Kinde aufzuheben vermag. — G. 26. 29. In der Regel halbiert der Vater für den Ertrag einer Scheide, die kein Spröbling eingeworfen hat, weil in der Regel der Richter annimmt, daß die Zerstörung die Folge mangelnder Aufsicht des Vaters ist.

— G. 45. Ja. — N. 50. 1. Die Beschwerde wäre an den Amtsvorsteher oder Landrat zu richten. Sie würde aber kaum Erfolg haben, weil die Ueberwachung für zulässig erachtet wird. — 2. Ist dem Vater das Erziehungsrecht entzogen und hat deshalb die Tochter im Waisenhaus Aufnahme gefunden, so hört das Recht und die Pflicht der Elternverwaltung erst mit erreichter Großjährigkeit des Mädchens auf.



Sunlight-Seife

bietet die beste Garantie gegen vorzeitige Abnützung der Wäsche. Absolut frei von scharfen Bestandteilen, hergestellt aus den besten Grundstoffen nach dem vollkommensten Fabrikationsprozesse, unerreicht an Milde und Reinigungskraft ist sie der beste Freund der sorgjamen Hausfrau.

H. Esders & Dyckhoff advertisement with product list: Winter-Loden-Joppen, Arbeiter- und Berufs-Bekleidung, Kinder- u. Jünglings-Winter-Paletots. Prices listed for various items.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 26. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Dritter Abend: Götterdämmerung. Anfang 6 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Theodora.
Deutsches. Mäntelrad.
Berliner. Ein Teufelsstück.
Verfugung. Die Siebzehnjährigen.
Welken. Rigolotto.
Nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Thalia. Der Weiberkönig.
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Max und Moritz.
Bellevue-Variante. Der Millionenbauer.
Nachm. 3 Uhr: Frau Holle und Prinzessin Lausendfüßchen.
National. Figaros Hochzeit.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Wallensteins Tod.
Schiller N. (Friedrich-Bühnen-Theater.) Mutter Erde.
Zentral. Der Generalkonsul.
Nachmittags 4 Uhr: Däumelindchen.
Neues. Die Morgenröte.
Kleines. Der grüne Kakadu.
Tapfere Kassian.
Carl Weisk. Santa Wulfsburg.
Feldzug. Eine Hochzeitsnacht.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Luzien. Der Registrator auf Reisen.
Trianon. Gestohlene Frauen.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kafino. Wildes Blut.
Deutsch-Amerikanisches. Neo-Nord.
Holla. Berliner Luft. Spezialitäten.
Grosser-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Passage-Theater. Dida. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Ringkämpfe. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Frühlingsfeier an der Riviera.
Im Hörsaal Dr. B. Donath: Wechselstrom und Drehstrom.
Jubiläumstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Hörsaal: Tierleben in der Wildnis.

Urania, Taubenstr. 48/49.

Um 8 Uhr im Theater:
Frühlingsfeier an der Riviera.
Hörsaal Dr. B. Donath:
Wechselstrom und Drehstrom.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Heute Sonnabend:
Gr. Elite-Tag
zum Besten einer Weihnachtsbescherung für die Truppen in Südwestafrika.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Die November-Spezialitäten
9 1/2 Uhr: Simone. Pantomime.
Musik von Marquis de Dorval.
Hierauf:
Berliner Luft.
Musik von Paul Lincke.
Sonntag, 27. November, nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:
Spezialitäten und Frühlingsluft von Strauß.

Lustspielhaus

Friedrichstraße 236.
Der Familientag.
Von Gustav Stabelburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Drol.
Hierauf: Abschied vom Regiment.
Abends 8 Uhr: Der Familientag.
Montag zum 49. Male: Biederleute.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Tod.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannin der Tränen.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Bühnen-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Mutter Erde.
Drama in 4 Aufzügen von Max Halbe.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Mutter Erde.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannin der Tränen.

Kleines Theater Neues Theater.

Bereinigtes Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Der grüne Kakadu. Vorher: Der tapfere Kassian.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag nachmittag: Familienidyll.
Liebesträume. Seronissimus.
Die Morgenröte
Sonntag: Die Morgenröte.
Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Dienstag: Die Morgenröte.

Palast-Theater

Burg-Str. 22. Direction: Rich. Winkler.
früher Secu-Palast.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.
Heutige Ringkämpfe:
9 Uhr. präge 9 Uhr.
1. **Petroff**, Bulgare, gegen Weltmeister **Georg Lurich**, Russe.
2. **Beaucarois**, Franzose, gegen **Romanoff**, Russe.
Vorher: Theater und Konzert. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 10-11 Uhr.
Einlaß 6 1/2 Uhr.
Bei der voraussichtlich langen Dauer der Entscheidungskämpfe fangen dieselben Punkt 9 Uhr an. Wenn es dann noch die Zeit gestattet, treten Spezialitäten ersten Ranges auf.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 26. November, abends prägte 7 1/2 Uhr: VIII. Grande Soiree High-Life. Gala-Programm u. a. 2 Male: Der neueste Sensationsakt:
Der Sprung in den Mond
mit dem **Moto-Cycle**
Mlle. Helene
Bis jetzt noch nirgends vorgeführt.
Besonder: Die neuen großartig. Spezialitäten und **Lilliput-Zirkus.**
Münstedts Agabe Gudkow.
Der phänomenale **Der Kurier des Zaren.**
Um 9 1/2 Uhr:
Sonntag 2 Bork. Nachm. 1 Kind frei.
In held. Vorh.: **Der Sprung in den Mond** mit dem **Moto-Cycle** und **Münstedts Lilliput** usw. Nachm.: **Marokko.** Gr. Ausstattungs-Pantom.

Zirkus Busch.

II. Parade-Gala-Abend.
Katharina II.
Quadrille 5 Erdteile, ger. a. 10 Schulj.
Coco, Wunderhafte
Kochsch. Rittm. a. D. Fr. Grimsgaard
u. die vorzügl. Gala-Programm-Rev.

Skala-Theater.

Simonstr. 132 (a. d. Friedrichstr.).
Sensationelles Programm!
August kommt.
Bosse mit Gelang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Sanssouci.

Kottbuser Tor - Etat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und Mittwoch: **Theater-Abend.**

Otto Pritzkaus

Abnormitäten - Ausstellung
Königsplatz 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kelleraal
Tanz.

Nathan Wand

129 Zöllnerstr. 129.
Die Schönsten 11872
Herrn-Winter-Paletots
und Anzüge in neu. sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
samt neu, für jede Figur passend,
speziell **Saughanzüge** sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Zöllnerstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten!

Leib- u. Bettwäsche,

nur eigene Fabrikate,
vortrefflichste Ausführung,
aussergewöhnlich billig;
Z. Alexander,
Wäsche-Industrie,
103 Gr. Frankfurterstr. 103.
Bitte genau a. d. Firma zu achten!

National-Theater

Behringstr. 12a-13b.
Sonnabend, den 26. November 1904:
Figaros Hochzeit.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, nachmittags: Rigolotto.
Abends: Gastspiel Prevost: Fedora.

Zentral-Theater

Nachmittags 4 Uhr halbe Preise.
2 Kinder ein Billet. Kindervorstellung:
Däumelindchen.
Märchenpiel mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern.
Abends **Der Generalkonsul.**
8 Uhr:
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.
Sonntag nachm.: **Der Zigeunerbaron.** Abends: **Der Generalkonsul.**

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Registrator auf Reisen.
Sonntag nachm.: Die Räuber.
Abends: Die Reise durch Berlin in
60 Stunden.
Montag: **Der Registrator auf Reisen.**

Deutsch-Amerikanisches

Käpnicker THEATER Station
Str. 67-68 Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.

NEW-YORK

5 Bilder m. Gesang a. d. Nachtob.
einer Weltstadt. Text und Musik
von **ADOLF PHILIPP.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!
HALBE PREISE
über'n
großen **TEICH.**

Kasino-Theater

Bohlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2-8 Uhr **Konzert.**
Nur noch kurze Zeit!
Wildes Blut.
Gesangsposse in 3 Akten v. Mannstädt.
Vorh. d. Brill. November-Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräber!**

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag: **Ihr zweiter Mann.**

Carl Weiß-Theater.

Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direction M. Ed. Fischer.
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung.
Kleine Preise.
Snowittchen und die sieben Zwerge.
Ab. 8 Uhr (nur noch 5 Vorstellungen):
Senta Wulfsburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr (Carl. 60 Pf.).
Der Raub der Sabinerinnen. Abends
8 Uhr: **Senta Wulfsburg.**

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel des berühmten
Gedankenlesers
Bror Sundson aus Stockholm.
Phänomene des sechsten Sinnes.
Lucie König,
das erstklassige Mädel.
Der magische Kessel.
die Erschaffung eines
Dida Weibes aus d. Nichts.

Gebrüder

Herrnfeld-Theater.

Heute: Die Robiät!
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwank in drei Akten von Anton
und Donat Herrnfeld.
Magnus Prinz Lebb:
Donat Herrnfeld.
Präbital, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anfang prägte 8 Uhr.
Billet - Vorverkauf 11-2 Uhr.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwank in 3 Akten von H. Récoul
und H. Barre.
Anatol Durosel: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Die 300 Tage.**

W. Noacks Theater.

Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Großes Eiswein-Essen
verbunden mit
Konzert, Theater und Ball.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag: **Der Tanzteufel.**



Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
neu! **Lily Durand** neu!
mit ihrer Verwandlungsnummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kapballance auf schwingen-
dem Trapez, sowie die noch übrigen
erstaunlichen Spezialitäten.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen Sonntag, den 27. November,
nachmittags 3 Uhr:
Mutterliebe.
Abends 7 Uhr:
Graf Essex.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 40, Parfett 75 Pf., Sperrf. 1 Pf.

Volksgarten-Theater

(früher Weimann).
Heute:
Keine Vorstellung.
Sonntag:
Um Nancy.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner
Sänger.
Anfang:
Bodenm. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Bernhard Baer

5. Rosenthalerstrasse 5. Telephone Amt III 1129

Parterre und I. Etage

Grosse Auswahl

fertiger Herren-Kleidung

Paletots
dunkel, fein gestreift 18.-
30, 28, 26, 24, 22, 20.

Sacco-Anzüge
klein gemust. u. gestreifte Cheviots 20.-
34, 31, 29, 26, 24, 22.

Paletots
Marengo und dunkel meliert . . . 21.-
36, 34, 32, 30, 27, 25, 23.

Gesellschafts-Anzüge
schw. Satin und Tuchkammgarn 34.-
55, 53, 50, 45, 42, 38.

Paletots
Engl. Cheviots, Ersatz f. Maassarbeit 26.-
50, 45, 43, 40, 37, 33, 29.

Schlafröcke
in grosser Auswahl und allen
Preislagen.



Mk. 290000 Mk.

Auf 20 Lose 1 Gewinn!
Am 28. November
a. folgende Tage:
Endgültig Ziehung der
Düsseldorfer Lotterie
Haupttreffer:
40000 Mk.
20000 Mk.
10000 Mk.
25 000 Gewinne mit
170 000 Mark Wert.
Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.

Auf 11 Lose 1 Gewinn!
Vom 10.-17. Dezember er:
Endgültig Ziehung der
3. und letzten
St. Rochus-Lotterie.
Haupttreffer:
30000 Mk.
10000 Mk.
5000 Mk.
15 379 Gewinne mit
120 000 Mark Wert.
Lose à 2 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Günstige Offerte: 5 Ausstattungs- und 3 Rochuslose Mk. 10.
Porto 10 u. jede Liste 20 Pfg. (Nachnahme 20 Pfg. teurer).

Original-Lose empfiehlt: **Ferd. Schäfer, Düsseldorf**

Lose in Berlin zu haben bei:
Generäl. K. v. Holwede, Seestr. 65, H. Kron, Alexanderstr. 54,
Julius Kahl, Unter d. Linden 13, R. Schumacher, Königsstr. 59,
J. Miloslavski, Unter d. Linden 61, E. Meyer jr., Stralauerstr. 54,
F. W. Scheuermann, Kommandantenstr. 1-2, E. Lange, Potsdamer-
strasse 131, H. Brehmer, Lübeckstr. 2, E. Dunje, Brunnenstr. 17a,
A. Hanke, Prenzlauerstr. 27, Gust. Beck, Möckerstr. 35,
O. Stippkohl, Neanderstr. 27, L. Müller & Co., Breitestr. 5,
H. Rendelmann, Friedrichstr. 205, Karl Löchel, Neue
Friedrichstr. 42.

V. u. VI. Wahlkreis.

30. Kommunal-Wahlbezirk.

Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, in Fiebigs Borussia-Sälen, Adler-Strasse Nr. 6/7:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Warum müssen wir bei der Stichwahl siegen?
Referent: Genosse Stadtv. **Adolf Hoffmann.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Agitiert für den Besuch der Versammlung. Die Vertrauensleute.

Moabit! 6. Wahlkreis. Moabit!

Sonntag, den 27. November, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus, Bielefeldstr. 24 - Gindenerstr. 34/35:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Ströbel** über: „Weltpolitik“.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!

Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr:

2 Volks-Versammlungen

in Fabels Brauerei, Bergmannstrasse 5/7, und
im Marienbad, Badstrasse 35/36.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften für die Arbeiter.

Referenten:

Frau Dr. **David-Mainz** und Schriftsteller **Simon Katzenstein.**

Zu zahlreichem Besuch laden ein
NB. Für die Abonnenten des 2. Kreises liegt in der Sonntagnummer ein diesbezügliches Flugblatt bei; wir bitten um gefällige Beachtung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, 27. November, vorm. Punkt 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Allg. Versammlung der Rohleger u. Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **P. Pawlowitsch** über: Leben und Selben in deutschen Strafgefängnissen. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Kollegen! Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, erwarten wir, daß alle Kollegen zur Stelle sind, um den Vortrag, welcher sehr interessant zu werden verspricht, anzuhören.

Sonntag, den 27. November, vormittags 9 1/2 Uhr:

Versammlung der Baunaufsteller u. Helfer bei Merkowski, Andrastr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Wiesenthal.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

Morgensprache der Schraubendreher bei Hollmach, Wrangeistr. 136.

Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Former und Berufsgen. im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission. 4. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Gießereien.

Montag, 28. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Germania-Brauerei, Frankfurter Allee Nr. 53:

Bezirks-Versammlung für den Osten und Lichtenberg.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Baego** über: „Bibel und Babel.“
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg. (E. G. m. b. H.)

Sonabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr:

General-Versammlung in Arthur Laues Restaurant, Adlershof, Bismarckstr. 10.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1904. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Verteilung des Revisionsberichts des Verbands-revisors. 4. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 5. Verteilung des Reingewinnes. 6. Neuwahl und Ergänzungsmahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes. 7. Anträge.
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand: Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl, August Süske.

Anton Boekers Ball-Salon Weber-Strasse 17

empfehlen den gedachten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten, auch steht ein Saal, ca. 100 Personen fassend, Sonnabends und Sonntag, und zwei große Besprechungszimmer den gedachten Herrschaften zur Verfügung.
Ergebenst
Anton Boeker, Weberstr. 17.

Verband der Möbelpolierer

Sonabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Gark, Weihenfer, König-Charifce 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Miothke** über: „Alkohol und die Frauen“. 2. Diskussion. 3. Besprechung über Anträge zum Delegiertentag. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen, mit ihren Frauen pünktlich zu erscheinen.

Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, im Märktischen Hof, Admiralstrasse 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin **Ida Altmann** über: „Die christlich-europäische Kulturträger und die farbigen Völker“. 2. Diskussion. 3. Besprechung über Anträge zum Delegiertentag. 4. Wahl von acht Delegierten. 5. Verschiedenes.
Zu diesen interessanten Vorträgen werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich mit ihren Frauen zu erscheinen.

Montag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichsberg, Friedrich-Strasse 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **A. Kosiol** über: „Die Justizreform ist der größte Feind jedes Kulturfortschritts“. 2. Diskussion. 3. Besprechung über Anträge zum Delegiertentag. 4. Verschiedenes.
Alle Kollegen von Pichtenberg, Friedrichshofe und Kummelsburg müssen in dieser Versammlung pünktlich erscheinen.

Mittwoch, den 30. November, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstrasse 38:

Vorstands-Sitzung.

Im dritten Weihnachts-Feiertage findet **Urania-Vorstellung** statt. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern und Pächtern-Kaffeehaus zu haben. — Der Kollege **Albert Krüger**, Mitglied d. B. ist nicht identisch mit dem Möbelpolierer Herrn Albert Krüger, welcher infolge des Streits aus dem Verband ausgeschieden ist.
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Zentral-Wahlverein f. d. Reichstags-Wahlkreis Kalau-Luckau Ortsverein Berlin.

Sonntag, den 27. November 1904, nachmittags 5 Uhr:

Öffentl. Versammlung für Frauen u. Männer.

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (Heiner Saal).
Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen **Hermann Schubert** über: „Die Sozialdemokratie im Kreise Kalau-Luckau“.

Angehörige des Kreises, welche in Berlin ihren Wohnsitz haben, werden zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Um zahlreiches Besuch bittet
Der Einberufer.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Die Versammlungen des Vereins finden jeden dritten Donnerstag im Monat, im Lokale von Georg Wehnacht, Geinistr. 21, statt.

H. Giesings Ball-Salon

Wassertorstr. 68
Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.
H. Giesing.

Damen-Paletots,

Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchengarderobe, gut u. viel billiger in der Fabrik von **Eugen Jacobi**, Charlottenburg, Berlinerstrasse 95, I (Rein Laden.) Größte Auswahl.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68 • Lindenstrasse 69 Laden
Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

Wider die Pfaffenherrschaft

Kulturbücher aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow**
50 Lieferungen reich illustriert • à Lieferung 20 Pfennig •
Der Verfasser entwickelt vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie inmitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die **christlich-kommunistische Agitation** beginnt, aus der sich die Pfaffenherrschaft entwickelt. Der Fehler liegt wie das Wesentliche entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht bis zur Herrschaft erreicht bis die machende kapitalistische Wirtschaft, welche die Pfaffenherrschaft in Schuld und Armutstümpfen erstickt.
Das Werk ist ein hervorragendes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.
Der 1. Band, umfassend 25 Lieferungen, ist gebunden zu haben und kostet: 294/13*
In Leinwand . . . 7.- M.
In Halbdruckband . . . 8.- M.

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die unübertroffen an Eleganz, tadellos an Sitz, in gediegener Maßschneiderarbeit aus feinsten Maßstoffen gefertigten vornehmen Herren, jeden Standes zu empfehlen: Zurückgeblieben, zurückgesetzt sind: **Norrananzüge**, Maßes Maßpreis bis 70 M., jetzt 18 bis 40 M. **Winterpaletots**, sonst Maßpr. bis 70 M., jetzt 18-40 M. **Beinkleider** jetzt 7-12 M.
Verkauf täglich, auch Sonntag.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Trepp.
Auf Hausnummer achten!

Anzüge Paletots

Herren, jeden Standes zu empfehlen: Zurückgeblieben, zurückgesetzt sind: **Norrananzüge**, Maßes Maßpreis bis 70 M., jetzt 18 bis 40 M. **Winterpaletots**, sonst Maßpr. bis 70 M., jetzt 18-40 M. **Beinkleider** jetzt 7-12 M.
Verkauf täglich, auch Sonntag.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1. Trepp.
Auf Hausnummer achten!

Jetzt wieder Einzel-Verkauf

direkt aus der Fabrik zu spottbilligen Preisen nach beendeter Engros-Saison.

Jackets
a 4 1/2 - 5 1/2 - 6 1/2 bis 7-80 M.

Capes
3 1/2 - 4 1/2 - 5 - 6 bis 36 M.

Abendmütel a. Golf-Capes
6 1/2 - 7 1/2 - 8 1/2 bis 25 M.

Beste Preise! Bei Bestellung dieses Anzeigers 5% Rabatt. Beste Preise! **Fabrik Pelz, Kurstr. 41-42.** (Sonnt. geöffnet.)

Ziehung am 28. November und folgende Tage

Düsseldorfer Lotterie

25,000 Gewinne. Wert Mark

170 000
Hauptgewinn bar!

36 000
18 000
9 000

etc. etc.

Lose à M. 1.-, 11 Stok. M. 10.-
Porto-Listen 20 Pf., empfohlen

Carl Heintze,
Bankgeschäft,
Berlin W., Unter den Linden 3.

Christbäume

größter Vorrat, 100 Bäume vorhanden. Kaufpreise ab Berlin unter R. M. 130 hauptpostlagernd Strafan, Galtzien, erbeten. 1308*

Winter-Paletots für Herren.

Ein- und zweireihige Form mit senkrechten oder geraden Taschen.
Prachtvolle Qualität. Ausgezeichnete Haltbarkeit.
Beste Verarbeitung. Vornehme Ausstattung. Tadelloser Sitz.

Vollständiger Ersatz für Maß-Arbeit.

Paletot von dunkelgrau mel. Cheviot mit Plaidfutter	18 M.
Paletot von vorzüglichem, schwarzen Double mit gutem Plaidfutter	18 M.
Paletot von schwerem Cheviot, marengo gestreift oder schwarz-weiß gesprenkelt.	20 M.
Paletot von gutem, schwarzem Eskimo m. Plaidfutter	20 M.
Paletot von vorzüglic. Cheviot, schwarz-weiß gestreift oder kariert	25 M.
Paletot von haltbar. Cheviot, dunkelgrau, marengo meliert od. gestreift m. schwerem Plaidfutter	25 M.
Paletot von gutem Eskimo, schwarz oder marengo von vorzügl. Cheviot, schwarz-weiß gemustert oder marengo gestreift mit seid. Rhadamé-Steppfutter.	25 M.
Paletot von reinweiß. Cheviot, Diagonal- od. Grätengewebe, dunkelgrau oder marengo meliert v. gedieg. Eskimo, schwarz, marengo od. grau	30 M.
Paletot von schwerem Cheviot, marengo meliert od. gestreift mit schwarzem Kloth-Steppfutter	30 M.
Paletot von marengo gestreift, od. mel. Cheviot mit seidener Steppfutter	30 M.
Paletot von feinem Melton-Cheviot, marengo meliert oder gestreift	35 M.
Paletot von reinwollenem, marengo meliert Cheviot, Grätengewebe	35 M.
Paletot von dauerh. Eskimo, schwarz od. marengo von marengo kariert, schwarz-weiß gestreift od. gesprenkelt. Cheviot m. imitiert. Breit-schwanzfutter (schwarz gemust. Seidenplüsch)	40 M.
Paletot v. sehr gut, dunkelgr. od. mar. mel. Cheviot	40 M.
Paletot von fein. Eskimo, marengo, schwarz od. blau	40 M.
Paletot von bestem, marengo meliertem Cheviot mit prima Plaidfutter	45 M.
Paletot von sehr feinem Eskimo, schwarz, blau od. marengo m. prima seid. Steppfutter gefüttert	50 M.
Paletot von vorzüglichem, marengo oder grau mel. Cheviot mit prima Seidenplüsch (Maulwurf-imit.) gefüttert	55 M.
Paletot von hochfeinem marengo oder grau gestreiftem Cheviot, auf prima Seide mit angewebtem Wollrücken gearbeitet	60 M.
Paletot von hochfeinem Cheviot, marengo gestreift oder meliert, oder marengo mit weissen Effektpfupfen, abgefüttert mit gemustertem Seidenplüsch (Breitschwanz-imitation)	70 M.
Paletot von feinstem reinwollenem Eskimo, schwarz, blau oder marengo mit feinstem Plaidfutter	75 M.

Größe Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Die Preise sind billig, streng fest und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

Versand nur gegen Nachnahme.

Carl Stier, Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.

Berlin 50., Berlin W., Potsdam, Oranienstrasse 166. Potsdamerstrasse 113a. Nauenerstrasse 23.

Auf Wunsch sende ich nach ausserhalb Muster und Maßanleitung frei zu, doch bitte ich, die ungefähre Preisliste und Gattung des gewünschten Kleidungsstückes anzugeben.

Illustrierten Katalog versende kostenlos.

Warenhaus Max Goldberg

Landsberger Allee 29, Ecke Wilhelm Stolzestraße

Heute

Eröffnung

meiner bedeutend erweiterten Geschäftsräume

Nachm. 2 Uhr.

Man verlange Rabattmarken.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk.

Fries für dicke Portieren

in allen gangb. Farben. Breite 150 cm 160 cm. Preis p. Mtr. 2,00-3,50-2,50-4,25. Muster-Kollektion franko!

Fertige Fries-Fenstermängel in allen Farben 2,85, 3,50, 4, 5 u. 6 Mk.

Teppich-Haus Emil Lefèvre Berlin S. Oranienstr. 158.

Jeden Mittwoch: Frische Grapen... Wursmeyer, Straße Nr. 6. Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

1 Mark Teilzahlung! Winter-Paletots - Anzüge in elegant moderner Ausführung. James Röhmann jun., elegante Herrenmoden. Friedrichstraße 111, I., an der Kochstraße. Burgstraße 30.

Gewinn-Lose k. preuss. Lotterie. J. Rosenberg, Kommandantenstr. 51. Wo? machen wir am Sonntag hin? Nach Vichfeldwerber zum alten Freund! Do ist man immer wie zu Hause.

Winter-Paletots	von 18 M. an	Paletots nach Maass	von 30 M. an
Winter-Joppen	von 6 " "	Anzüge nach Maass	von 33 " "
Jackett-Anzüge	von 17,50 " "	Hosen nach Maass	von 10 " "
Rock- u. Gehrockanzüge	v. 25 " "	Knaben-Anzüge	in größter Auswahl.

M. Schulmeister

Schneidermeister. Am Kottbuser Tor. Dresdenerstr. 4. Ecke Adalbertstr. 7241.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Winterpaletots, Jackett-Anzüge, Gebrodanzüge, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Drünn, Dadescher Markt 4, Bahnhofs Börse. 142/12

Verschiedenes. Arbeiter-Verein sucht stimmungsbereite Mitglieder, besonders ersten Tenor und zweiten Bass. Wohnungslos! Kottbuser Tor, Kottbuserstr. 124b.

Walzmeister für großes Messing-Walzwerk für dauernd gesucht. M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.

Winterpaletots, Damenanzüge, Regulatoren, Freischwinger, verlassene Handleibpreise, Handleibhaus Weidenweg 19.

Wohlfühl, Spiegel, Polsterwaren, neu und gebraucht, billig Polsterstraße 5. 730

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Gumbert Gndrich Fennstraße 1a.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Wegen Differenzen sind die Firmen M. & F. Berndt, Warldauerstr. 78.